



Abzugspreis in Breslau und in der Provinz bei unseren Agenturen durch eigene Boten frei ins Haus vierteljährlich 180 M., monatlich 15 M., wöchentlich 4 M., bei Abholung d. d. Niederl. u. Agenturen vierteljährlich 171 M., monatlich 14 M., wöchentlich 3 M., bei Abholung d. d. Geschäftsstellen in Breslau vierteljährlich 166 M., monatlich 13 M., wöchentlich 3 M. Bei der Post vierteljährlich 180 M., monatlich 15 M.

Breslau, Sonntag, 30. Juli 1922

Einschlaggebühren für den 1. Spalt, Raum in Millimeterhöhe (1 Seite ist 2 1/2 mm hoch), 750 M., (Zweitspalt 800 M.), bei Anzeigen aus Schließen und Böfen 5,50 und 7,00 M. In der Morgenausgabe Stellengebühren 2,75 M., Familienanzeigen (nur zwei- und mehrspaltig), die zweispaltige Millimeterhöhe 8,80 M., Radrufe 6,80 M., Anzeigen an bevorzugter Stelle (3spaltig) 85,00 M., Schließen und Böfen 80,00 M.

Correspondenten: Dr. Richard Schmitt, Fernsprecher der Redaktion Ring Nr. 2081, 5722 und 540 (letzte nur für den Stabverleger), der Dautschke-Redaktion Ring Nr. 4418. Sprechstunden der Redaktion 10 bis 12 Uhr. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Adressen, Zeitungsbestimmungen und Anzeigengemälde (Schluss 5 Uhr, ohne Gebühr für eine bestimmte Nummer) in der Geschäftsstelle, Schwelbinger Straße 47/48 (Fernsprecher Ring Nr. 1944 und 4418) und in der Druckerei, Schleierstraße 17, Fernsprecher Ring Nr. 4753. Telegramm-Adresse: Schlesische, Verlagsanstalt: Breslau 83, W. G. Korn. — Geschäftsstelle für Ober-Schlesien: Postfach 28, Solgerstraße 3, Fernsprecher Postfach 28, 1925. Bei Störungen durch höhere Gewalt, Streik, Ausperrung u. dgl. können Ersatzansprüche nicht berücksichtigt werden.

Reich, Parteien und Volk.

In Bayern hat man früher die Preußen nicht geliebt, und wenn auch die Zeiten des braven Dr. Sial vorüber sind, der in seiner Zeitung so besonders hartnäckig auf die Gaubreuten zu schimpfen pflegte, man liebt sie auch heute nicht. Aber es sind freilich nicht mehr dieselben Preußen wie früherzeit, sondern es sind die Berliner Revolutionäre, deren Münchener Spielart die Bayern in besonders unangenehmer Erinnerung haben, und die Berliner Demokraten, die die politische Weisheit mit Köpfen gepossen haben und nicht begreifen, daß andere Leute ohne diese Weisheit auskommen können, und es ist die Berliner Regierung, die vom Geiste des Linksdemokratismus erfüllt ist, wenn sie auch in den Sesseln des alten Reiches sitzt und von deren bürokratischen Gewohnheiten nicht wenige übernommen hat. Merkwürdig ist nur, daß diese neuen Berliner keine rechten Preußen sind, sondern schon lange süddeutsche, genauer südbayerische Vertreter der dortigen besonderen Spielart der deutschen Demokratie, die von dem in früheren Zeiten der Kleinpartei verdienstlichen großdeutschen Gedanken auch dann noch nicht loskommen, als Bismarck das Deutsche Reich unter Schöpfung berechtigter partikulärer Wünsche geschaffen hatte. Damals richtete sich dieses überhörende Gewand, aber mit Verhöhnung festgehaltenes Großdeutschtum gegen das mächtige Preußen. Was ist heute aus Preußen geworden? Ein überlebendes linksdemokratisches Politikum. Jetzt sitzen die Gleichmacher in Berlin und starren unentwegt nach Bayern, das auf sein Eigenleben kräftig pocht, das noch nicht überindustrialisiert ist und nunmehr Preußens Rolle als „Sort der Reaktion“ übernommen hat, ein Stein des Anstoßes und ein Eckstein für jeden sozialdemokratischen Klaffer im Deutschen Reich.

Der Widerstand Bayerns gegen die Vernichtung verfassungsmäßig gewährleisteter einzelstaatlicher Hoheitsrechte durch die Schutzgesetze war von Anfang bis zuletzt so scharf und beständig geblieben, daß er von Regierung und Reichstag unbedeutend hätte beachtet werden müssen. Aber die Reigung der herrschenden Parteien zur Rücksichtnahme ist immer nach anderen Seiten gerichtet gewesen, und Bayern gedachte man auf dem Wege der Majorisierung zu bändigen. Ein Zeichen dieser Energie für den Kampf gegen die Kriegsschuldfrage, und wir ständen heute besser da! Ein Zeichen der sorgenvollen Vorsicht, die hier üblich ist, beim inneren Kampf gegen Volksgenossen, und wir ständen gleichfalls besser da. Die Bethmannerei im Kriege hat uns zum Frieden von Versailles geführt, die Bethmannerei der Republik hemmt unsere Befreiung.

Selbst jetzt noch ließe sich bei autem Willen ein Ausgleich mit Bayern finden. Der Brief des Reichspräsidenten an den Grafen Verdenfeld verschleift ihn ja auch nicht, aber er ist immer noch zu sehr von dem Majoritätsgeist durchdrungen, ist zu sehr die Erkenntnis vermissen, daß es doch ein Üding war, einem großen Bundesstaate eine von ihm von vornherein für unannehmbar erklärte juristische und verwaltungsrechtliche Konstruktion aufzwingen zu wollen, die zur Erreichung des aufgestellten Zweckes, des Schutzes der Republik, unnötig ist. Wie man sich jetzt einigen wird, bleibt abzuwarten. Eine Einigung muß und wird kommen, aber der Stachel verletzter Rechte wird leider zurückbleiben und die Liebe zur Republik, die die Berliner Regierung dem deutschen Volke auf so seltsame Weise einzuflöschen sich bemüht, kann nicht gewinnen, wenn sie statt den Blick unterwandt nach Außen zu richten, wo dem deutschen Volke nicht nur der Feind steht, sondern von wo auch Rettung gesucht werden muß, immer den vermeintlichen Feind im Innern bei denen zu finden glaubt, die andere Ideale haben als die herrschenden Parteien. Wie will die Regierung nach außen Ansehen und Kredit haben, wenn sie große und wichtige Teile des Volkes selbst abhört?

Der Einsicht, daß alles bei uns von einer wirkungsvollen autoritären Politik abhängt, verhalten sich heute nur noch wenige. Selbst ein so weit links stehender Mann wie der demokratische Professor Walter Schilding gibt in der „Frankfurter Zeitung“ unumwunden zu, aber leider, und das ist typisch für die Auffassung, von der ein großer Teil der deutschen Demokratie befallen ist, sieht er nicht ein, daß die erwünschte Einigung aller Volksgenossen gegenüber dem Auslande nur möglich ist, wenn Sondermeinungen und Sonderwünsche zurückgestellt werden müssen. Wenn er die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien als ein gemeinsames Bekenntnis zu der „Majore der Republik, die im Auslande nicht ohne Grund als die Staatsform der deutschen Vorkämpfer gilt“, angesehen wissen will, und wenn er von dem „Rück nach links in der Deutschen Volkspartei“ spricht, deren Parteifreunde im Lande sich heute noch mit denjenigen Elementen der Volkspartei herumdrücken müssen, die nichts gelernt und nichts vergessen haben“, so daß es ihm eigentlich als

wünschenswert erscheint, „die Volkspartei einstweilen sozusagen noch in Quarantäne zu halten“, so beweist er damit nur, daß von solchen Politikern für die deutsche Einigung nichts zu hoffen ist. Das ist der alte Hochmut und die alte Kurzsichtigkeit der Demokraten, die schon manches Einigungsversuch staiköpfig verhindert haben. Sie wollen mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten, wollen sich aber nicht von ihnen führen lassen. Aber gerade diesen Anspruch erhebt ja die Sozialdemokratie und wird ihn nie aufgeben.

Auf diesem Wege kommen wir nicht weiter. Wenn jetzt durch so weite Kreise des Volkes der schnelle Wunsch nach Einigung geht, nach einer Einigung nicht nach dem Programm der Sozialdemokratie deren Mißwirtschaft so offenbar geworden ist, so kommt diesem Wunsche weder die Brokantiierung des Bundes nach links noch die neue Zentrumspartei entgegen, die die „Partei der Mitte“ errichten und Katholiken wie Evangelische unter dem Zentrumsschirm vereinigen will. Dazu ist das Mißtrauen zu groß, das die Politik der Zentrumslührer erzeugt hat, und der Versuch, dem Zentrum offiziell den katholischen Charakter zu nehmen, wird selbst in katholischen Kreisen nur Verwunderung und Verwirrung erregen. Wenn das Zentrum akzeptiert, nicht mehr für katholische Sonderinteressen kämpfen zu brauchen, dann hat es keine Existenzberechtigung verloren; wenn es die alte Zentrumspartei bleiben, aber auf breiterer Grundlage interkonfessionell sein will, so wird es mit den Erinnerungen an seine frühere Tätigkeit zu kämpfen haben. Es wird eine Zentrumspartei sein, die nicht mehr Zentrumspartei ist, und der Versuch wird misslingen.

Nicht eine neue Partei brauchen wir, sondern den guten Willen, alle Parteien, rechts und links, soweit sie den sozialdemokratischen Klassenkampf ablehnen, zusammenzufassen zu einer großen bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft des Wiederaufbaues nach verständigen wirtschaftlichen Grundätzen unter Ausschaltung des Egoismus einzelner Stände und Berufsklassen, zu einer Gemeinschaft bewußten Nationalgefühls und der Pflege unserer religiösen und kulturellen Güter. Auf diesen Gebieten gibt es so viel Gemeinsames, daß es ausreichen sollte, um die große Mehrheit der Deutschen, auch wenn sie verschiedenen Parteien angehören, zu einem starken Bunde zu vereinigen, in dem kein gegenseitiges Mißtrauen, wie es in den Fraktionen der Parlamente üblich ist, Platz haben sollte. Wenn unsere Parteiführer die Reichen der Zeit und die Sehnsucht des Volkes verstehen, dann sollten sie ohne alle Klünsteleien in diesem Sinne wirken. Dann würde das feindliche Ausland tie Luft verlieren, Deutsche gegen Deutsche auszuvielen, und der Teil des Auslandes, der in einem Interesse mit uns wieder in normale Beziehungen zu treten wünscht, würde den Mut finden, mit größerem Nachdruck die Maßregel zu betreiben, die allein uns und den ganzen Welt helfen kann, die Revision des Versailler Friedens.

Wenn diese nicht kommt, verfällt zunächst Deutschland, und ihm folgt Frankreich, das sich soeben bereits Amerika gegenüber für insolvent erklärt hat. Es nützt nichts, vor dieser Gefahr die Augen zuzumachen. Der amerikanische Bankier Vanderlip, dessen ruhige und unbereingewonnene Auffassung im Auslande anerkannt ist, hat neuerdings wieder ein sehr bestimmtes Urteil über die kommende Entwicklung gefällt. Die fortschreitende Leuerung, die neue Erhöhungen der Gehälter, der Löhne und der Tarife mit sich bringt und doch bald wieder überholt sein wird, kann niemand im Zweifel lassen, wohin der Weg führt. Es nützt nichts, nur die Revolution, die herrschenden Parteien und die Regierung anzuklagen, wenn wir selbst nicht die Entschlußkraft finden, uns die Hände zu reichen und auch die Parteien in Berlin zur nationalen Einigkeit zu zwingen. Im Lande finden sich die Herzen aller, die guten Willens sind, leicht zusammen, wenn das öffentliche Wohl die gemeinsame Arbeit erheißt, und man hält keinen für einen Mauthenmörder, wenn er auch deutschnational oder gar völkisch ist. Erst wenn die Parteizeitungen und der Fraktionsgeist ins Spiel kommen, hört die Einigkeit auf und keiner möchte dem andern trauen. Gerade die Frauen, um die man sich in den Berliner Kreisen kümmert, finden im Volk, im werktätigen Bürgertum, den geringsten Widerstand. So ist es auch jetzt bei dem Streit mit Bayern. Wir wollen alle beim Reiche bleiben, auf die Form kommt es nicht an, um sie lohnt es nicht zu streiten. Wenn unsere Regierenden mehr über den Parteien und dafür weniger über dem Volke ständen, könnten sie manches Nützliche lernen.

Die italienische Ministerkrise.

W. Rom, 29. Juli. Wie bereits gemeldet, hat sich eine sozialistische Gruppe bereit erklärt, an der Neubildung des Ministeriums teilzunehmen. Damit ist eine neue Grundlage für die Lösung der Krise gegeben. Demgemäß nahm der König heute Vormittag die Verhandlungen mit den Präsidenten der Kammer und des Senats, de Nicola und Tittoni wieder

auf. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß sich sozialistische Mitglieder des Parlaments vom König zur Besprechung der Lage berufen wurden.

Besprechung der französischen Note.

SS In der Reichskanzlei hat heute Vormittag eine Besprechung über die französische Note stattgefunden, durch die das Erzbischöfliche auf eine Ermäßigung der Ausleihrate von 2 Millionen auf eine halbe Million Pfund Sterling abgesehen worden ist. An der Besprechung haben der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und die in Frage kommenden Staatssekretäre teilgenommen. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Antwort der deutschen Regierung wird im Laufe der nächsten Woche erfolgen.

Der Konflikt mit Bayern.

* Der Brief des Reichspräsidenten an den Ministerpräsidenten Grafen Verdenfeld hat, soviel bisher aus Bayern verlautet, beruhigend auf die dortige recht errate Stimmung gewirkt. Die Bayerische Volkspartei erkennt in ihrer Korrespondenz ausdrücklich an:

„daß der Reichspräsident, zu dessen fühler Überlegung und Besonnenheit man auch in Bayern Vertrauen hat, dem Ernst der Lage soweit entsprochen habe, als er nicht, wie gewisse Heißsporne in Berlin gern gesehen hätten, übertriebene Schritte unternimmt, sondern, wie mit diesem Briefe geschah, den Weg der Verhandlungen zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung eröffnet. Das ist die einzige Möglichkeit, eine Verständigung zu erzielen.“

Darüber hinaus macht aber auch die Bayerische Volkspartei keine Zugeständnisse, namentlich nicht in ihrem Einspruch gegen den Vorschlag, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anzurufen. Sie saß darüber:

„Zustimmen kann man dem Herrn Reichspräsidenten nicht, wenn er die Auffassung als irrig bezeichnet, daß das Schutzgesetz den staatlichen Charakter der einzelnen Länder beeinträchtigt. Die Bestimmungen über den Staatsgerichtshof sind ein unzulässiger Eingriff in die Justiz- und Polizeigewalt der Länder. Wenn der Herr Reichspräsident, wie er es in seinem Briefe getan, in der Wahrung des staatlichen Charakters der Länder die Stärke des Reiches erblickt, so muß er seine Hand zu einer Lösung bieten, welche die durch Republikshulderei und Reichskriminalgesetz angegriffene Justiz- und Polizeigewalt der Länder wieder herstellt und darüber hinaus rechtliche Garantien schaffen, daß ohne Zustimmung eines Landes in Zukunft keine landeshoheitliche Gerechtigkeiten mehr angegriffen werden kann.“

Eine Vorkonferenz der Parteien, die sich mit der veränderten Lage befassen sollte, wurde um zwei Tage verschoben. Der Brief des Reichspräsidenten wurde in einer Kabinettsitzung verlesen, seine Verlesung aber einem Ministerrat, der am Sonntag stattfinden soll, vorbehalten, weil die Regierung erst die Stellung der Parteien kennen lernen will. Es verlautet übrigens aus Regierungskreisen, daß Bayern seine Stellungnahme nicht dreizehen und nicht ohne Kompensationen von ihr abweichen will. Man darf also wohl annehmen, daß auf beiden Seiten der gute Wille besteht, durch sachliche Verhandlungen den Konflikt zu einem erträglichen Ende zu bringen.

Eine Friedensrede Lloyd Georges.

W. London, 29. Juli. In der bereits kurz erwähnten Rede vor den Antontormittlichen Geistlichen sagte Lloyd George noch folgendes:

Ich war in Paris der erste, der im Rat der Völkerbund, daß der Völkerbund einen wesentlichen Teil des Versailler Vertrages bilden sollte. Der Völkerbund ist ein wesentlicher Teil der Zivilisation. Der Völkerbund ist, aber der Geist ist Leben. Der Völkerbund der Völkerbund ist wunderbar, aber wenn man dem Völkerbund traut, wird das Leben wieder beginnen. Wenn der Völkerbund einmal ausgebrochen ist, ist es zu spät. Das Schlimmste, was es gibt, ist die Furcht. Es gibt manche Nation, die nichts davon glauben will, was eine andere sagt. Sie fragt: „Was hat die andere vor, Sie will uns töten!“ Wenn erst einmal ein Bündnis in die liberal herumliegenden Explosivstoffe fällt, dann wird es keinen Frieden geben, die Völkerbundszustimmung zu schwingen. Darum muß ein neuer Geist pflanzten. Das Explosivmaterial muß hinter Schloß und Riegel gebracht werden, ebenso und besonders die Leute, die die Bündnisgeheimnisse hineinwerfen. Eine neue Generation wächst, die die Friedensreden nicht durchgemacht hat und der vom Ruhm des Krieges erzählt wird. Diese Generation wird die Entscheidung haben. Man muß ihr gegenüber den Krieg seines Glanzes entkleiden und auf seine Abscheulichkeiten hinwerfen. Man muß der neuen Generation erzählen, was auf den Krieg folgt, was zu leicht vergessen wird. Rußland ist in die Tiefe gesunken und steht bei kampfhaften Anstrengungen immer tiefer. Deutschland klammert sich verzweifelt an den verdorrten Ast seines entwerteten Geldes, und wenn dieser Ast bricht, bleibt nur übrig, Deutschland der Gnade Gottes anzuempfehlen. Ich würde gerade wie Millionen andere in der Bahre des Krieges hingeraten. Ich habe meine Pflicht getan, aber was ich vom Kriege sah, erfüllt mich mit Schrecken. Ich habe mir gelobt, das, was mir an Energie verbleibt, dem Ziele zu widmen, daß der Menschheit die Wiederkehr des Frevels, Schmerzes, Schreckens und der Qualen erspart bleibt.

* Diese Rede Lloyd Georges ist ein Musterbeispiel des englischen „cant“, der Scheinheiligkeit, als deren hervorragendster Vertreter in der Politik sich Lloyd George ja bisher immer erwiesen hat. Man kann sich den ewalichen Premierminister, der im Weltkriege mit der größten Rücksichtslosigkeit die Ziele seines Landes durchzusetzen verstanden hat, so recht vorstellen, wie er auseinanderbrechend vor den ewalichen Geistlichkeit jetzt den Friedensapostel spielt. Was Deutschland von ihm zu erwarten hat, ist in seiner Rede recht unmissverständlich angedeutet.

Vom Tage

* Er kann auch anders. Oberpräsident Hörsing, Sozialdemokrat und früherer Gewerkschaftsführer, steht sich genötigt, zur Wahrung seiner Sonderanwaltschaft sich gegen seine Beamten zu wenden. Verschiedene Angestellte der Selbstbauverwaltung hatten sich wiederholt in persönlichen dienstlichen Angelegenheiten an Beamtenverbände und Gewerkschaften gewendet und deren Hilfe zur Erreichung ihrer Forderungen in Anspruch genommen. In einem Erlaß weist nun Hörsing darauf hin, daß bestimmungsgemäß solche Anliegen der vorgesetzten Dienstbehörde zu unterbreiten und gegebenenfalls im Instanzenwege weiter zu verfolgen sind. Er gibt dabei der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Hinweis genüge, um die ihm unterstellten Beamten von bestimmungswidrigen Handlungen zurückzuhalten. Es ist etwas anderes, ob man als Gewerkschaftsführer unter dem Druck der Massen, wie es Herr Hörsing früher oft getan hat, die Wünsche der Gewerkschaften zu vertreten hat, oder ob man, als Oberpräsident an die Spitze einer Verwaltung gestellt, für deren ordnungsmäßigen Gang zu sorgen hat. Sollte Herr Hörsing wieder mal Gewerkschaftsführer sein, so wird er trotz seines jetzt erlangenen Erlasses den ihm vorgeschriebenen Weg als Gewerkschaftsführer wieder einschlagen.

* Die christliche verfassungstreue Partei der Mitte — so soll die neue Partei heißen, zu deren Bildung das Zentrum aufruft und deren Kerntruppe es selbst sein will. Sie soll die Parteienzerklüftung, in der wir leben, überwinden und ein großes Sammelbecken werden, in das alle positiv schaffenden Kräfte einströmen können zu freier Betätigung. Das Zentrum mißt sich die Kraft zu diesem schon des öfteren unternommenen, bisher aber stets mißglückten Versuch bei, weil bei ihrem Charakter „als reine politische Partei und als christliche Partei des Rechts, wie die „Germania“ hervorhebt, jeder Christ und Deutsche ihren Grundgesetzen zustimmen könnte: nationale Freiheit und Erneuerung, christliche Staatsauffassung, Volkstaat und Reichseinheit unter gemeinsamen Grundsätzen will so manches nicht zusammenstimmen. Man denkt an Bayern, das sich gegen Eingriffe in sein eigenes Leben wehren muß und dabei nicht die Hilfe des Zentrums findet; auch in sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Dingen findet die Haltung der Zentrumspartei nicht ungeteilten Beifall, ja vielfach so starken Widerspruch, daß es anderen Parteien unmöglich ist, mit ihm am gleichen Strang zu ziehen. Aber auch das Zentrum stellt seine Bedingungen. Die „Germania“ schreibt: „Man kann nicht Mitglied der christlichen verfassungstreuen Partei der Mitte sein und gleichzeitig offen und verhebt gegen die Verfassung wühlen.“ Gemeint sind damit natürlich die Deutschnationalen und wohl auch ein Teil der immer mit einem gewissen Mißtrauen betrachteten Deutschen Volkspartei. Für sie ist in der neuen christlichen Partei kein Platz. Auf wen rechnet man aber dann? Weder die Sozialisten aller Schattierungen, noch die Demokraten werden Lust verspüren, in dem großen Sammelbecken unterzutanken. Es ist ja wohl auch gar nicht auf die Auffassung ganzer Parteigruppen abgesehen, man will bloß auf die Wähler wirken, namentlich auf jene fluktuierenden Teile, die je nach augenblicklichen oder persönlichen Empfinden sich ihre Partei wählen. Jenseits sind die Lose der neuen Partei weit geöffnet und man hofft auf ihr zahlreiches Erscheinen, auch wenn man ihnen über Waffen, Mittel und Ziele der neuen Partei noch nichts erzählt, denn die Zeit um eingehenderen Mittelnungen ist noch nicht gekommen. Die Parteien, denen hier das Wortringen um die Stimmen der Wähler angesetzt wird, und die Wähler selbst werden ohne besondere Erregung die Entwicklung des neuen alten Planes abwarten. Zu oft schon hörte man schmetternde Propagandastimmen von der Höhe des Zentrumsturmes, die ohne Nachhall blieben.

* Das Brügger Schwurgericht hat, wie telegraphisch gemeldet, zwei frühere portugiesische Gesandte, den Freiherrn Mikolt von Gagen und den Prinzen August zu Stolberg-Köglitz, wegen der im März 1916 erfolgten Ermordung des Barons d'Oberkomersch, mit dessen Frau der Frau von Gagen ein Liebesverhältnis angeknüpft hatte, in communiciam zum Tode verurteilt. Dieser Prozeß war ganz überflüssig; denn Frau von Gagen ist bereits vom deutschen Kriegsgericht im Jahre 1916 zu lebenslänglichem Bannstrafe und zur Auslieferung an die Heere verurteilt worden, und Prinz August Stolberg, der an der Tat unbeteiligt und nur zufällig Zeuge des Verbrechens geworden war, ist schon im März 1920 gestorben. Die jetzige Verhandlung vor dem belgischen Schwurgericht war also nur eine Satze, um wieder einmal gegen Deutschland heizen zu können.

Die Londoner Konferenz.

w. London, 20. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, gestern in später Stunde sei noch keine Mitteilung Boincarrés über das Datum der geplanten interalliierten Zusammenkunft eingegangen gewesen. Es lägen einige Anzeichen dafür vor, daß der französische Premierminister sich damit begnügen werde, seine Bereitwilligkeit zu bestätigen, während eines bestimmten Zeitraumes der britischen Regierung zur Verfügung zu stehen. Wenn keine endgültige Einladung aus London komme, werde sich Boincarré natürlich seine Bewegungen freiheitlich vorbehalten. In diesem Falle würde er davon Abstand nehmen, sich mit einigen Punkten von Balfours Note zu befassen, besonders mit dem, der sich auf die Teilnahme Italiens an der Zusammenkunft beziehe. Auf britischer Seite lege man den größten Wert auf die Vertretung Italiens und Belgiens, ohne die Besprechung gewissermaßen und eine Unmöglichkeit bedeuten würde. Italien könne aus zahlreichen Gründen nicht ausgeschlossen werden, andererseits könne die französische Erklärung, ein weiterer Aufbruch würde zu einem weiteren Zusammenbruch der Mark führen, nicht leichten Sergens außer Acht gelassen werden. Aber die Reparationskommission könne viel aus eigener Initiative tun. Aus dem glänzendsten Meinungsstreit zwischen den Alliierten habe sich ergeben, daß keiner von ihnen, außer möglicherweise Frankreich, den Gedanken von ausschließlich englisch-französischen Verhandlungen begünstigt, auch wenn sie nur vorläufig unformell sind. Der Korrespondent sagt weiter, Boincarrés neue Instruktion an Dubois bezüglich der Ablehnung des deutschen Vorschlags um Herabsetzung der monatlichen Zahlungen in Verbindung mit den Schulden gelte, daß er beabsichtige, alle schwierigen Fragen schnell zur Entscheidung zu bringen.

Die Frage der polnischen Kabinettsbildung.

w. Warschau, 20. Juli. Der Klub konstitutioneller Arbeit hat sich gestern an die übrigen Mittelparteien wegen der Kabinettsbildung gewandt. Die Schulzgruppe hat ihre Mitwirkung abgelehnt, aber ihre Bereitwilligkeit erklärt, falls die Mehrheit, die das Ministeramt gegen Pilsudski abgelehnt hatte, die Ernennung einer neuen Ministerpräsidenten herbeiführt, innerhalb der staatlichen Notwendigkeiten zu verhandeln. „Kogospolita“ zieht die Rechtsmöglichkeit der Kabinettsbildung als unerschütterlich und den Minderheitspräsidenten als unerwünscht an. „Glas Narodu“ erklärt: Pilsudski ist nicht Staatschef, sondern Kommandant der Armeen und Ver-

New-York, 20. Juli. (Zuntdienst.) Wechsel auf Berlin Schlusskurs 100 Mark = 0,16 1/4 (0,17 3/4) Dollar. Das bedeutet umgerechnet ein Dollar gleich 655,737 (575,530) Mark.

trauensmann der Deutschen und Juden. „Glas“ sagt: Die Hoffnung auf Bildung eines starken Zentrums scheiterte an der Haltung des Bürgerklubs. Die Lage wird weiter verschimmert durch die Krisis im Klub konstitutioneller Arbeit.

w. Warschau, 20. Juli. Der geistige Ejrao ratifizierte den deutsch-polnischen Amnestievertrag für Oberschlesien und setzte die dritte Lesung der Wahlordnung fort, wobei nach der Obstruktion der Sozialisten die Verteilung der Mandate der Reichsliste gemäß der Zahl der direkt gewählten Mandate angenommen wurde. „Nobotnik“ nennt dieses System den gewöhnlichen Wahlswindel zuunutzen großer Parteien.

Der griechisch-türkische Konflikt.

Paris, 20. Juli. Nach dem „Temps“ hat die griechische Regierung Frankreich, England und Italien eine neue Note zum griechisch-türkischen Konflikt überreicht lassen. Das Blatt bezeichnet folgende Stelle als wesentlich:

Die griechische Regierung ist sich genötigt, die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Vermeidung des Konfliktes am besten geeignet sind. Griechenland wird jedoch immer bereit sein, gemeinsam mit den Verbündeten jeden Friedensvorschlag zu prüfen, der aber nur dann verwirklicht werden kann, wenn die Türkei die gemeinsamen Beschlüsse der Siegerstaaten vollführt, ohne auszuweichen.

— Schutz Konstantinopels durch die alliierten Truppen. Der Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen in der Türkei hat den jenseitigen und französischen Truppen befohlen, den Bezirk von Tschataldscha zu besetzen und sich einem etwaigen Vormarsch der Griechen auf Konstantinopel zu widersetzen.

— Anschnung in der irakischen Politik. Reuter meldet aus Konstantinopel: General Dawidow's Unterordnung mit Mustafa Kemal Pascha in Konstantinopel wird türkischen amtlichen Kreisen günstig beurteilt. Man erwartet davon erhebliche Ergebnisse. Der General jagte, im englischen Interesse habe die Partei, die die Berechtigung der türkischen Ansprüche unterhalte, täglich an Boden gewonnen. Seit einiger Zeit sei in England eine Strömung zugunsten der Türkei zu erkennen. Lohnend habe u. a. Unternehmungen mit dem Ministerpräsidenten und dem Chef des Generalstabes.

Deutschlands Kohlennot.

Berlin, 20. Juli. Der Reichstags-Delegation ist heute unter dem Vorsitz des Vergrats Kleine zusammengetreten. Er nahm zunächst den Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft entgegen, der erstattet wurde von Bergbauhauptmann Wendt, Geschäftsführer des Reichskohlenrats. Im Anschluß an sein Referat empfahl der Berichterstatter Annahme der Entschließung des Reichskohlenverbandes, nach der der Reichskohlenrat und der Reichskohlenbergbau von der Reparationskommission für die Monate August bis Oktober festgestellte Referatprogramm an Reparationskohle für unvereinbar mit der deutschen Kohlenlage halten, namentlich angesichts des Rückganges der deutschen Steinkohlenförderung infolge des ober-schlesischen Werklusses. Ferner wird in der Entschließung auf die Kohlennot in Deutschland und den Überfluß im Ausland sowie auf die verschiedenen Gegenparteien von deutscher Kohle ins Ausland und englischer Kohle nach Deutschland hingewiesen. Dem Schluß wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung dieses Programm ablehnt. Nachher schlug vor, diese Entschließung durch eine Kommission von fünf bis sechs Mitgliedern möglichst heute noch dem Reichstagsrat zu überreichen. Hieran schloß sich eine Aussprache. Die Entschließung des Reichskohlenverbandes wurde einstimmig angenommen. In die Abordnung, die die Entschließung dem Reichstagsrat unterbreiten soll, wurden gewählt: Der Vorsitzende Vergrat Kleine, Professor Marx und die Herren Felsen, Loeffler und Pieper.

Reichstagsrat.

Berlin, 20. Juli. Der Reichstagsrat stimmte der Verordnung über den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik und der Verordnung über das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof in Verwaltungssachen zu. Bei der ersten Verordnung wurde auf Antrag der Ausschüsse ein Plarab gemacht, daß der besondere Teil, den die Mitglieder des Staatsgerichtshofes zu leisten haben, sowohl in religiöser wie in weltlicher Form geleistet werden kann. Eine weitere Verordnung bezweckt die Anpassung der Grundlöhne bei den Krankenkassen an die Geldentwertung, weil trotz der letzten Erhöhung am 9. Juli eine weitere Erhöhung nicht zu umgehen ist. Die Vorlage sieht eine Erhöhung bis 60 Proz. vor. Der Reichstagsrat stimmte der Verordnung zu. Der Reichstagsrat genehmigte ferner die von der Reichsregierung beantragte Ausprägung eines Dreimarkstückes als Umlaufmünze für den Verfassungstag, Jahres-Verfassungstag, 11. August eingeprengt werden soll. Der Denkmalsrat soll im Gesamtbetrag von 60 Mill. geprägt werden. Der Reichstagsrat verlegte sich bis Anfang September.

Schiedspruch im Hamburger Schifffahrtstreit.

Hamburg, 20. Juli. Der vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrats Dr. Hausmann fällt heute morgen einen Schiedspruch, der Schiffsbesitzer, Agenturen, Geizigen usw. eine Erhöhung der Steuern um 10 Prozent auf die Aprilsteuer abwählt. Die streitige Abfertigungsfrage soll durch ein vorläufiges Abkommen geregelt werden, die die Vorbereitungen für die endgültige Regelung erleichtert. Ferner wurden die Sätze für die Selbstversicherung der Besatzungen neu festgelegt. Auch die Effektenversicherung wird von den Reedern zu den neuen Beträgen übernommen. Erhöht wurden auch die Ausrichtungsgelder für die Besatzungen. Die Parteien haben dem Reichsarbeitsministerium bis spätestens 31. Juli Mitteilung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu machen.

Verschiedene Mitteilungen.

§§ Bayerischer Antrag zum Getreideumlagegesetz. Die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei haben, wie aus München berichtet wird, im Landtage folgenden Antrag eingebracht: Die bayerische Staatsregierung wolle bei der Reichsregierung vorkommen und veranlassen, daß das Lieferlohn für Bayern zum Umlagegetreide nach Maßgabe der Ernteverhältnisse herabgesetzt wird. Bei Erhebung des Landesumlages ist gleichfalls der Verkaufsstillstand zu berücksichtigen.

— Wegen „Aufklärung der Sicherheit der Besatzungstruppen“ hat die Inveralliierte Rheinlandkommission die in Gummernbach erscheinende „Gummernbacher Zeitung“ ab 1. August für drei Monate verboten. Außerdem ist die „Berzinger-Märkische Zeitung“ in Gberfeld ab 1. August für einen Monat verboten worden, weil ein Artikel unter der Überschrift „Ereignisse“ angeblich die Besatzungstruppen zu verleihen geeignet ist.

— Der Raubmörder Stefert, der im vergangenen Jahre am Pfalzgrafenstein in Heidelberg den Oberbürgermeister Wulfe aus Erford und den ehemaligen Verordner Bürgermeister Werner ermordet und herabstieß hatte und zweimal am Tode verurteilt worden war, wurde Connabend früh im Hofe des Bruchsaler Landgerichtsgefängnisses entbannt.

— Wiederekehr der Ruhe in Italien? Infolge „energischer Anordnungen der italienischen Regierung an die Provinzialbehörden zur Wiederherstellung der Ordnung sollen die republikanischen Führer und die Faschisten befohlen haben, ihre Agitation einzustellen.

— Devalera aus Irland entflohen? Einig Londoner Abendblätter berichten das bestimmt auftretende Gerücht, wonach Devalera Irland heimlich verlassen und eine Reise nach Amerika angetreten haben soll.

— Über Lenins Gesundheitszustand ist nach Reuter aus sehr zuverlässiger russischer Quelle folgende Information eingegangen: Infolge Arteriosklerose und Überarbeitung hatte Lenin einen Schlaganfall. Deutsche Ärzte wurden herbeigerufen und durch elektrische Massage wurde die Sprechfähigkeit Lenins wieder hergestellt. Er war dann auch imstande, das Krankenlager zu verlassen. Sechs Wochen später erfolgte ein zweiter Schlaganfall, verbunden mit dem Verlust der Sprache und einer Lähmung der Glieder. Lenins Gesundheitszustand ist dauernd sehr ernst und obwohl die Sprechfähigkeit langsam zurückkehrt, ist er nicht imstande, zu gehen. Ein dritter Schlaganfall dürfte verhängnisvoll sein. Nach Ansicht der Ärzte wird Lenin nicht imstande sein, die Arbeit wieder aufzunehmen, da eine geistige Anstrengung einen neuen Ansturz ins Gehirn hervorrufen würde, der zum Tode führen müßte. Infolge des kritischen Zustandes ist Lenin nicht transportfähig. Es war zuerst beabsichtigt, daß er im Kaufhaus eine Kur durchmachen sollte. Die kommunistische Partei aber wünschte, daß er inognio nach Deutschland und von dort in ein Bad gelandt werden sollte. Lenin befindet sich gegenwärtig auf dem Lande in der Nähe von Moskau.

Theater.

Lobetheater. Eines Gastspiel von Käthe Dorsch: „I am me“. Statt der Pariser Skolsten scheitern jetzt zur Umwechslung Wiener „Freimädlerin“ über diese Vertreter, aber daß es in Hans Willers Schauspiel nicht trivial und lustig hergeht, wie bei den Franzosen, sondern gefühlig und tragisch, macht das Wiener Dichtung nicht wertvoller, sondern nur ungemütlicher. Denn es strotzt — wie schon nach der hiesigen Uraufführung vor etwa zwei Jahren berichtet — von übeler Theatralik und gewaltsamer Stimmungsmache. Doch bietet es in der Gestalt der Anna, die von einem edlen und lebensfreudigen jungen Künstler aus dem Sumpfe herangehohlet wird, diesem aber wegen ihrer unbezwinglichen Dirnenart doch wieder verfallt und schließlich durch Selbstmord, eine Paraderolle für Virtuosinnen, und durch Käthe Dorsch, deren Mißton sich anfänglich besonders auf die allgährende Verkörperung gerade dieser Rolle gründete, wurde der Abend für die das Haus füllende Söcherchaft auch lohnend. In aufwendiger, doch eindringlichem Spiel, mit einer Menge von Feinheiten charakterisierter sie die trotz aller Enge recht komplizierte Psyche dieser gedorenen Dirne, in der eine echte Reueung zu einem einzelnen Mann doch wieder den Stürmen ihres heißen Blutes ergiebt, die es in der Umkleidung einer stillen bürgerlichen Gänscheit garnicht mehr aushält, sondern deshalb von „Heimweh“ nach dem Schmutz, wie ein romantischer Autor solche Reueungen nennt, befallen wird, und der vor allem eine unheilbare Verlogenheit eignet. So wurde diese Gestalt ein vollendetes Typus der Gattung, den man mindestens ein starkes sozialistisches Interesse abgewann, und nach jedem Akt schloß der Gast ausstehenden Beifall und viele Hervorrufe für die bewunderte Leistung. Erfreulich war es aber auch, zu beobachten, wie trefflich sich unsere heimischen Kräfte im Zusammenspiel mit dem „Star“ behaupteten, namentlich Frau Haber-Neimers als Annas Freundin Nona, Silvia Schläter als Mutter des „reinen Loren“ Ferdinand, mit dessen unheimlicher Rolle sich Herbert Böhm recht gut abfand, ferner Richard Felßen als Ferdinands Freund und leitender „Stationen“ des Stüdes. Auch die kleineren Rollen fanden durch Gertrud Waagner, Ulla Wurm und Hans Feuchter, der zugleich die Spielleitung hatte, wirksame Vertretung.

Zweites Gastspiel von Käthe Dorsch: „Niki“. Die Aufführung dieser sogenannten Komödie bildete eine besonders beachtliche Illustration an unserer Bühnenwelt. Nicht nur, daß wir den französischen Stoff ablehnen — wir nehmen ihnen auch das ammeblende Zeug ab, das ihre Rollenfabrikanten hervorbringen. Im Mittelpunkt der „Handlung“, die einer näheren Kennzeichnung nicht wert ist, steht eine Café-Cantanti-Dirnen Niki, die an unschön nur physikalisch eine Dirne ist und es erst zuletzt auch physisch wird; die Schlußszene spielt manchen im Schloßzimmer auf einem Werte, und nach der Vorbereitung fällt, erkränkt das Bild. Was sich vorher in den drei Akten abspielt, ist stellenweise recht witzig und langweilig. Vertüglung bringt es nur immer, wenn „Niki“ ein merkwürdiges Gestaltenpaar voller Wagnis und Zusehen, auf der Bühne steht und zwar in so temperamentvoll und lebensvoller Verkörperung, wie Käthe Dorsch sie bot. Man bewunderte wieder die vollendete Behaltungsart der Künstlerin und fühlte zugleich ein Bedauern, daß ein solches Talent sich an solche Aufgaben vergebet. Natürlich feierte das Haus, das noch viel voller war als am Abend zuvor, den Gast durch zahlreiche Hervorrufe. In den anderen Rollen die eigentlich nur die Bedeutung einer Umrahmung der Hauptrolle haben, wirkten Frau Bellhoff und die Herren Kaiser, Weithonoma, Thied und Noth in angemessener Weise.

Lied-Theater. Auch über die Dreher der Lieblichen Commedien geht seit Freitag ein neues Stück, „Das Gatt-haus zur Liebe“. Es ist ein dreierlei Schwanz mit Gattung und Tanz. Der Text stammt von dem Berliner Komiker Hans H. Berlet und von Leo Kaffner, dem Autor der Operette „Unter der blühenden Linde“. Die Musik dazu schuf Siegfried Schulz, der Komponist der „Frau im Damokel“. Der Schauspiel ist ein Strandhotel, dem ein hehrlicher Lebensbummler der sich hierin vor seinen Gläubigern gescheit hat, als allem engagierter Direktor durch ein raffiniertes Personalmanagement aus dem fatalen Zustande der Gefährlichkeit zum begünstigten Stelle diefen ebeluftiger Männlein und Weiblein hinaufhilt. Dabei der verführerische Titel „Kaffhaus zur Liebe“. Die „Handlung“ bildet das Singsuchen und Singsingen der hehrlich-lustigen Gäste, das den Autoren der Werke reichlich Gelegenheiten bietet zu humoristischen und drastischen Szenen unter Verwendung der stöckchen Schanzfiguren. Von den Trägerinnen der weiblichen Rollen des Stüdes ist vor allem Gertha Nordheim zu nennen. Als agentische Amerikanerin und Marinerin des pflügen Kultus, der Direktor Kaffner an n Feiner mit gefälligen Humor verfortert, beweist sie raffiges Temperament. Ihr Auktel „In punkto Liebe sind die Männer alle gleich“ ist ein Schlag des Schwanks. Hans H. Berlet als ihr alkoholischer Vetter weiß die von ihm selbst verfertigten Langedichte mit witziger Pointe zu fingen und an tange, vor allem das stürmisch befallte Mondblieb „Sag mir doch Wädel, wo du wohnst“. Er ist auch der Arrangeur der anderen moderneren Tänze, die im Laufe des Abends über die Bühne abgeschlossen und gesprungen werden. Ganz vortrefflich ist auch Richard Geller als Vetter des Strandhotels, der sich ebenso neben über die Gattungsart wie über den späteren Höhepunkt gebärdet. Am läßt eine nügliche Maßigung im letzten Akt Loren im Redertrud auf der Bühne erscheinen. Für heitere Stimmung sorgt ferner Curt Busch als „ostpreussischer“ Heimateinstufiger, dessen Ehepläne ursprünglich nur dem Anstanz seines Ruffalles galten, der schließlich aber doch in der Nähe des Strandhoteldirektors (Kaffner) ein zwar mifglücktes, dafür aber sehr neblisches Frauchen findet. Auch die übrigen Rollen des Stüdes sind in guten Händen, eine mannliche Witwe (Loni Wigog), ihre emanzipierte Tochter, die sich schließlich den trunlichstigen Amerikaner Kappert (Ramar Gubodan) eine alle Liebeshölle umgarnt (Gertha Küllter) und die abgehenden Reiner des Strandhotels (Hans Bergmann, Gora Fork und Maria Fränge). Es wurde unter Direktor Kaffners Leitung flott gespielt, es gab ein ganz nettes Bühnenbild zu sehen, auch das Lied-Theater begleitete wacker. Für den lebhaftesten Beifall des Publikums konnte sich am Ende des zweiten Aktes, bei dem ein ganzer Blumenladen auf die Bühne kam, zusammen mit den Darstellern auch Kapellmeister Waphaus bedanken. H. J.

Definitivus.

• Eine nachherige glückliche Schilderung unserer verfallenen wirtschaftlichen Lage bietet natürlich keine dem Leser angenehme Lesart, aber es ist dienlicher, das Sachbare klar ins Auge zu fassen, als mit unbilligem Blick daran vorbeizugehen. Was A. Scierischauer in der „Deutschen Industriezeitung“ darüber schreibt, ist eine Rechtfertigung des Definitivus, der unsere Sachverständigen freilich längst schon erfüllt. Möge der schwache Hoffnungsschimmer, der aus seinen Worten blüht, nicht auch noch erlöschen.

Aus Angst vor einem plötzlichen Erwachen schienen wir uns noch immer der Wirklichkeit in die Augen zu schäuen. Wir trösteten uns A. B. damit, daß die Vorkriegsleistung an Steinkohlen, die monatlich rund 1 Million Tonnen betrug (insgesamt im Jahre 1913 12.567 Millionen Tonnen), erst im Monat Juni wieder erreicht sei; wir denken aber nicht daran, daß Deutschlands wachsender Wohlstand vor dem Siege nicht zum geringsten darauf zurückzuführen war, daß wir damals jeden Monat rund 4 Millionen Tonnen Kohlen ausfuhrten (4.422 Mill. Tonnen Steinkohlen und 2.543 Mill. Tonnen Braunkohlen 1918). Wir hatten also damals im ganzen einen Monatsausfuhrüberschuß von rund 8 Millionen Tonnen Kohlen, während in dem ganzen Jahre 1921 die freie Kohlenausfuhr (d. h. Kohlenausfuhr ausschließlich Reparationslieferungen in Höhe von 17.181 Mill. Tonnen Steinkohlen, Braunkohlen und Bitetts, und ohne die Zwangslieferungen an Deutschösterreich, Polen, Ungarn, Danzig usw.) nur 2,5 Mill. Tonnen betrug, eine Menge, die in Zukunft wahrscheinlich ganz in Notfall kommen wird, da die neueste Entscheidung der Reparationskommission keine Erleichterung der deutschen Kohlenlieferungsverpflichtungen, sondern eine Verschärfung bedeutet insofern, als der Rückfall der deutschen Kohlenförderung durch den Verlust Oberschlesiens um nur zu einem Drittel berücksichtigt wird.

Eine ähnliche Selbsttäuschung herrscht über die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, bei dem bestehenden Wirk, daß in der ersten Hälfte des Jahres 1922 auf je 100 offene Stellen durchschnittlich nur 95 bis 98 Arbeitskräfte kamen, eine Erscheinung, die aber nur dadurch verursacht wird, daß ein erheblicher Teil der deutschen Arbeit völlig unproduktiv und nutzlos für uns im Dienste der Entente geleistet wird, wie also bei Notfall dieser „Tätigkeit“ eine Arbeitslosigkeit größeren Umfangs schon lange aufzuweisen hätten.

Sogar in amtlichen Veröffentlichungen kommt die Angst vor der Wahrheit zum Ausdruck. Erwähnt seien hier die monatlichen Nachrichten über unsere auswärtigen Handelsbeziehungen. Die Regierung hat es durchgängig unglückliche folsche statistische Berechnungen tatsächlich fertig gebracht, für die Monate Dezember 1921 und Januar und Februar 1922 einen Ausfuhrüberschuß von 0,766, 1,749 und 2,481 Milliarden Mark auszurechnen. In der Folgezeit hat sich der „Überschuß“ an Ausfuhr zwar auch in der Statistik in einem solchen an Einfuhr vermindert (im April A. B. steht dem Einfuhrwert von 28,248 Milliarden Mark gegenüber ein Ausfuhrwert von 22,940 Milliarden). Aber auch diese Ziffern sind als viel zu niedrig, irreführend, da in ihnen die Posten fehlen, die in einer richtigen Bilanz — Bilanz soll doch nichts anderes bedeuten als getreues Spiegelbild der jeweiligen wirtschaftlichen Lage des Bilanzierenden — enthalten sein müssen. Gedacht ist hier A. B. an die Belastungen durch die Versicherungen für die Versicherungsarmee, die Verzinsungen an die Entente usw., die, da sie passiv wirken, losgerissen in den Einfuhrziffern enthalten sein müßten. Wie sehr auch ohne diese Ziffern unsere Bilanz passiv sind, wenn sie auf reale Goldwerte zurückgeführt wird, zeigt, daß allein im Jahre 1919 nach einer Berechnung des Reichsbankpräsidenten vom Schatzapparat der Überschluß der Einfuhr über die Ausfuhr 4,94 Goldmillarden betrug.

Daß wir uns die wirklichen Verhältnisse nicht klar machen, währ größtenteils daher, daß der wirtschaftliche Zusammenhang von dem seit Jahren die Rede ist, in der früher geglaubten Gestalt nicht eingetreten ist. Man dachte sich ihn als allgemeinen Staats- und Wirtschaftsbankrott, der eine unumkehrliche und plötzliche eintretende Verschleppung aller Schichten der Bevölkerung und Arbeitslosigkeit größten Umfangs zur Folge haben mußte. Ein plötzlicher Zusammenbruch ist zwar nicht eingetreten, dafür aber ein allmählich und langsam sich vollziehendes Ruin an Menschen, das noch viel schmerzlicher ist. Wieweit dieser Prozeß auch bei derweil noch glänzend dahinstehenden Gewerben geblieben ist, mag die Lage der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie zeigen. Bei ihr beträgt die Ausfuhr nur noch 25 Proz. der Vorkriegszeit, während die Einfuhr aus ausländischen Eisens (die früher, abgesehen von einigen ganz unwesentlichen Spezialartikeln, überhaupt nicht in Betracht kam) im letzten Monat zum erstenmal größer als die Ausfuhr gewesen ist. Infolge der geringfügigkeit der Ausfuhr ist der Eingang an Devisen völlig unzureichend, so daß er nicht genügt, die Kosten für ausländische Erze — der Verbrauch an ihnen ist jetzt verhältnismäßig größer als in Friedenszeiten — zu decken, so daß bei den meisten Werken 60 bis 80 Prozent des Devisenbedarfes in Papiermark gekauft werden muß, was Anwendungen erfordert, die bei den ganz großen Werken jeden Monat in die Hunderte von Millionen geht.

In den bisherigen Zeiten des ständigen Fallens der Mark haben wir davon gelebt, daß wir die Rohstoffe verhältnismäßig „billig“ einfuhrten und nach erfolgter weiterer Verschlechterung der Mark „teuer“ ausfuhrten. Ferner haben wir auf Goldmarkwerte verhältnismäßig sehr niedrige Papiergeldgewinne ausgeschüttelt (beim Reichsbankverein, bekanntlich einem der besten Werke des Bezirks, betrug der Goldwert der letzten Dividende nur 0,96 Proz.), oder wir haben die Goldmarkkapitalien allmählich durch Umwandlung in Papiergeld aufgezehrt (bei Deutsch-Lumpenbank A. B. betrug das Aktienkapital 120 Mill. Mark, während es nach dem Börsenstand vom 1. Mai 1922 nur 17,885 Mill. Goldmark ausmachte), oder wir haben Goldhochnoten in Papier zurückgekauft und dadurch unsere Konjunktur hochgehalten usw. Das alles hat schließlich einmal ein Ende, so daß das Vermögen des Einzelnen und der Volkswirtschaft aufgezehrt ist, was in Gestalt der allmählichen Umwandlung des Kapitals in Papiergeld erfolgt: vollaufen ist dieser Prozeß bereits bei den Banken, die nur über verhältnismäßig geringfügige Reserven verfügten, bei denen dieser Prozeß also verhältnismäßig schnell vor sich gehen mußte (A. B. Pensionäre, Rentner, freie Berufe usw.); bei allen anderen Schichten wird er eines Tages auch zum Abschluß kommen, wenigstens die dazu erforderliche Zeit etwas länger dauert.

Es ergibt sich die Frage, ob Aussicht auf Entzerrung besteht. Sie kann nur besteht werden unter verschiedenen Voraussetzungen. Die wichtigste von ihnen ist eine grundlegende Revision des Versailler Vertrages. In der erforderlichen Grundlagent liegt diese aber, wie die Erfahrungen gelehrt haben, noch in so weiter Ferne, daß wir praktisch mit ihr nicht rechnen können. Außerdem wird selbst ein gänzlich Aufhören der Reparationszahlungen unsere Handelsbilanz nicht aktiv machen; auch dann müßten wir vielmehr noch aus eigenem Vermögen und eigenen Kräften alljährlich 2 bis 3 Goldmillarden zum Ausgleich mehr verdienen. Eine weitere Voraussetzung besteht darin, daß die Leistung der Volkswirtschaft, die allmählich auf rund 60 Proz. der Vorkriegszeit zurückgegangen ist, gründlich und so schnell wie möglich gesteigert würde, damit der Prozeß des andauernden Verzehrns wenigstens in etwas aufgehalten würde. Auch hier sind jedoch die Aussichten auf Vermehrung sehr gering, wie schon das Festhalten am schematischen Abhängigkeitstag an jeden Preis und die Verweigerung des Verkehrs von überhöhten im Ruherwerb zeigt. Es er-

starkt nicht einzuwirken, dem im sich durchaus verankerten Definitivus Geltung zu verschaffen, daß Meistlohn von Meistleistung abhängig werden soll, ein Grund, der für jeden Gewerbetreibenden selbstverständlich ist, wenn er nicht Gefahr laufen will, seine Lebenshaltung oder seinen Betrieb einschränken zu müssen. Die einzige Möglichkeit, hier zu einer Änderung zu kommen, bestünde in einer rücksichtslosen Einsetzung der Autorität der Regierung; da diese aber nicht vorhanden ist, kann sie natürlich nicht ausfindig gemacht werden. Eine dritte Voraussetzung ist schließlich noch die Durchführung einer Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse für wenigstens einige Zeit, damit die gewerbliche Pankulation, die jetzt zum größten Teil infolge der ärmstgläubigen Entwicklung zu einem Börsenspiel gefährlicher Art geworden ist, wieder auf einen gesunden und basierten Boden gestellt werden kann. Aber auch hier sind die Möglichkeiten außerordentlich gering. Zunächst kann in jederzeit mögliches Eingreifen der Entente alle Bestrebungen auf diesem Gebiet völlig illusorisch machen; weiter besteht die innerpolitische Gefahr, daß infolge der Unmöglichkeit, die sozialistischen Forderungen zu verwirklichen, die sozialistischen Parteien aller Schattierungen wieder in ein ausgeprägtes Kampfverhältnis zum Staat und zu den anderen Parteien treten, da sie im Interesse der Erhaltung der Parteien und der Führer das allerletzte Mittel noch versuchen werden, bevor sie die Unrichtigkeit ihrer Anschauungen anerkennen. Schließlich macht sich auch hier wieder das Fehlen der staatlichen Autorität bemerkbar, das dahin führt, daß schon kleinste Erschütterungen eine völlige Verschiebung des politischen und wirtschaftlichen Gleichgewichts herbeiführen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß eine Heilung nicht eher zu denken ist, als bis mit der größten Nachdruck auch um den Preis der Unpopulärheit Einschränkungs- und Mehrleistungsmahnahmen unter Einsetzung vollster staatlicher Autorität getroffen werden; das können aber in kritischer Zeit niemals Parlamente, sondern nur frei schaffende und auf eigene Verantwortung gestellte tüchtige Männer. Diese werden jedoch bei uns nicht herangezogen, sondern im Gegenteil in über Gleichmacherie künstlich unterdrückt.

Wir befinden uns schon seit längerer Zeit in einem zeit- und geistigen Niedergang Deutschlands. Der vorgerufen wurde sie durch eine völlige Verschleppung im Stärkeverhältnis zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung. In früheren Zeiten wurde der Überschub der Landbevölkerung in das Ausland gelenkt; nach dem 70er Krieg wandte er sich in die aufblühende Industrie. Nun war aber der vom Land zur Stadt abwandernde Teil der ländlichen Bevölkerung erklärlicherweise geistig aktiver als der verbleibende; dadurch kam es, daß das geistige Niveau des Landes, anmal sich der Wohnortänderungsprozess verhältnismäßig wiederholte, verhältnismäßig immer mehr zurückging. Bei den Stadtwohnern aber vermehrte sich in der Hauptstadt nur die aus kulturell tief stehenden Gegenden stammenden, während die Kindererzeugung der geistig Höherstehenden — schon die Kinderzahl des gelehrten Facharbeiters war und ist geringer als die des ungelerten Handlängers — sich gemäß der sozialen Fortentwicklung immer mehr verminderte. So kam es, daß auch in der Stadt das geistige Element von dem unzeitigen immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurde. Diese Entwicklung ist bei weitem noch nicht abgeschlossen; mancherlei Beobachtungen lassen darauf schließen, daß sie jetzt in ein schnelleres Stadium getreten ist bzw. noch treten wird. Ihre Fortdauer ist gleichbedeutend mit einer immer schneller werdenden geistigen, politischen und wirtschaftlichen Verelendung Deutschlands, da Führerqualitäten nun einmal nicht durch die Zahl der unzeitigen Masse ersetzt werden können.

Es scheint demnach, daß Deutschland geistig, politisch und wirtschaftlich vollständig politisch verelendet sei, wenn nicht ein Wunder kommt. Wunder sind aber bekanntlich in der heutigen „ausgewählten“ Zeit sehr selten.

Die innere Lage im Freistaat Sachsen.

R. Dresden, 28. Juli. Während in Bayern der Kampf um die Erhaltung des bestehenden Meistes von Selbstständigkeit loht, das den einzelnen Staaten des Deutschen Reiches geblieben ist, treten in dem ehemals als patriarchalisch bezeichneten Sachsen derartige Tendenzen nicht minder hervor. Die hier herrschende Sozialdemokratie ist selbstverständlich unparteilich und diejenigen Kreise der Bevölkerung, die mit Wehrmut einen Teil der staatlichen Hoheitsrechte nach dem anderen haben dahinschwimmen sehen, verhalten sich reserviert und schweigend.

Es sind andere Sorgen, die zurzeit schwer auf dem sächsischen Wirtentum lasten. Mit Sehnsucht sieht es dem Ende der immer unerträglicher werdenden Herrschaft der rein sozialistischen Regierung entgegen. Landtagsauflösung und Volksentscheid, das sind die Fragen, die gegenwärtig alle politischen Kreise in Sachsen vornehmlich beschäftigen und die ihre Entscheidung immer näher rücken. Am 20. August, nach Beendigung seiner Ferien, wird der Landtag zu beschließen haben, ob er dem von mehr als 800.000 Wahlberechtigten gestellten Volksbegehren entsprechend, sich selbst auflösen oder es zum Volksentscheid kommen lassen will. Nachdem die Kommunisten, von denen ja jede Entscheidung im Landtage abhängt, den Polizei- und den Justizetat, die sie beide in der zweiten Lesung abgelehnt, in der dritten Lesung bewilligt haben, müßte man annehmen, daß sie ihren Frieden mit der Regierung gemacht haben und nun gegen die Landtagsauflösung stimmen werden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sie durch die Verschmelzungswünsche der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen wieder verärgert worden sind und nun doch ihre Stimmen für die Landtagsauflösung abgeben. Dann würde die Regierung mit 40 Stimmen der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen 59 Gegner gegenüber und würde sich wohl oder übel zum Rücktritt gezwungen sehen. Die Neuwahlen könnten in diesem Falle schon im Oktober stattfinden. Zu rechnen ist damit freilich nicht. Die Regierung wird sicher alles Mögliche tun, um die Linde wieder in gute Laune zu versetzen. Gelingt ihr das, wird die sofortige Landtagsauflösung abgelehnt, so muß es spätestens Ende September zum Volksentscheid kommen und die Wahlen würden dann im Laufe des Monats Dezember zu vollziehen sein.

Ein Blick auf den verflochtenen Tagungsabschnitt des Landtages bietet nicht viel Ertragsreiches. Es wurde entschieden viel geschwätzt, geschimpft, geheult, „entbillt“, verleumdet und spekuliert, am sachlichen Arbeit aber wenig geleistet und das Wenige geschäft auch nur mehr im Interesse der Partei als in dem der Gesamtheit des Volkes. Außerhalb des Parlaments wurde der Klassenkampf in rücksichtslosster Weise geführt und im Parlament dann von Regierungskreisen verteidigt. In der sogenannten Demokratisierung der Beamtenschaft hat die Regierung Ermittelliches geleistet. Wurden doch sogar verfassungstreue Demokraten als staatsgefährlich ihres Postens entbunden. Wo es aber wirklich galt, die staatliche Autorität zu wahren, wie bei der Meuterei der Sipobeamten in Chemnitz, bei den Unruhen in Borsdorf und früher schon bei der Hölzliche Tragikomödie im Voglande, da vernichte man die Energie.

Unter solchen Umständen ist es wohl begreiflich, daß das sächsische Wirtentum das Ende der sozialdemokratischen Klassenherrschaft dringend herbeiführt. Aber es wird schwere Kämpfe kosten, dieses Ziel zu erreichen. Der letzte Mann wird beim Volksentscheid und den eventuellen Neuwahlen an die Urne herangezogen werden müssen, um zum Siege zu gelangen, denn auch die Gegner wissen, um was es sich für sie dabei handelt, und sie werden kein Mittel der Bedrohung und des Zwanges verschmähen, um sich zu behaupten.

Das Reichsstrafpolizei-Gesetz.

Die ablehnende Haltung der Deutschnationalen Volkspartei gegenüber dem neuen Reichsstrafpolizeigesetz wird von dem Abg. Dr. Barth in der parteiamtlichen Korrespondenz wie folgt dargelegt und gerechtfertigt:

Eines der Reichsgesetze, die in der letzten Woche vor der Vertagung des Reichstages verabschiedet worden sind, ist das neue Reichsstrafpolizeigesetz. Wäre das Gesetz lediglich als ein polizeitechnisches Gesetz zu betrachten, das auf nichts weiter abzielte, als auf eine noch bessere, vor allem einheitlichere Bekämpfung des Verbrechertums in Deutschland, so wäre die deutschnationale Reichstagsfraktion gewiß mit auf den Boden dieses Gesetzes getreten. Wir verkennen gar nicht, daß in bezug auf die Verfolgung und Bekämpfung des Verbrechertums in Deutschland noch mancherlei Verbesserungen möglich sind, wenn auch die jetzt vielfach aufretende Meinung, als läge die Verhältnisse der Kriminalpolizei bei uns sehr im argen, mit Entschiedenheit zurückzuweisen ist. Wichtig ist nur, daß die Kriminalpolizei in Deutschland sich nicht mehr ganz auf der Höhe zeigt, wie die Kriminalpolizei vor der Revolution — eine Folge der ganzen Zustände, in die wir durch die Revolution gekommen sind. Immerhin sind ihr auch heute noch manche große Erfolge beschieden, und die deutsche Kriminalpolizei kann in bezug auf ihre Leistungen durchaus noch den Vergleich mit den Kriminalpolizeibehörden anderer Länder aushalten.

Daß die deutschnationale Reichstagsfraktion das Gesetz abgelehnt hat, beruht auf politischen Gründen. Das Gesetz ist unter dem Druck der Strafe zustande gekommen; es muß deshalb zunächst unter dem politischen Gesichtswinkel betrachtet werden. Zudem war es notwendig, daß dieser Art von Gesetzmacherei im Eiltempo, ungeachtet der ungewöhnlichen Wichtigkeit der Gesetzesmaterie, entgegengetreten wurde; diese Gesetzesmacherei widerspricht allen guten Traditionen deutscher Gesetzgebungsarbeit.

Der Schwerpunkt des Gesetzes lag in der Bestimmung, daß das Reichsstrafpolizeiamt den Polizeibehörden der Länder Weisungen und Anträge erteilen kann, als seien diese untergeordnete Organe der Reichsbürokratie, und besonders in § 7, wonach das Reichsstrafpolizeiamt das Recht hat, ausnahmsweise im ganzen Reichsgebiete durch seine eigenen Vollzugsbeamten Ermittlungen anzustellen, und allen Polizeibehörden Weisungen zu erteilen, wenn es sich um Einzelfälle handelt, durch die die Interessen des Reichs unmittelbar berührt werden. Das letztere bedeutet die Reichsrepublik in den Einzelstaaten mit Hilfe eigener Reichsvollzugsbeamten. Ein sehr erheblicher Einschnitt in die Polizeiherrschaft der Einzelstaaten ist damit verbunden. Im Hinblick auf den starken Widerspruch Bayerns, dessen Vertreter in bezug auf das künftige Verhältnis Bayerns zum Reich die ernste Worte fand, konnte sich die deutschnationale Reichstagsfraktion der Aufassung nicht verschließen, daß es sehr gefährlich ist, die Einheit des Reichs abermals auf eine neue Belastungsprobe zu stellen. Es ist uns Deutschen so vieles verloren gegangen, aber eins ist uns bisher noch geblieben, die Einheit des Reichs, die uns über allem steht. Wir bemerken in der neuen Zeit auf Seiten der Reichsregierung eine wenig pflegliche Behandlung des sehr mit Rücksicht zu behandelnden Verhältnisses des Reichs zum Staat Bayern. Man denke an das Vorgehen bezüglich der bayerischen Einwohnervoten; man erinnere sich der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten nach der Ermordung Erbprinzes, die allerdings einen schweren Einschnitt in die Souveränität der Einzelstaaten bedeutete. Man hätte allein Anlaß, auf den Staat Bayern mehr zu achten, der doch heute ein Ordnungsmittel ersten Ranges ist, nach dem viele Kreise des deutschen Volkes jenseits der bismarckischen Grenzpfähle geradezu mit Sehnsucht blicken. Welches Entgegenkommen hat Hülfs Bismarck diesem Staat gegenüber stets gezeigt! Bieder war er eine Gesetzesvorlage zurück, wenn Bayern widerprochen, als daß er diesen Staat majorisierte. Eingehend Bismarckscher erhaltender deutscher Staatspolitik haben wir dem bayerischen Widerstand Rechnung getragen und das Gesetz unterseits abgelehnt.

Möge das Gesetz, das eine Fünftel-Mehrheit im Reichstag gefunden hat und gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei angenommen worden ist, in einer Weise gehandhabt werden, daß das Reich nicht Schaden leidet.

Sozialistisches Preislegeliehen mit Millionenpreisen.

Dem Wiener „Deutschen Volksblatt“ liegt ein Plakat des sozialdemokratischen Arbeiterradaervereins „D. Wachseln“ in Mitterndorf an der Suda vor, laut welchem dieser „Proletariatsverein“ zu einem großen Preislegeliehen am 30. d. M. einlädt, bei dem eine Million in barem, drei Preise zu 500.000, 800.000 und 200.000 K. ausgeschrieben sind. Daß gewisse Arbeiter sehr viel Geld verdienen und es unnötig und aufreizend hinauswerfen, weiß man heute schon zur Genüge, aber eine derartige Anknüpfung ist wohl das Höchste auf dem Gebiete und beinhaltet geradezu eine Aufreizung der nicht manuell arbeitenden Bevölkerungskreise. Gerade die Sozialdemokraten können sich der Entrüstung und des aufbauenden Protestes nicht genug tun, wenn bürgerliche oder bäuerliche Kreise auch noch so einfache feste veranlassen, die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ benützt jede derartige Gelegenheit zu parteimäßig-demagogischer Ausstrotzung. Nun sind gerade die eigenen „Genossen“ jene Elemente, die wie das Beispiel aufs neue beweist, durch wahrhaft unerhörtes Praßen und Verschwendung des Geldes mit dazu beitragen, daß dieses immer weniger wert und die Finanzlage Österreichs immer elender wird. Preislegeliehen mit Preisen bis zu einer Million Kronen können schließlich selbst die vorgeläperten und immer wieder aufgeblähten „Bauernkirtas“ nicht aufweisen. Diesen Rekord aufzustellen, blieb einem sozialdemokratischen Arbeiterverein vorbehalten. Vielleicht wird dieser Hinweis denn doch manchem die Augen öffnen über die so oft zitierte „Ausbeutung des Proletariats“.

— Das Reichsverkehrsministerium teilt mit, daß die Einführung der neuen Bezeichnung „Reichsbahn-Direktion“ nur aus praktischen Gründen, nicht aber aus irgendwelchen politischen Rücksichten erfolgt ist.

— Aus der Deutschnationalen Partei. Reichstagsabgeordneter Wulle schreibt der Telegraphen-Union: „Eine nichtberührende Klage der Regierung im Reichstag des „Deutschen Tagesblattes“ ist so aufgefaßt worden, als sei ich aus der Partei ausgeschieden. Das ist nicht der Fall. Ich habe mit Herrn von Graefe zunächst nur die Mitarbeit in der Fraktion niedergelegt. Die Meldung, daß ich beabsichtige, eine „völlig-freie“ Partei zu gründen, ist falsch. Dasselbe gilt auch für Herrn von Graefe und Herrn Gennung.“ — Durch diese Erklärung ist die Sache nicht klarer geworden.

ok. In der Marktsache Rathenau sind die polizeilichen Erhebungen abgeschlossen, die Sache befindet sich jetzt in den Händen des Untersuchungsrichters, der sich mit allen Kräften bemüht, die Unterzeichnung nach Möglichkeit zu fördern. Da die Zahl der Neben den Älteren in Betracht kommenden Zeugen, Begünstigter und Mittäter eine erhebliche ist, nimmt die Voruntersuchung immerhin einige Zeit in Anspruch, so daß heute noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden kann, wann der Termin vor dem Staatsgerichtshof angesetzt werden wird.

— Der Einbruch im Charlottenburger Schloss, der vor einigen Wochen gemeldet wurde, ist nun aufgeklärt. Eine räuberische Einbrecher- und Schleichbande, die seit Monaten im neuen Westend Berlins ihr Unwesen trieb, ist jetzt festgenommen worden. Die Bande hatte es namentlich auf Silberzeug und Juwelen abgesehen und erbeutete nach und nach für mehr als 4.000.000 Mark Werte dieser Art. Im Charlottenburger Schloss fiel ihnen für 500.000 Mark Leppiche in die Hände. Ihr Anführer ist ein bekannter Einbrecher. Dieser und zwei Helfershelfer haben sich durch Fingerabdrücke beraten und haben sich zu einem Geständnis bequemt. Die Hälfte der geraubten Leppiche sind in Hamburg wiedergefunden, darunter ein großer Tabak, der allein 200.000 Mark wert ist. Einige Güter waren bereits veräußert und in unbetretene Privatstände übergegangen.

Links der durch Brand zerstörte und jetzt wiederhergestellte alte Bau.

Rechts der mit dem Wiederaufbau entstandene Neubau

Alten Bewahren zum Trotz neu erhalten

Eine Rekordleistung
Am 20. Januar der Riesenbrand, der die ganze Fabrik zerstörte
Nach 24 Stunden Beginn des Wiederaufbaues mit aller Kraft
Ende Juli Sarotti Neubau im Rohbau fertig Belegschaft 710 der früheren Höchstziffer.

Sarotti

Korbmöbel

Unbedingt größtes und billigstes Lager Breslaus!

Kinderwagen

Klappwagen
Promenadenwagen
Kinderbettstellen

Stadtbekannt billigste Preise. Massenauswahl.

B. Suchantke, Ohlauerstr. 14

Großlager:
Korbmöbel

Gegründet 1828 Fernspr.: Ring 7048

Motor-Dreschmaschinen
mit doppelter Reinigung und Sortierzylinder.

Original-Welger-Strohpressen
für selbsttätige Garnbindung und Handbindung, in verschiedenen Größen zu günstigen Preisen kurzfristig lieferbar.

Fr. Dehne, Breslau 8,
Tauengienstraße 144.
Maschinen und Geräte für die Landwirtschaft.
Telegraphische Adresse: Maschinendehne. Fernsprecher: Amt Oble Nr. 6192.

Smyrna-Teppiche

Deutsche Arbeit - Handgeknüpft -
nur Exemplare hochwertiger Qualitäten
in edelster Zeichnung der Perserkunst

Größen: 2 x 3 Meter, 2 1/2 x 3 1/2 Meter, 3 x 4 Meter, 3 1/2 x 4 1/2 Meter

Plüsch- und Tournay-Teppiche
in meinen rühmlichst bekannten Qualitäten.

Teppichhaus
Hermann Leipziger

Inhaber Adolf und Walter Leipziger
Schweidnitzer Straße 7, gegenüber der Schlesischen Zeitung.

Tel. Rg. 593

Grasmäher,
Getreidemäher,
Seirechen und -Wender,
Schrotmühlen,
Düngerstreuer,
Biehfutterdämpfer,
Sauchefässer,
Saat- u. Adereggen.
Sofort ab Lager lieferbar.

Gebr. Prankel,
Gr. Ströhlig, Breslau 3,
D. Schl. Siebenhufenerstr. 67.

Für Industrie und Landwirtschaft
3tönn. Dürtopp-
Laffkraftwagen,
78 40 PS., neu bereit u. lackiert, sofort fahrbereit, evtl. mit Anhänger, sehr preiswert zu verkaufen. G. Anfr. u. G 230 Schl. 31g. 11

Motorrad
Sofort zu kaufen u. s. u. s. t. Angebote mit Angabe des äußersten Preises und Beschilungsorts unt. G 272 Schl. d. Schl. 31g. 12

Opel-Motor-Fahrrad
1 B. C. ausgelassen verkauft Schulz, Neudorfstr. 29/31.

Dreschmaschinen- und Motor-Riemen

Fischer & Nidel, Breslau
Neudorfstr. 86 :: Fernruf Ring 507 u. 4381

Korbmöbel
Große Auswahl, billigst
Ernst Seifert
Breslau 1, (X)
Ohlauerstr. 8, II, Hof 2 Tr.

Elektro-Motore
für Dreh- und Gleichstrom, sofort ab Lager oder kurzfristig lieferbar.

Heinemann & Co.,
Elektro-Großhandlung.
Breslau 6, Fischergasse 22. Tel. Amt Ring 8694.

1 fast neues Billard,
1 Klavier, 2 Reglfr.-
Kaffen (National)
Sofort zu verkaufen.
Schugpolizei-Routine,
Deis, Raabstr. 10.

ROYAL MAIL LINE
THE ROYAL MAIL STEAM PACKET COMPANY

Regelmäßiger beschleunigter Post-, Passagier- u. Frachtdampferdienst

Hamburg-New York
Postdampfer „Oropesa“ 5. Juli | Postdampfer „Vandyck“ 8. Juli
Vorzügliche Einrichtungen für Passagiere 1., 2. und 3. Klasse.

Brasilien-La Plata
von Southampton
Postdampfer „Almanzora“ 14. Juli.

Regelmäßiger Frachtdampfer-Dienst von Hamburg nach
Brasilien - Westindien - Westküste Amerikas

Nähere Auskunft erteilen:
ROYAL MAIL LINE 6. m. b. H.
Hamburg, Alsterdamm 39, Telefon: Nordsee 4030/31, Elbe 1365 sowie deren Agenten.

Automobile
Sofort lieferbar:
8/21, 10/28, 10/30 P. S. Sportwagen,
13/39 P. S. Limousine, neu und gebraucht.

Schuppelius & Ahrent
Breslau 11, Tauengienstraße 47
Telephon: Ring 3112, Drahtwort: Dixl.

Neue und gebrauchte Bauhölzer
und Baumaterialien
- Übernahme von Abbrüchen -
Rosenberg G. m. b. H.,
Breslau 10, Matthiasstr. 195/201.
Fernruf Ring 3837.

Gelegenheitskauf!
Birka 100 Stück sehr gut erhalten, fast neue

lederne Militärstellummete
das Stück Mk. 250.- vers. unt. Nachn.
Steldinger, Sattlerwaren engros,
Biegnitz, Dreslauer Str. 173.
Telephon 1488.

Es folgen Bogen 2, 8, 4 und 5.

Schlesien.

Das Staubeden von Otmachau.

* Unter vernachlässigter Osten und unsere Provinz Schlesien, die in Berlin hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse leider noch immer nicht diejenige Beachtung finden, die ihnen unbedingt gebühren, haben manderlei Schmerzenskinder. Eines dieser Schmerzenskinder ist das Staubeden von Otmachau. Das dürre Jahr 1921 und der gegenwärtige trodene Sommer haben uns das Fehlen des Otmachauer Staubedens besonders frah fühlbar gemacht. Wenn es mit rechten Dingen zugegangen wäre, dann würden wir den Reifstau bei Otmachau längst haben und dann hätten die beiden Trockenheitsperioden des letzten und dieses Jahres nicht derartig katastrophal auf die Oderschifffahrt wirken können. Im vorigen Jahre waren es ungefähr 5 Monate, in denen die Schifffahrt still lag. Hätten wir das Staubeden von Otmachau bereits gehabt, und hätte aus dem Beden der Oder Aufschubwässer zugeführt werden können, so hätte sich das Stillliegen der Schifffahrt um ungefähr drei Monate verringert. Ähnlich würde es in diesem Jahre gewesen sein. Die Widerstände, die sich gegen den bereits beschlossenen Bau des Staubedens von Otmachau geltend gemacht haben, liegen in der Hauptsache im preussischen Landwirtschaftsministerium. Verschiedene Anfragen in den Parlamenten haben sich mit der Frage der Bauverzögerung, die man wohl schon als Bauverhinderung bezeichnen kann, beschäftigt. In den Antworten, die seitens der Regierung erteilt wurden, war nicht viel anzufangen. Nebenfalls blieb die bestimmte Zusage, daß das Staubeden nunmehr auch wirklich gebaut werden soll, aus. Zuletzt wurden die Anfragen auf eine Besprechung verwiesen, die der Reichsverkehrsminister in Breslau mit den Beteiligten veranlassen werde. Diese Besprechung soll in den nächsten Tagen stattfinden. Mit Rücksicht darauf soll in folgendem auf die Vorgeschichte des Otmachauer Staubedens eingegangen werden.

Die Aufgabe, welche mit der Planung des Staubedens von Otmachau verfolgt wird, geht nach den früheren Erklärungen der Staatsregierung dahin, für die Ober das ganze Jahr hindurch einen Mindestfließen von 140 Meter, das ist für das normale 400-Tonnen-Schiff der Ober eine Dreivierteltladung zu gewährleisten. Die Kanalierung der Oder von Cöfel bis Mansern unterhalb Breslaus sichert für diesen Oberabschnitt die gewünschte Fahrwasserstiefe. Die Sicherung desselben Fließes für die Strecke unterhalb Mansern sollte durch Regulierung und durch den Bau von Stauweihern in den Tälern der Nebenflüsse teilsweise erreicht werden. Als dieses Programm aufgestellt wurde, handelte es sich darum, der Provinz Schlesien und dem Osten einen Ausgleich gegen den Mittelkanal zu geben. Eine derartige Verbesserung der Schifffahrt sollte dadurch werden, um die Schäden, welche für die wirtschaftlich durch den Bau des Mittelkanals zu befürchten waren, gemildert werden. Die Erklärung, die das preussische Staatsministerium im Jahre 1899 gab, lautet wie folgt:

„Die Staatsregierung wird, wenn der Gesetzentwurf der verfassungsmäßige Genehmigung erhält, die Wasserstraße zwischen Ober- und Berlin zu einer leistungsfähigeren auf Staatskosten ausbilden. Die hieserhalb eingeleiteten Vorermittlungen haben als wesentliches Ergebnis ergeben, daß es technisch durchführbar ist, durch Anlage von Stauweihern der nicht kanalisiertem Oberstrecke auch in trodenen Zeiten eine Wasserstiefe von 140 m zu verschaffen.“

Damit war den Schlesiern ein Verbrechen angeden, auf dessen Erfüllung sie sicher rechnen konnten. Diese Zusage wurde bei den Verhandlungen im Jahre 1901 noch wiederholt bekräftigt. Es kam am 1. Mai 1905 das Kanalgesetz. Dieses schrieb für die Ober unterhalb Breslau Probabauten und darunter ein oder mehrere Staubeden vor. Daneben wurde eine jene Erklärung der Staatsregierung aufnehmende Entschließung angenommen, welche von allen beteiligten Stellen als ebenso verbindlich wie ein Gesetz anerkannt wurde. Man ging dann an die Prüfung der Stellen, welche für die Anlage von Stauweihern in Frage kommen können. Die einmündigen Studien und Verhandlungen führten dazu, daß als geeignetste Stelle die Gänge Reisse bei Otmachau gewählt wurde. Im Jahre 1913 kam dann eine entsprechende Vorlage der Regierung, die neben einer Nachregulierung der Ober vor allem die Anlage des Staubedens von Otmachau vorsah, und diese Vorlage wurde am 30. Juli 1913 Gesetz. Nach dem Plan sollte das Beden 2000 Hektar bedecken, eine Südtiefe von 12 Metern und einen Fassungsvermögen von 118 Millionen Kubikmeter erhalten.

Die weiteren Vorarbeiten zogen sich lange hin. Das geschah auch deshalb, weil man sich die Frage aufzuwerfen worden war, ob es nicht zweckmäßiger wäre, durch Vergrößerung des Bedens eine Mindestfließtiefe in der Ober von 1,70 statt 1,40 Meter zu erstehen. Das würde den Schiffen das ganze Jahr hindurch die volle Ladung ermöglichen. Im Jahre 1920 war das Otmachauer Staubeden wiederum der Gegenstand eines gesetzgeberischen Aktes. In Verbindung mit dem Gesetz über die Vollendung des Mittelkanals von Hannover bis zur Elbe kam auch ein Gesetzentwurf über die Verbesserung der Oderwasserstraße unterhalb Breslaus. Es wurden Mittel bereitgestellt, die über die im Jahre 1913 bewilligten Mittel hinausgingen, und zwar zu dem Zwecke, das damals gesteckte Ziel zu erweitern und eine geringste Fahrwasserstiefe von 1,70 Meter zu erzielen.

Aus diesen Darlegungen geht hervor, daß die Provinz Schlesien ein verbrieftes Recht auf die Ausführung des großen Stauweihers von Otmachau hat. Was seinerzeit die preussische Staatsregierung zugesagt hat, ist nunmehr als Verpflichtung auf das Reich übergegangen, nachdem die Wasserstraßen-Angelegenheit des Reiches geworden sind. Die schlesischen Interessenten haben Anlaß, mit aller Energie und Deutlichkeit den Behörden klarzumachen, daß sie auf das, was ihnen früher zugesagt worden ist, nicht verzichten können. Es handelt sich um Dinge von großer wirtschaftlicher Bedeutung für die Provinz Schlesien und den ganzen Osten. Die Vernachlässigung der Oder-Schifffahrtsfrage kam nicht weiter zu hin angenommen werden. Die Ober kommt immer mehr in das Hintertreffen, während es in anderen Geenden mit dem Ausbau der Schifffahrtsstraßen vorwärts geht. Der Mittelkanal wird gebaut, der Rhein—Main—Donau-Kanal kommt vorwärts. Wenn die Ober dementsprechend nicht gleichen Schritt hält, so entsteht ein unbeschreiblicher Schaden für unseren Osten. Der Osten darf imsonderer vernachlässigt werden, als wir an und für sich schon durch die Verhältnisse Schlesiens und durch die außerordentlichen Verhältnisse, die in außerordentlicher Weise auf uns drücken, in äußerster Gefahr sind.

Die Finanzlage der Ortskrankenkassen.

* Die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Breslau hat an die Zeitungen einen Bericht versandt, dem sie selbst die Überschrift „Die schwierige Finanzlage der Krankenkassen“ gegeben hat. Er verfolgt lediglich den Zweck, der Öffentlichkeit klar zu machen, daß die Krankenkassenbeiträge, die schon sehr hoch sind, wieder erhöht werden müssen, und beginnt folgendermaßen:

Aus allen Teilen Deutschlands wird berichtet, daß sich die Krankenkassen in einer außerordentlich schwierigen Finanzlage befinden. So mußte bereits eine große Anzahl ihrer Rücklagen erhebliche Beträge entnehmen, andere Klassen sahen sich veranlaßt, die Beiträge wesentlich zu erhöhen oder die Leistungen herabzusetzen. Die Ursache ist darin zu suchen, weil durch die Kriegsverhältnisse die Zahl der weiblichen Mitglieder außerordentlich ansteigt und weil diese bei niedrigen Beiträgen wesentlich höhere Ansprüche an die Kasse stellen, als die männlichen Versicherten. Diese Verhältnisse treffen auch für die „Allgemeine Ortskrankenkasse zu Breslau“ zu, deren Finanzlage ebenfalls die denkbar ungünstigste geworden ist.

Weiter soll an Zahlen darzulegen werden, daß die geringe prozentuale Erhöhung der Beiträge seit dem Kriege bei weitem nicht gleichen Schritt gehalten habe mit den Ausgaben. Die Kasse zählt zurzeit 61 579 männliche und 82 527 weibliche Mitglieder. Im Laufe eines Zeitraumes von 4 Monaten hat die Kasse an Beiträgen für die männlichen Mitglieder 21 130 616 Mark, für die weiblichen Mitglieder 14 113 413 Mark, zusammen 35 243 029 Mark vereinnahmt. In demselben Zeitraum wurden an baren Leistungen an die männlichen Mitglieder 8 825 393 Mark, an die weiblichen Mitglieder 10 100 825 Mark, im ganzen also 18 926 218 Mark ausbezahlt. Dazu kommen nach Angabe des Berichts noch recht erhebliche Aufwendungen für ärztliche Behandlung, Arzneien, Krankenkassengebühren, Verwaltungskosten usw., die für die weiblichen Mitglieder noch rund 9 Millionen Mark ausmachen sollen.

Wie hoch sich die Sachleistungen für die männlichen Mitglieder belaufen, wird nicht gesagt, auch nicht, in welchem Verhältnis zu den Gesamtausgaben die Verwaltungskosten stehen, die doch, wie bekannt, bei dem großen Apparat der Allgemeinen Ortskrankenkasse nicht gering sind. Man muß über diesen Mangelbericht erstannt sein, wenn man bedenkt, daß die Ortskrankenkasse im vorigen Jahre der Stadt Breslau ein Darlehen von fünf Millionen gegeben hat, daß sie ein Privatkrankenhaus erwerben wollte, wofür mehrere Millionen notwendig gewesen wären, daß sie Geld übrig gehabt hat, um für ihr Licht- und Luftbad im Zempel eine kostspielige Gastwirtschaft zu bauen, usw. Wenn die Ausgaben für die weiblichen Mitglieder nach der Errechnung der Krankenkasse prozentual so viel höher sind, als für die männlichen, warum haben sie da im Jahre 1919 die Ortskrankenkassen mit Hilfe der sozialistischen Abgeordneten und Regierungsmänner die Auflösung der privaten Dienstboten-Versicherungsvereine und die Zwangsversicherung auch der Dienstmädchen bei den Ortskrankenkassen durchgesetzt? In Breslau z. B. waren etwa 9000 Mädchen bei dem Dienstboten-Versicherungsverein auf Gegenleistung versichert, der stets viel niedrigere Beiträge erhob, als die Ortskrankenkasse, demgegenüber höhere Leistungen, z. B. bei Rabatkaufheiten, gewährte und trotzdem sehr gut wirtschaftete, weil er eben keine enorme Verwaltungskosten hatte. Es ist Pflicht besonders der Arbeitgebervertreter im Ausschuss der Ortskrankenkasse, vor jeder Erhöhung der Beiträge die Ausgaben der Kasse genau zu prüfen, denn die Erhöhung der Beiträge trifft bei den Hausangehörigen nur die Dienstherren, welche fast allgemein die Beiträge für die Angestellten ganz auf sich nehmen.

Der Kampf mit Ost-Ober-Schlesien.

a. Königsplatz, 29. Juli.

In der jüngsten Sitzung des vorläufigen Wojewodschaftsrats in Katowitz, der immer noch im Geheimen tagt und von dessen Sitzungen die deutsche Presse geistlich nicht unberührt wird, haben die polnischen Sozialdemokraten eine Interpellation eingebracht, die sich mit den blutigen Straßenkämpfen am letzten Sonntag beschäftigt. Die bisherigen Sitzungen verliefen immer sehr programmatisch nach den Wünschen der Deputierten. Ihre Vorschläge wurden zumeist mit einem Kopfnicken der Mitglieder des vorläufigen Wojewodschaftsrats erledigt. Widerstände gab es kaum oder doch nur höchst selten. Eine sachliche Durchberatung oder gar eine Kommissionsberatung war völlig unbelannt. So wurden in jeder der bisher elf Sitzungen dieses eigenartigen Parlaments eine Unmenge von Dingen durchgepeitscht, die teilweise von weittragender Bedeutung für die ober-schlesische Bevölkerung sein könnten. Aber so schlimm ist es nicht, denn es blieb bei der — Fabrication von Akten. In der jüngsten Sitzung aber, der elften ihrer Art, kam es zum ersten Male zu einem stürmischen Auftritt. Die Veranlassung gab die Interpellation der polnischen Sozialdemokraten. Während im Warschauer Sejm bereits ein Dingsdaßentscheidungsfall gestellt wurde, eine Untersuchungskommission nach Katowitz zu entsenden, verlangten in dem Katowitzer Vorläufer des künftigen ostober-schlesischen Sejms die Antragsteller, daß ein Verfahren gegen diejenigen Offiziere der polnischen Armee eingeleitet wird, die sich an dem blutigen Überfall der „Chadzia Wojowa“ auf den sozialdemokratischen Demonstrationssitzung beteiligt haben. Die zweite Forderung der Antragsteller besteht in der Entwaffnung des „Verbandes chemischer Aufständischer“ — eine Forderung, die angesichts der völligen Nichtbeachtung der Aufforderung des Wojewoden zur Abgabe der Waffen um so dringender ist. Drittens wird die Auflösung der polnischen Flüchtlingslager verlangt, die sich übrigens nicht erst seit heute und gestern als Brutstätten von allerhand dummen Taten auszeichnen. Der sozialdemokratische Redner, der Führer der polnischen Sozialdemokratie Binickiewicz, wurde dabei von Angehörigen der kommunistischen Partei scharf angegriffen. Sehr interessant war, daß auch der Wojewode Hamer bestätigte, daß ihm die Existenz von Wojewodas Parlament — immerhin schon etwas, nachdem die Wojewodas seit mehr als zwei Jahren ihr dunkles verbräunertes Handwerk in Ostschlesien ausüben hat. Der amtliche Bericht der Wojewodschaft fertigt die ganze Interpellation und ihren stürmischen Verlauf mit wenigen belanglosen Zeilen ab, die nur den Verlauf der Sitzung beschreiben sollen.

10. Bundestagung des Bundes deutscher Jugendvereine.

eps. Bries, 29. Juli. Im nächsten Jahr auf Wiedersleben in Briesg! so nahm man auf der vorigen Bundestagung in Heibelberg Abschied von einander und dachte dabei nicht zuletzt an das Deutschland in Ostschlesien. So war nun auch der Begrüßungsabend in dem großen Garten des Bergel ein erquickendes Grühen der einzelnen deutschen Stämme und aus den ersten Stunden truch bereits das große Gemeinschaftsgefühl, alle Teilnehmer und Gäste umfassend, heraus, in Rede und Lied seinen Ausdruck findend. Nachdem der Vorsitzende des schlesischen Provinzialverbandes, Rastor Wangerow (Liquis) ein herzlich willkommen den aus Naß und Fern Herbegleiteten zugerufen hatte, überbrachte Bürgermeister Wauer (Brieg) die Wünsche des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten und die Grüße der Stadt Briesg, indem er an das Programm des Bundes: Weltfrieden, deutsch, fromm anzuknüpfend das schöne, deutsche Briesg mit seinen Kirchen pries. Im Namen der Kirchengemeinde sprach Rastor pr. Garnitz. Dann kam das deutsche Volk in seinen Stämmen zum Wort: die vom Schmarwald und die von der Wasserant, eine Ostpreußen und ein ganzes Rudel Bayern; die Rheinländer und die Oberschlesier wußten sich besonders verbunden. Über allem aber stand das Wort, das der Grenvorsitzende des Bundes Walther Claffen (Samburg) aus

Böhmen nach Flensburg mitgebracht hatte und nun den Schlesiern zurückgab: „Aus den Grenzdeutschen erwächst die Kraft zum Neubau!“

Bäder und Reisen: Bogen 3.

Landwirtschaftliches: Bogen 5.

Inhalt: Entzeit — Gegen den wilden Flachshandel — Preis-treiberi mit Kartoffeln — Literatur.

— Cöfel OS., 29. Juli. Ein frecher Raubüberfall wurde in Lenschütz verübt. Dort drangen Banditen, mit Gewehrnippeln und Handgranaten bewaffnet, in das Kolonialwarengeschäft des Bäckermeisters Stoballa ein. Sie mißhandelten den Inhaber, bis er heimatlos war und raubten 20 000 Mark Geld, Gold- und Silbergegenstände, einige Herrenanzüge, eine Menge Weis- und Leinwand- und Genuss- und Lebensmittel. Die Bande kam mit einem Auto aus der Richtung Ratibor und fuhr wieder in dieselbe Richtung davon.

Lokales.

Jubiläum des Hallenschwimmbades.

* Am 2. August des Jahres 1897 wurde das Breslauer Hallenschwimmbad eröffnet. Es kann also am Mittwoch auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Das Breslauer Hallenschwimmbad mit seinen außerordentlichen Einrichtungen wird von vielen als das beste und schönste in Deutschland bezeichnet. Er hat für andere ähnliche Neuschöpfungen im In- und Auslande wiederholt als Muster gedient. Die Bestrebungen der Breslauer Schwimmer, auch im Winter eine Möglichkeit zum Schwimmen zu schaffen, gingen auf ältere Zeiten zurück. Derjenige, der sich am eifrigsten für den Plan einsetzte, war der Rechnungsrat Kallenbach. Seine Verdienste um die Gründung des Hallenschwimmbades werden durch eine Ehrenfahel im Saal dauernd in Erinnerung erhalten. Die Durchführung des Planes, der dann besonders das Verdienst des Sanitätsrats Dr. Rabierste. Seine Bronzebüste steht in der schönen Eingangshalle zum Bade. Unter der Führung des verstorbenen städtischen Elektrizitätswerks-Direktors Baurat Leitgeb hat sich das Bad in der günstigsten Weise entwickelt. Es waren noch nicht 10 Jahre vergangen, da waren die Einrichtungen zu knapp, um einem Erweiterungsbau näherzutreten. Dieser Erweiterungsbau ist in den Jahren 1907 bis 1909 von Professor Werdelmann, der auch den ersten Bau entworfen hatte, durchgeführt. Während das Hallenschwimmbad zuerst nur ein Schwimmbassin besaß, das abwechselnd von Männern und Frauen benutzt wurde, schuf man durch den Erweiterungsbau eine zweite Schwimmhalle, so daß seit dem Jahre 1909 ein ununterbrochener Schwimmbetrieb sowohl in der Männerabteilung wie in der Frauenabteilung stattfinden kann. Von Anfang an hatte man neben dem Schwimmbad auch auf allenlei Bäder Wert gelegt, die der Gesundheitspflege dienen. So waren gleich Bannbäder, Dampfbäder und Peißluftbäder geschaffen worden. Bei dem Erweiterungsbau wurde dann noch eine Abteilung für elektrische Lichtbäder eingerichtet.

Der Ausbau zum Hallenschwimmbad hat sich in den letzten Jahren wieder so verstärkt, daß der Vorstand der Aktiengesellschaft unter Leitung seines Vorsitzenden, des Oberingenieurs Dr. Rabierste, sich entschlossen hat, jetzt wiederum einen größeren Erweiterungsbau anzuführen. Bereits im Jahre 1914 gedachte man diesen Plan zu verwirklichen, der Krieg verhinderte aber seine Ausführung, und so will man jetzt darangehen. Es handelt sich um den Ausbau von zwei Stockwerken auf dem ursprünglichen Gebäude. Hier sollen 40 neue Bannbäder und ein besonderes Damen-Schwimmbad entstehen. Weiter soll ein Dachgarten als Freilicht- und Luftbad geschaffen werden. Wenn die Kosten, die dieser Erweiterungsbau erfordert, auch recht erheblich sind, so glaubt die Aktiengesellschaft doch guten Mutes den Bau ausführen zu können. Der gute Besuch des Bades rechtfertigt das Unternehmen. In letzter Hinsicht handelt es sich um eine Wohlfahrtsmaßnahme, die der gesamten Bevölkerung zugute kommt. Das Hallenschwimmbad, das in jeder Beziehung eine Sehenswürdigkeit Breslaus ist, wird durch den geplanten Erweiterungsbau eine Verbollkommnung erfahren, die es ihm auch für die Zukunft ermöglichen wird, an der Spitze der Bäder Deutschlands zu stehen.

Eine besondere Einrichtung, durch die es sich vor allen anderen Hallenschwimmbädern auszeichnet, ist die Reimfreiheit des Wassers in den Schwimmbassins. Im Kriege, als das Schwimmbad außerordentlich stark von fremden Truppen und auch Gefangenen in Anspruch genommen wurde, trat die Leitung des Bades der Prüfung der Frage näher, wie die Gefahr einer Ansteckung durch Krankheitskeime, die von den Menschen auf das Wasser übertragen werden, zu vermeiden sei. Man entschloß sich dazu, dem Wasser Chloralkali beizumischen. Es sind dafür besondere Vorrichtungen geschaffen worden. Man hat damit einen vollen Erfolg erzielt und hygienisch einen bedeutenden Schritt vorwärts getan. Der Betrieb des Bades beginnt bereits um 7 Uhr früh und endet um 8 Uhr abends. Man kommt also der Bevölkerung so entgegen, daß 13 Stunden ohne Unterbrechung gebadet werden kann. Zur Zeit der Messe hatte man sogar einmal einen Versuch mit Nachtbetrieb gemacht. Der Versuch hat aber nicht dazu ermuntert, dem Gedanken der Einführung des Nachtbetriebes näher zu treten. Die Öffnung des Bades um 7 Uhr bietet jedenfalls denen, die mit den Morgengütern ankommen, auch jetzt schon die Möglichkeit, nach der Nachschicht sich im Bade zu erfrischen. Der Betrieb in dem Hause, den Inspektor Bennecke leitet, ist in allen Teilen derartig, daß der Badegast aufs angenehmste berührt wird und daß der Aufenthalt im Hause in jeder Beziehung ein Genuß ist.

Welche Bedeutung das Hallenschwimmbad nicht nur für die Stadt Breslau, sondern auch für die vielen Fremden, welche die Provinzialhauptstadt berühren, hat, soll an einigen Zahlen gezeigt werden. In den vergangenen 25 Jahren sind im ganzen 10 417 666 Bäder verabfolgt worden. Darunter spielen die Schwimmbäder mit 7 727 808 die Hauptrolle. Die Zahl der Bannbäder beläuft sich auf 1 917 006, der Schwitz- und Heilbäder auf 772 757. Im Durchschnitt werden täglich 1900 Bäder abgegeben. An besonders stark besuchten Tagen ist die Tageszahl auch schon auf über 4000 hinaufgegangen. Im Schwimmen sind in den beiden Schwimmbassins bisher 24 341 Personen ausgebildet worden.

Jahrespreise der städtischen Straßenbahn.

* Die Jahrespreise der städtischen Straßenbahn betragen vom 1. August ab: Für die einfache Fahrt 3 Mark (über die Zahlengrenzen 4 Mark); Umsteigefahrt 3,50 Mark (über die Zahlengrenzen 4,50 Mark); Wähtertarten 23 Mark; für Kriegsverletzte 11,50 Mark; einfache Fahrt von 11 Uhr abends an 4,50 Mark; Umsteigefahrt von 11 Uhr abends an 5,50 Mark. An Sonn- und Feiertagen werden Umsteigefahrtstheime nicht ausbezahlt. Für Tiere und Gepäckstücke ist der Personalfahrtspreis zu zahlen. Wähtertarten gelten auch am Sonntagen.

Verchiedene Nachrichten.

— **Deutschnationaler Arbeiterbund.** Donnerstag, den 8. August, abends 8 Uhr: Satzungsmäßige Mitgliederversammlung. — **Deutschnationaler Schwertersbund.** Dienstag, den 1. August, abends 7 1/2 Uhr im Saale des Landesverbandes, Altköniger-Obste 16/20: Vortrag des Herrn Professor Dr. Rieseke.

— Für Mitglieder des Vaterländischen Frauenvereins (Breslau-Stadt) ist im Augusthospital eine Hauspflegeschwester stationiert. Diese Einrichtung soll hauptsächlich den weniger bemittelten Mitgliedern des Vereins zu mäßigen Preisen gute kommen.

— Auf dem Breslauer Frühmarkt wurden am 29. Juli 1922 folgende Großhandelspreise für Gemüse und Obst verzeichnet: Weißkohl 300—350 M., Wirsingkohl 300—400 M., Kartoffeln 350—380 M., Blaubeeren 800—900 M., Schnittbohnen 850—450 M., Zwiebeln 600—700 M., Salatgurken 700 bis 750 M., je Kistner, Einloggurken 75—90 M., Oberrüben 10—50 M., je Schock, Blattsalat 10—12 M., je 12 Köpfe, Mohrrüben 30—35 M., je 12 Pfd. Die Zufuhr war stark, die Preise fest und zum Schluss nachgebend.

— Der Bauhofstreik ist beendet. Die Vergleichsvorschläge des Schlichtungsausschusses vom 25. Juli 1922 führten zu einer Einigung. Eine stark besuchte Versammlung des Verbandes Breslauer Schlossereien und verwandter Gewerbe E. V. unter Leitung des Obermeisters Salkowski stimmte den Vereinbarungen zu. Die außerordentlich gestiegenen Preise für Eisen, Kohlen, in Verbindung mit den erhöhten Löhnen zwingen zu erneuten Preissteigerungen für alle Schlosserarbeiten.

— Die städtische Erwerbslosenfürsorge muß öfter die Wahrnehmung machen, daß die Erwerbslosen Bescheinigungen ihres letzten Arbeitgebers vorzeigen, in denen Arbeitsmangel als Grund der Entlassung angegeben ist, während in Wirklichkeit andere Gründe zur Entlassung geführt haben. Nach der Erwerbslosenfürsorge-Ordnung kann aber Erwerbslosenunterstützung nur gewährt werden, wenn die Arbeitslosigkeit durch einen als Kriegsfolge anzusehenden Arbeitsmangel verursacht worden ist. Durch irreführende Entlassungsbescheinigungen wird nun vielfach die

wahre Ursache der Arbeitslosigkeit verheimlicht, so daß den Erwerbslosen zu Unrecht Erwerbslosenunterstützung zuerkannt worden ist. Da die Handlungsweise solcher Arbeitgeber, die falsche Bescheinigungen ausstellen, die Allgemeinheit schädigt, muß die Erwerbslosenfürsorge in den ihr bekannt gewordenen Fällen die an der Irreführung Schuldigen für den verursachten Schaden haftbar machen. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, in allen Fällen den wahren Grund der Entlassung anzugeben.

Vereinsnachrichten.

— Die literarische Gesellschaft „Der Fleck“ veranstaltet Sonntag, 13. August, vormittags 11 1/2 Uhr, im Mozartsaal eine Herbst-Daupmann-Feier, für die als Redner Geheimrat Prof. Dr. Kühnemann gewonnen worden ist. Die Rezitation aus Werken Daupmanns hat Lito Wobharz übernommen.

— Der Breslauer Verschönerungs-Verein — Abteilung Süden — bezieht am Montag, 31. Juli, die Gebiete Krieterm, Gartlieb, Treffpunkt nachm. 4 Uhr an der Krieterm Eisenbahnunterführung an der Kaiser-Wilhelm-Strasse.

— Christlicher Verein für junge Mädchen E. V., Gartenstraße 23 I. Täglich 3—9 geöffnet. Sonntag, 30. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, Unterhaltung und Spiele im Garten (Gartenstraße 72). 7 Uhr Missionsvortrag von Fel. Wolters (Wiesbaden). Donnerstag 6 1/2—7 1/2 Uhr Chorübung, 7 1/2—9 Uhr Unterhaltungsabend.

[Theater.] **Lobetheater.** Heute Sonntag spielt Käthe Dorisch, die gefeierte Berliner Darstellerin, zum letzten Male die Titelrolle in „Kiki“, Lustspiel von André Picard. Morgen verabschiedet sich die Künstlerin als Anna in „Flamme“, Schauspiel von Hans Müller. Dienstag und die folgenden Tage bis 8. August einschl.: „Kiki“. — **Thalia-Theater.** Heute und die folgenden Tage bis 6. August einschl. werden „Die Schiffbrüchigen“ von Victor au boissimilchen Preisen gespielt. — **Schauspielhaus (Operettenbühne).** Heute Sonntag nachmittags: „Der letzte Walzer“. Sonntag abend und die folgenden Tage: „Die schöne Mama“ mit Otto Storm als Gast. Mittwoch die 25. Aufführung der Operette „Die schöne Mama“. Sonnabend zum 1. Male: „Die Bajadere“ mit Otto Storm a. G. Sonntag, 6. August, nachmittags: „Der Graf von Luxemburg“, abends: „Die Bajadere“.

[Kinotheater.] Die neue Spielzeit beginnt am 1. August. Für das Eröffnungsprogramm ist das Lola-Bach-Ballett be-

pflichtet worden, aus dessen vielseitigem, aus Solis, Tanzduetten, Gruppenstücken usw. bestehenden Darbietungen die Romanzen „Cocain“ und „Ein Traum am Meer“ hervorgehoben sind. Lola Bach wird selbst auftreten. Im weiteren wird die Größte „Eine vorurteilsfreie Familie“ von Bob unter Leitung von Julius Arnfeld aufgeführt. Im Mittelpunkt des bunten Teiles steht die jugendliche Vortragskünstlerin Betty Freund. Der Vorverkauf hat begonnen.

[Stundenausstellungen.] Kunsthandlung Bruno Richter, Schweidenerstraße. Die Juli-Stunde wird in dieser Woche beendet. Die Werke von den Münchener Künstlern M. Binder, Prof. Anton Hoffmann, B. Herpel in Verbindung mit Gemälden unserer Schlesischen Künstler E. Müller-Breslau, E. Staats, E. Kallin und Hans Dreher werden gegen Ende der kommenden Woche durch eine andere Münchener Künstlergruppe gewechselt. Die Ausstellung ist geöffnet von morgens 9 Uhr bis abends 6 Uhr.

Gemäldeausstellung Bruno Wenzel, M. Brechtstraße 11. In der kommenden Woche sind die Gemälde Berliner Künstler zum letzten Mal ausgestellt darunter Werke von Prof. Kautzer-Eichberg, B. L. Müller, Adolf Döring, Prof. Paul Worringer, W. Breukner, W. Schilke u. a. Die Jagdausstellung mit Werken von W. Arnold ist ergänzt worden durch solche von Karl Wagner. Außerdem sind ausgestellt in größeren Kollektionen Prof. K. S. Wöhler, sowie unsere Schlesier Hans Dreher und Richard Kant.

[Stadtenkaisertrone.] Vom 1. August an findet täglich im Rahmen eines ganz außerordentlichen Programms das Auftreten der Reformtänzerin Ellen de Hebel mit ihrem Ballett statt.

Aus dem Geschäftsleben.

— Die Firma Meindrenerei vorm. Gebr. Macholl A. G. hat dem Münchener Kennverein für seinen Reintag am 30. Juli einen Ehrenpreis, sowie eine erhebliche Summe gestiftet, welche vom Kennverein auf 75 000 Mark ergänzt wurde und als Macholl-München-Preis zum Austrag kommt. Der Ehrenpreis fällt dem Vetter des Siegers zu. Trainer und Helfer des Siegers erhalten außerdem ein Andenken der Firma Macholl.

— Der Aldorfabrik Gustav Seifiger E. m. b. H. in Waldenburg, mit Zweigfabriken in Breslau und Rothburg a. O. ist für ihre ständige auf der Ausstellung in Wien die goldene Medaille verliehen worden.

Waldorf Astoria Cigarette

Die führenden Waldorf-Marken:

EPSOM
WALDORFPERLE
CENTRAL PARK

Röchling-Menzell-Linien Hamburg

Reederei Röchling, Menzell & Co.
Hamburg 1, Rathaus-Hörn

Fernspr.: Vulkan 4075, 4239, 6053, 6054 u. Merkur 7785, 7786, 7737. Drahtanschr.: Seeröchling Hamburg.

Regelmäßiger Dampfer-Liniendienst ab Hamburg
nach Spanien und dem Schwarzen Meer. In Verbindung mit der Navigazione Generale Italiana nach der Levante. Agenten der Oriental Navigation Company New York.

- | | |
|--|---|
| Spanien-Dienst
von Hamburg vierzehntägig direkt nach Passages: Bilbao, Santander, Oporto, Lissabon, Malaga, Valencia, Barcelona, Marseille | Schwarzmeer-Dienst
von Hamburg monatlich direkt nach Konstantinopel, Burgas, Varna, Constanza, Galatz, Braila |
| Levante-Dienst
von Hamburg monatlich direkt nach Patras, Piräus, Saloniki, Smyrna | Amerika-Dienst
von Hamburg monatlich direkt nach New Orleans |

Auskünfte über Abfahrten, Frachtraten, Güterumschlag in Hamburg usw. erteilen die Vertreter:
Max Neubert & Comp. Schiffahrt, Spedition, Lagerung, Rollfahrsgeschäft, Versicherung
Breslau VI, Nikolaistadtgraben 19. Fernspr. Ring 208 und 1882.

Wesentlich

Ihnen zu sagen, daß wir nach wie vor bestrebt sind gute Ware zu vorteilhaftem Preise auf den Markt zu bringen? Nichts kann Sie hiervon besser überzeugen als unsere gleich groß gebliebene Auswahl unter der Sie bereits die so notwendige Winterbekleidung finden

Rudolf Petersdorff
Breslau, Ohlauer-Strasse 8.

Die schönen D.A.K.-Autos DUX PRESTO

1. PREIS 2. PREIS

Schönheitswettbewerb des Frankfurter A.C.

Automobil- u. Motorrad-Tournee Homburg 16-20 Juni

Die »Allgemeine Automobil-Zeitung« schreibt: »In vorbildlicher Eleganz die geschlossenen Wagen Jeder wusste es: der 17/50 PS **DUX** mußte erster Preisträger werden und zweiter der 9/30 PS **PRESTO**«

Deutscher Automobil-Konzern (D.A.K.) Leipzig
DUX • MAGIRUS • PRESTO • VONAG

Vertretung: **Hielscher & Ahrent** Breslau II Tauentzienstraße 41

Fahrrad, gut erhalt., an faul. gef. Aufschr. mit Preisangaben u. 60 Wsch. Sgl. 8lg.	Holzwohle neben ständig ab Alfred Seidel, Holz- u. Sandstrickfabr. Dreslau 16, Sürchtenstr. 99. Tel. Ohle 1006.	Gebr. Risten mögl. Sortieren und Maßstafes, Risten, einen Reiner lassen. Kaufm. Rittmann & Richter G. m. b. H.
Schreibmaschine, Sittler gleich. Boden Preise neu. Aufschr. unt. 182 Wsch. d. Sgl. 8lg.		

Die Entente und die deutsche Ausfuhr.

In der Presse wurde jüngst mitgeteilt, daß die deutsche Regierung sich gegenüber dem Garantiefomitee zu neuen Zugeständnissen bereit gefunden hat und insbesondere dem Garantiefomitee die Befugnis eingeräumt hat, die Regelung des deutschen Außenhandels zu überwachen. Diese bedauerlichen Zugeständnisse verdienen bei den an der Ausfuhr beteiligten Kreisen des Handels und der Industrie ernste Beachtung, da sie ein Glied in einer längeren Kette von Maßnahmen der Entente gegen den deutschen Außenhandel sind und vermuthlich nicht das Schlußglied dieser Kette. Diese Maßnahmen, so verschiedenartig sie sind, verfolgen übereinstimmend den Zweck, der deutschen Ausfuhr Fesseln anzulegen und damit dem deutschen Wirtschaftskreis den einzigen Lebensposten zu nehmen. Der für die Bezahlung der Reparationslasten herangezogen werden kann. Die Korrespondenz „Reichsindustrie“, das Organ des Reichsverbandes der deutschen Industrie, legt die drohenden Gefahren wie folgt dar:

Es ging an mit der Ausfuhrabgabe. Raum hatte die Regierung die Ausfuhrabgabe eingeführt, als in den Ländern der Entente der Gedanke aufkam, Deutschland als Reparationslast eine Ausfuhrabgabe aufzulegen. Dieser Gedanke ist verwirklicht worden in der 20proz. Ausfuhrabgabe, die das Londoner Ultimatum vom Mai 1921 uns befehlet hat. Um eine Handelsabgabe zu erlangen, die im Interesse der Wirtschaft notwendige Anpassung der Ausfuhrabgabe an die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse zu ermöglichen, hat die Entente sich sogleich das Recht gesichert, Ermäßigungen der Ausfuhrabgabensätze zu untersagen. Es folgte die Fakturierung in Auslandsausfuhr. Von der deutschen Regierung wurde sie in Reiheninfanterie Warft für Verkäufe ins Ausland empfohlen und von der Entente als ein Zwang zur Fakturierung in Auslandsausfuhr verlangt. Das letzte war die Devisenablieferung. Die Maßnahmen der deutschen Regierung, den Anfall der Exportsteuern auf möglichst günstigen Bedingungen der deutschen Regierung für ihre Zahlungspflichtigkeiten in ausländischer Währung zur Verfügung zu stellen, wurden von der Entente als ein geeignetes Mittel erkannt, neue Zwangsmaßnahmen der deutschen Ausfuhr aufzulegen. Auf den Druck der Entente mußten im vergangenen Herbst die Außenhandelsstellen den Exporteuren die Verpflichtung auferlegen, einen bestimmten Anteil ihrer Exportdividen der Regierung zum Kauf anzubieten.

Alle diese Maßnahmen, wie Ausfuhrabgabe, Fakturierung in Auslandsausfuhr und Devisenablieferung, konnten bei enger Anpassung an die in den einzelnen Geschäftszweigen verschiedenen Verhältnisse und an die schnell wechselnden Konjunkturlagen für die Gesamtheit wie für den Exporteur zweckmäßig sein. Sie müssen aber auf die Dauer verhängnisvoll werden, wenn sie als eine starrere Zwangsmaßnahme dem lebendigen Wirtschaftskörper auferlegt werden. Diese letztere Erkenntnis ist auch in das Ausland gedrungen. Es ist daher bezeichnend, daß diejenigen Kreise der Entente, die ein Wiederaufleben des deutschen Wirtschaftskörpers und damit die Leistung tragbarer Reparationslasten mit allen Mitteln verbinden wollen, gerade die Einfuhr von Zwangsmaßnahmen auf diesem Gebiete als letztes Ziel erstreben. Gerade hören wir schon aus der Presse jenseits der Weiden, daß die Entente anknüpft der gegenwärtigen Reparationsstrafe verlangt hat, daß der gesamte Erlös unserer Ausfuhr in fremden Zahlungsmitteln der Entente zur Verfügung gestellt wird — eine Absurdität schon deshalb, weil damit die Bezahlung der Einfuhr und infolgedessen auch jede weitere Betätigung im Ausfuhrgeschäft unmöglich würde.

Diese Maßnahmen werden nunmehr von dem Garantiefomitee dazu benutzt, sich die von Handel und Industrie der Entente Länder so sehr ersehnte genaue Kenntnis der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschaffen. Zu diesem Zweck hat man immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß die Angaben der deutschen Regierung über die Durchführung der von ihr getroffenen Maßnahmen unzuverlässig seien oder daß sie von der Bevölkerung fabuliert würden. Mit dieser Begründung konnte man zunächst einmal eine genaue Kontrolle der deutschen Außenhandelsstatistik beanspruchen. Ein Bevollmächtigter des Garantiefomitees übernahm im statistischen Reichsamt die Aufzeichnung der deutschen Handelsstatistik, seine Vertreter, die sogenannten „Inspecteurs mobiles“, bereisen die Zollämter und überwachen dort die Sammlungen und weitere Verwertung der von den Exporteuren zu statistischen Zwecken ausgefüllten Ausfuhrerklärungen, und schließlich, und das ist für die Entente selbstverständlich das wesentlichste, haben die Beamten des Garantiefomitees das Recht, die Geschäftsbücher privater Unternehmungen einzusehen und auf diese Weise über die deutsche Ausfuhrstatistik sich genau zu unterrichten. Nur hat das Garantiefomitee auf Verlangen der deutschen Regierung zugestanden, daß es von dem Recht der Bücher einzusehen nur dann Gebrauch machen werde, wenn gegen ein Unternehmen der Verdacht vorliegt, daß es falsche Ausfuhrerklärungen ausstellt. Aber der Kontrarreueid des Auslandes wird schon dafür sorgen, daß solche Verdachtsmomente immer neu konstruiert werden, wenn die genaue Kenntnis des Ausfuhrstatistik einer deutschen Firma einwichtig ist. Es versteht sich hiernach von selbst, daß das Garantiefomitee auch gegenüber der Durchführung der Fakturierung in Auslandsausfuhr und der Devisenablieferung eine derartige Scharffürze zur Schau trägt und als ein rühmlicher Sachwalter fremdländiger Geschäftsinteressen auch hierzu Einschübnahme in alle Vorgänge der Behörden und möglichst auch in die Bücher der Firmen verlangt. Wenn auch die Zugeständnisse der deutschen Regierung sich bei den privaten Unternehmungen bisher noch nicht unmittelbar ausgedrückt haben, so haben keine Beamten doch schon bisher Einblick genommen in die Akten der Behörden. Diejenigen Unternehmungen, die Konsultationen über ihre Selbstkosten etwa zu Steuerzwecken oder zu Anfragen auf Veränderung der Zoll- oder Ausfuhrabgabensätze eingereicht haben, müssen damit rechnen, daß ihre Aufstellungen irgend einmal bei einem Vertreter des Garantiefomitees großes Interesse finden werden. Und die Außenhandelsstellen, die durch ihre innige Verbindung mit den Verhältnissen des Handels und der Industrie außerordentlich umfangreiches Material haben, das wir gegenüber dem Ausland als Geschäftsgeheimnis hüten sollten, können heute schon von ihren vorgeleiteten Behörden derantastet werden, solches Material dem Garantiefomitee offenlegen.

Das deutsche Volk steht in dieser Frage erst am Anfang einer Entwicklung. Unsere politischen Gremien können ihrem mit Falschheit und Geschicklichkeit verfolgten Ziel, der Verwirklichung unserer wirtschaftlichen Arbeit, nur in kleinen Schritten näherkommen. Darum sollte man, so füt das genannte industrielle Organ hinan, schon bei diesen ersten Schritten auf dem Wege der Ausfuhr unserer Geschäftsgeheimnisse an das Ausland sich die Frage vorlesen, wie Vorforsorge getroffen werden kann, um ärchteren Unheil zu steuern. Im Reichstag ist man schon auf die drohenden Gefahren aufmerksam geworden. Von mehreren Seiten sind kleine Anfragen an die Regierung gerichtet worden. Im ihnen wird die Regierung aufgefordert, zunächst einmal das Dunkel zu lichten und offen herauszustellen, welche Zugeständnisse die Entente verlangt und erhalten hat. Dann wird die leider sehr berechtigzte Frage aufgeworfen, welche Gewähr die Regierung dafür bieten kann, daß die zur Kenntnis der Entente gelangenden Geschäftsgeheimnisse nicht der ausländischen Konkurrenz preisgegeben werden. Alle an der Gefundung des deutschen Wirtschaftskörpers Beteiligten müssen die Erwartung aussprechen, daß die Regierung in Erkenntnis der schweren Gefahren dem deutschen Volke eine offene, wenn auch wenig annehme Antwort geben wird.

Der Haß-Zug gegen Preußen.

b. Daß unsere großen „nationalen“ Aufwachen im Zeitalter der „fittlichen Erneuerung“, das im November 1918 anbrochen sein soll, von der Börse besorgt werden, gleichsam von ihr in Regie übernommen worden sind, ist bekannt. Damit haben sich nicht nur die Deutschen, sondern auch andere Völker abfinden müssen. Immerhin sollte mit Rücksicht auf die doch nicht ganz erstickten Gefühle für Vaterland und Heimat da und dort etwas mehr Zurückhaltung den Vorkriegsdeutschentum zur Vernunft weisen. Man könnte sonst die Absicht, das eidentliche Wesen des Woher und Warum dieser titanenhaften Neugeistlichkeit zu leicht erkennen.

Den Vogel schießt ein Herr Schubert ab, der Deutschland ein neues Evangelium predigt. Ein Deutschland ohne „Preußengeist“, das wäre sein Ideal, das er in dem Wiener Blatt „Die Börse“ veröffentlicht, damit kein Zweifel über Herkunft und Zweck der Publikation herrsche. Die Schuppiprofa hat etwas ungemein kräftiges, Mittelalterlich-Wuchtiges an sich. Die Ernüchterung nach dem Weltkrieg hat die Entente an alle Register gegen das Preuentum zu ziehen. Das „borussische Mordbrettum“... „die schwarz-weiße Bestie“: Herr Schubert faltet seine rotschwarze Hofinane und zieht tapfer gegen seine Feinde in den Sere. Aus der ganzen Stillheit, der aufgablenen Hast der orientalischen Wiener möchte man fast an Rudendorfs Erklärung denken, daß der Volkshenismus, jenes orientalische Edelgewächs, nicht nur aus linke Ufer der deutschen Politik Wachen schickte, sondern auch rechts drüben agents provocateurs ausstellte. Schuppil und Konforten haben jedenfalls eine dahin lautende Dre verstanden, und so wird in der Wiener „Börse“ dreist die Behauptung aufgestellt, — unterm Strich natürlich — das preußische Deutichum sei niemals national gewesen. Die Linie spricht dem Vorkriegsdeutschentum, der aus einem Prozent- und Dividendenblatt heraus echtes Deutichum, ff. Ware, sofort lieferbar, empfiehlt.

Der Vöngling in Wien treibt es doch etwas stark, wenn er behauptet, aus „borussischer Rehle“ sei noch keine Klage über verlorene Volkstheile zu hören gewesen. Die preußische Presse, zum Teil auch die linksgerichtete, die dem „Börse“-Schuppil doch offenbar nahesteht, hat nicht nötig, gegen diese Infamie in Schutz genommen zu werden. Sie hat, wie der größte Teil der deutschen Presse, die neyemende Stellung auf den Wochtdiktaten und Bergwartungsaufgaben, besogen, ohne eine Dre aus Wien abzuwarten. Und daß die „borussische“ Presse das in ganz besonders kräftiger, nationaler Art tut, das gerade wird ihr nicht nur außer Landes, sondern sogar im Lande selbst verat.

Schuppil schreibt: „Alles, was an Preukene-Deutschland repräsentativ war und ist: seine Beamten, seine Richter und Staatsanwälte, die Fabrikherren und Inaenture, seine Studenten und Professoren, sie sind alle heute unglücklich und wünschen die alte Monarchie herbei.“ Ob sich noch ein Deutscher findet, der die neue Zeit gern erkaufte um den Friedensvertrag von Versailles? Ja, Herr Schubert kennt ihn, den einzigen Deutschen, der Vernunft und Einsicht hat, und er nennt ihn: ein deutscher Jude...

Die widerliche Literatur dieses Wiener, sofern er einer ist, in einem Blatt deutscher Sprache verrät allerdings einen Superlativ von Verrohung. Über auch ein Abund von Anmaßung und von giftigster Heresung zeigt sich denen, die sehen wollen, in den hakerfüllten Heilen der „Börse“, deren Urheber dem Vertrag von Versailles Hosen fließt. Den preußischen Nationalgeist verdammt und Österreich vor dem Anschlag warnt. Man wird in Paris sehr dankbar sein für diese Leistung, auch wenn sie belletrische Arbeit sein sollte. Herr Lesbre wird sich von der Tribüne des Parlaments herunter dieses Kronzeugens deutscher Sprache bedienen, wie er sich Anspach bediente, und das Boinears-Kollektium wird neue Druckmittel erfinden, um in Deutschland alle ieme Empfindungen anzulöschten, die noch an ein deutsches Vaterland erinnern.

Die Anspach, Schuppil und Konforten aber mögen Vorbeer und Lohn in Paris holen. Unständliche deutsche Leser, gleichgültige weltliche Richter, werden für sie kaum etwas andres als Efel undria haben.

Verchiedene Nachrichten.

3b. Das Meißner und das Würzener Domstift sind Gegenstand eines längeren Streites. Man streitet sich darüber, wem der Besitz und das Verfügungsrecht an beiden zusteht. Auf Eruchen der sächsischen Regierung hat nunmehr die Leipziger juristische Fakultät durch Prof. Alfred Schulke ein Gutachten über die Rechtslage der Domstifte erstattet. Nach der Reformation blieb das Meißner Domstift noch einige Zeit katholisch, aber 1581 verzichtete Bischof Johann von Haugwitz, Kurfürst August wurde auf Lebenszeit zum Administrator „politiker“. In einer Kapitation wurde als Hauptbedingung die Erhaltung der reinen evangelischen Lehre bezeugt. Prof. Schulke schilderte dann die weitere geschichtliche Entwicklung, die weder durch ten übertritt Augustus des Starlen zum Katholizismus noch durch die Einführung der Verfassung 1831 eine Änderung des Vertragscharakters brachte. Das Vermögen des Stiffts betrug 1917 etwas über eine Million Mark. Im Grundbuch ist der Dom seit 1865 als Besitz des Hochstifts eingetragen. Dieser Grundbucheintrag ist durch die Weimarer Verfassung von 1919 endgültig gesichert und festgestellt. Das Stifftsvermögen ist nach Prof. Schulke's Gutachten Kirchengut, eine Einziehung für Staatszwecke ist danach ausgeschlossen. Da „Stiftsherr“ immer nur der regierende Herrscher Sachsens sein kann, ist Erbkönig Friedrich August seit der Revolution nicht mehr Stiftsherr. Einen Nachfolger hat der letzte König nicht erhalten, da nach der Kapitulation von 1806 das Kurhans Sachsen als „abgegeben“ zu betrachten und danach ein neuer Stiftsherr zu wählen ist. Das Gesamtministerium ist nicht Rechtsnachfolger des Königs, wie auch der Auftrag der „Minister in evangelischer“ 1918 nach der Revolution durch Erklärung der Regierung erloschen ist. Allerdings hat der Staat bis zur Trennung von Staat und Kirche noch ein Aufsichtsrecht, aber eine Einziehung der Stifter durch ihn ist ausgeschlossen. Es bleibt abzuwarten, welche Folgerungen die sächsische Regierung, die bekanntlich nichts weniger als kirchensfreundlich ist, ziehen wird.

w. Niederdeutsche Woche. Am 8. September wird in Bremen die Niederdeutsche Woche offiziell eröffnet, und zwar haben neben dem Ministerpräsidenten, den Oberpräsidenten und Würgermeistern der niederdeutschen Städte und Provinzen auch die Rektoren der niederdeutschen Universitäten Göttingen, Hoftod, Kiel, Hamburg und Münster ihr Erscheinen zugesagt. Da auch Gerhard Hauptmann und die bekanntesten niederdeutschen Dichter der Eröffnungsfeste bewohnen werden, ist mit einer großen niederdeutschen Kundgebung zu rechnen.

Der 36. deutsche Landwirtschaftliche Genossenschaftstag findet am 31. August und 1. September in Stuttgart statt.

Anerkennung der Nachfolgestaaten durch die Union. Nach einer Meldung der Agerce Habas aus Washington haben die Vereinigten Staaten die Staaten Litauen, Letland, Estland und Albanien anerkannt.

38 Das räussische Postdepartement macht bekannt, daß zwischen Räussland und Deutschland der Verkehr mit drachtlosen Briefftelegrammen aufgenommen worden ist.

V. Russische Diplomatie. Auf Veranlassung Sischischerin, welcher erklärt hat, daß das Fehlen geeigneter und gewandter Diplomaten die Hauptschuld am Mißlingen der verschiedenen Konferenzen trage, hat die russische Räterregierung beschlossen, eine größere Anzahl alter aristokratischer Diplomaten zum Wiedereintritt in das Auswärtige Amt zu bewegen. Zum Ausfuhr geeigneter Kräfte ist eine Kommission gebildet worden, zu deren Führern der ehemalige Direktor des Auswärtigen Amtes und Vermande Safanow, Graf Delina-Dobrowolski, und der frühere Kammerherr des Zaren, Solowjet, ernannt worden sind.

London, 28. Juli. Nach einer Reiter-Meldung aus Madrid ist dort gestern ein englisch-spanischer Handelsvertrag unterzeichnet worden.

London, 28. Juli. Der New Yorker Korrespondent der „Times“ meldet: In der heutigen ersten Konferenz der Fundierungskommission für die alliierten Schuldenerklärte die französische Delegation, sie habe keinen Plan für die Zinszahlung bzw. die Amortisation der französischen Schulden vorzulegen. Der Führer der französischen Delegation, Barmentier, sagte, er wolle den Vertretern des amerikanischen Schatzamtes lediglich die finanzielle Notlage Frankreichs darlegen; fränklerich sei bereit, seine Schulden zu bezahlen, sehe aber gegenwärtig keine Möglichkeit, Zahlung zu leisten.

Aus Kunst und Leben.

Der Herzschlag der Pflanze. Sir Jagadis Chandra Bose, der berühmte indische Naturforscher, der unsere Kenntnis von den feinsten Lebensvorgängen in der Pflanze so außerordentlich bereichert hat, veröffentlicht demnach in England ein neues Werk: „Die Physiologie des Sassafrasbaumes“, in dem seine neuesten Forschungen über die für die Botanik so wichtige Frage niedergelegt sind. Die Ergebnisse seiner langjährigen Untersuchungen über die Ursachen des Aufsteigens des Saftes in der Pflanze gibt er schon jetzt in Londoner Blättern bekannt. Nach einer Darstellung der bisher von verschiedenen Forschern unternommenen Versuche zur Ermittlung dieser Ursachen führt er aus:

Die Annahme von der Einwirkung des atmosphärischen Drucks ist abzulehnen, da dieser Wasser höchstens zu einer Höhe von 34 Fuß heben kann; die Tätigheit der Kapillaren ist zu besagen, die osmotische Tätigheit zu langsam. Mit einem besonderen Apparat gemessen zeigt sich, daß der Saft unter günstigen Umständen mehr als 100 Fuß in der Stunde emporsteigt. Auch die Annahme von der Saugkraft der Wätrter und von einem geheimnisvollen „Wurzeldruck“ führen nicht weiter. Die Vorsellung, als ob der Aufstieg durch einen Zug von oben und einen Druck von unten hervorgerufen würde, wird durch den folgenden Versuch widerlegt. Wenn man von einer Sassafrasbaumzweig alle Blätter entfernt und den Stamm mit einem unurchörnlichen Firnis überzieht, damit also die Atmung der Pflanze vollkommen ausgeschlossen und den Wurzeldruck durch Abschneiden der Wurzel beseitigt, so nimmt doch der Aufstieg, wenn das abzwecklossene Ende des Stieles in Wasser gesetzt wird, in einem Maße von 60 Fuß in der Stunde seinen Fortgang. Der Aufstieg des Saftes kann daher nur von der Tätigheit der Zellen abhängig sein. Um den Sitz dieser Kraft in der Einzelzelle festzustellen, mußten alle Schichten der Zelle von der äußersten Haut bis zum innersten Kern untersucht werden, und zwar während sich die Zelle bei vollem Leben und in Tätigheit befand. Diese schwierige Aufgabe gelang durch die Benutzung des Crescographen, der alle Veränderungen in der Zelle 10 bis 100 Millionenmal vergrößert. Man konnte so nicht nur alle Einzelheiten des Zellenaufbaues, sondern sogar atomische Bewegungen beobachten. Mit Hilfe einer elektrischen Prüfungsanordnung drang ich allmählich Schritt für Schritt von der äußeren Haut bis zum Kern der Pflanzenzelle vor und konnte an den Ausschlägen des Galvanometers, der die kleinste Bewegung der Zelle wiedergibt, die regelmäßige Ausdehnung der Zelle und Aufnahme des Saftes sowie die darauffolgende Zusammenziehung und Abgabe des Saftes erkennen. Die Pflanzenzellen befinden sich also in einem Zustand regelmäßiger Pulsieren, indem sie sich ausdehnen und zusammenziehen. Jede Zelle nimmt während der Phase der Ausdehnung Wasser von unten auf und gibt es während der Phase der Zusammenziehung nach oben ab. Der Aufstieg des Pflanzensaftes erfolgt also durch eine große Zahl von fernrecht in der Pflanze gelegenen Zellenpumpen. Die Periode einer einzigen Pulsierung ist etwa 14 Sekunden; aber unter bestimmten physikalischen Veränderungen können die Pulsschläge sehr viel schneller werden oder auch sich verlangsamen bis zum Aufhören. Die Pflanze hat also einen Herzschlag und ein System des Pulses, das dem des tierischen Organismus erstaunlich ähnlich ist. Wie das tierische Herz bei erhöhter Temperatur schneller schlägt, so wird auch die Tätigheit des Pulsschlaes in der Pflanze dadurch verstärkt, während unter dem Einfluß der Kälte der Herzschlag der Pflanze wie der des Tieres herabgesetzt, ja zum Stillstand gebracht wird. So geht ein gleiches Nhythmus durch alle Lebensvorgänge. Die Pflanze wie das Tier richtet sich vor einem Reiz zusammen; sie besitzt ein reichentwickeltes Nervensystem; der Kreislauf des Saftes ähnelt dem Blutkreislauf. Reizmittel wirken auf die Pflanze ebenso wie auf das Tier. Es gibt keinen charakteristischen Lebensvorgang in dem höchsten entwickelten Tier, der nicht in einfacherer Form in der Pflanze vorgefunden ist. So werfen diese Forschungen auf die Probleme des tierischen und sogar des menschlichen Lebens.

Schulnachrichten.

Berlin. Der ordentliche Professor an der Hamburgischen Universität Geh. Hofrat Dr. jur. Albrecht Wendelssohn-Warsholdy einen Ruf an die hiesige Universität erhalten. Professor Wendelssohn-Warsholdy ist einer der hervorragendsten Kenner des ausländischen und insbesondere des englischen Rechts.

Staats- und Universitätsbibliothek.

77. Wochenausstellung (31. Juli bis 5. August 1922).

* Die Bücher werden nach Ablauf der Ausstellung ausgeliehen. Man richtet sich das gewünschte Werk durch Entgegung eines Betrages mit seinem Namen oder durch eine Postkarte an die Verwaltungen.

Karl Gronau. Das Theoziealproblem in der altchristl. Auffassung. 22.

Karl Hubbe. Der Segen Moses Deut. 33 erklärt u. überf. 22.

Regel. Die Kulturreformation d. Esra. 21.

Rud. Paulus. Das Christusproblem der Gegenwart. 22.

Hewitt Paul Gerhardts an a Lynn Writer. 18.

Ralfoff. Der Wormser Reichstag von 1521. 22.

David Gilbert. Grundlagen der Geometrie. 8. Aufl. 22.

Wilh. Blöchlke. Vorlesungen über Differentialgeometrie. I. 21.

Emil Fischer. Aus meinem Leben. 22.

Eugen Ebert. Das amtsgerichtl. Vegerat. 11. Aufl. 22.

Hans Reichel. Zur Lehre vom gemeinshaftl. Testament. 15.

Ed. Boguslawski. Methode u. Hilfsmittel der Erforschung der borbhitor. Zeit in der Vergangenheit der Slaben. 02.

A. Bouche-Leclercq. Histoire des Salweenes. II. 14.

b. Clausen. Polit. Schriften u. Briefe. Erg. von Rothfels. 22.

Johannes Gaier. Die Aera Hilow. 22.

Robert Davidsohn. Geschichte v. Florenz. IV. 22.

Sagn von Kiesling. Orientfahrten. 21.

The English Factories in India. VIII. IX. 14. 15.

Jenness. The life of the Copper Eskimos. 22.

Mahrenholz. Grillparzer. 20.

Gundolf. George. 22.

Wörries v. Münchhausen. Schloß in Wien. 22.

Gemin Waldmann. Innerhärt niederdeutsche Straßennamen. 17.

Kittredge. A study of Gawain and the Green Knight. 16.

Rudin. Ein. Geschichte der Philologie bis Platon. 21.

Schnigswald. Die Grundlagen der Dempsychologie. 21.

Nicarda. Guch. Entpersönlichungs. 21.

Sammelbande f. 22. gleich. Aufsätze. 1. 22.

Wilh. Baldfeld. Richard Wagner. 22.

Unterhaltungs-Beilage der Schlesischen Zeitung.

Den schlechten Sohn gezüchtet es zu verachten,
 Der schamlos seines Hauses Namen schilt.
 Das Volk ist wert, in Sklaverei zu schmachten,
 Das seines Vanners Fahne feig verhält.
 Und mit entarteter buhlerischem Trachten
 Dem Fremden huldigt, das ihm höher gilt;
 Es werde Knecht, denn es ist Knecht geboren,
 Es hat sich selbst geschändet und verloren.
 N m e r m a n n.

Volkswirtschaftliche Schularbeit.

Von Hanns Martin Elster.

Die Volkswirtschaft beherrscht jetzt mehr denn je das Leben der Öffentlichkeit und des Einzelnen. Die unaufgeklärte Teuerung aller Lebensbedürfnisse macht sich in allen Familien geltend und die furchtbare Not der Zeit dringt lähmend und nervenzerstörend in jeden Haushalt ein. Die von Monat zu Monat sich verschlechternde Handelsbilanz spricht eine lehrreiche Sprache und sollte dem wohnsinnigen Luxus, den einzelne Kreise des Volkes noch immer treiben, Einhalt gebieten. Alle Reden, alle Homagien, so gut gemeint sie sind, nützen nichts, im Laumel steht ein Teil des Volkes dahin, während der größere Teil kaum weiß, wie er sein Leben fristen soll. Es fehlt eine überragende Persönlichkeit, ein Führer, dessen Wort das Volk und namentlich jene im Laumel des Genusses dahinlebenden Kreise aufweckt und die unaufgeklärte Gefahr kennzeichnet, der das deutsche Volk entzogen ist.

Woher soll dieser Führer kommen? Die ältere Generation, die in ganz anderen Verhältnissen aufgewachsen ist, die sich schwer von den anergischen Lebensanschauungen lösen kann, dürfte kaum im Stande sein, ihn hervorzuheben, so oft sie auch ihre mahnende, warnende Stimme erhebt. Der Kriege, der Zusammenbruch des deutschen Volkes, die Not der Zeit hat sie gemüht. Dazu kommt der unheilvolle Antriebsimpuls in jenen die Parteien, die keinen Schritt von ihren Programmen abweichen, die doch für eine ganz andere Zeit formuliert worden sind. Aus unserer Jugend, auf der unseres Volkes Hoffnungen ruht, muß uns der Führer erheben.

Dazu gehört aber, daß die Jugend in die praktische Volkswirtschaft eingeführt wird. Auf Tatsachen und Leistung muß die Jugend hingewiesen werden. Daß diese Tatsachen und Leistungsnotwendigkeiten noch nicht in jedes Deutschen Wissen und Gewissen lebendig sind, ist nur durch die bisherige Wirtschaftstheorie verursacht worden, die immer wieder nur Wirtschaftstheorien propagandistisch verbreitet hat, anstatt Kenntnis der Wirtschaftspraxis zu vermitteln. Infolgedessen ist eine künstliche Vorstellung von der Komplexität und schweren Verständlichkeit der Volkswirtschaft entstanden. Es ist darüber vergessen worden, daß eine Volkswirtschaft natürlich und gewissermaßen selbstverständlich ist, wie die Hauswirtschaft, die Zusammenhänge der Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft ebenso natürlich sind, wie die der Hauswirtschaft mit der Volkswirtschaft. Wie aber Hauswirtschaft nur zum Zwecke der Einnahme und Ausgabe, der Produktion und des Konsums angetrieben wird und von einer bestimmten Grundlage, der der Leistung des Einzelwirtschaftlers, seines Könnens und Bestes ausgeht und je nach dieser Grundlage sich seine Einnahme und Ausgabe richtet, wie schließlich der Hauswirtschaftler, will er wirtschaftlich gelohnt bleiben, seine Einnahme und Ausgabe, seine Erzeugung von Werten und seinen Verbrauch im Gleichgewicht zu halten hat, genau so in der Volkswirtschaft. Sie erwächst aus der Produktionsgrundlage des Volkswirtschafters an Land, Rohprodukten und Gütern innerhalb der dem Volke gegebenen Grenzen und der Arbeitsleistung des Volkes in Arbeitswillen, Organisation und Zeit zum Zwecke der Erzeugung von Werten und des Verbrauchs der erzeugten Werte. Nur wenn diese drei natürlichen Faktoren der Volkswirtschaft im gegenseitigen Gleichgewicht miteinander stehen, ist alles, was zu der Wirtschaft gehört, wie z. B. Geld als Verkehrsmittel der Wirtschaft, gelohnt. Andernfalls leidet eine Wirtschaft an Kräfteauszehrung.

Von den natürlichen Bedingungen jeder Volkswirtschaft aus ist es leicht, die Diagnose der deutschen Wirtschaftsentwicklung zu stellen. Die deutsche Volkswirtschaft hat im Verhältnis zu ihren Verbrauchsnöwendigkeiten eine zu geringe Produktion. Weil — durch den Verkauf Friedensverträge — die Produktionsgrundlage zu schmal geworden ist. Es fehlt an agrarischem Grund und Boden, an Rohstoffquellen, wie Kohle und Eisen, an organischer Verbindung zu Weltwirtschaften, wie die Kolonien sie hergeben. Dazu kommt, daß auch die Produktionsleistung zu gering geworden ist: der Wirtschaftsentwicklungsstand ist wirtschaftlich nicht aufrecht zu erhalten, er hat die produzierte Menge um den fünften Teil gegen frühere Zeiten verringert. Und schließlich herrscht im Verbrauch keine Rucht mehr: der Verbrauch ist in Willkür und Profitlust auseinander, jedoch er größer Massen, als im Inland erzeugt werden, in Anspruch nimmt; eine unaufgeklärte wirtschaftliche Verschwendung an das Ausland ist die Folge. Diese tatsächliche Lage der deutschen Wirtschaft findet ihre Endabrechnung in der Handelsbilanz: die Defizite, die Jahr um Jahr, Monat um Monat, hier hervorgerufen und durch immer neue Banknoten gedeckt werden, zeigen die furchtbare Krankheit, die eines Tages in einer Katastrophe endende Auszehrung der deutschen Wirtschaft. Diese Auszehrung, die noch beschleunigt wird durch die unerfüllbaren Friedensvertragsforderungen, — wie es in Rußland geschehen und durch natürliche Witterungsfälle beschleunigt worden ist — aus der heute schon in vielen Kreisen schleichender Hungernot in einer offenen Auszehrung.

Kennnt unsere Jugend diese Tatsachen, weiß sie durch ihre Lehrer, was es heißen will, daß unsere Einfuhr 1921 die Ausfuhr um 20 Milliarden Mark überstiegen hat, daß die reine Rußlandzufuhr 1913 nur 5 Prozent der Gesamteinfuhren betrug, 1920 aber 21 Prozent betragen hat? Daß 1921 der reine Überfluß für entbehrliche Einfuhr die haarsträubende Höhe von monatlich 1 1/4 Milliarden betragen hat? Daß die Einfuhr von Zigaretten 1913 22 500 Doppelzentner 1920 gegen 8000 Doppelzentner 1913 betragen hat? Weiß die Jugend, welchen unheilvollen Einfluß derartige Verhältnisse auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft ausüben? Wir sind überzeugt, daß nur ein sehr geringer Teil unserer Jugend von diesen Verhältnissen Kenntnis hat. Die Reden auf volkswirtschaftlichen Kongressen, die Artikel in gelehrten fachwissenschaftlichen Blättern nutzen so gut wie nicht, sie werden von der Jugend nicht gelesen. Hier sollten die Lehrer in den Schulen eingreifen und solche Tatsachen in richtigem und erschütterndem

Sinne der Jugend nahebringen unter Hinweis auf die eigene Opferwilligkeit und die eigene Mitarbeit. Hierfür die Jugend zu entflammen und zu begeistern, dürfte nicht schwer fallen, denn gerade in der heutigen Jugend lebt praktischer Tat- und Opferwille trotz allem. Man braucht sich dabei nicht allein auf die heutige Wirtschaftswirtschaft zu beschränken. Vieles aus der Geschichte ergeben sich von selbst. Auch die Erdkunde, die Wirtschaftszustände der verschiedenen Völker der alten und neuen Welt bieten Stoff genug zur näheren Erläuterung und Erklärung.

So tritt der Schöpfung, wenn er die Schule verläßt, gerüstet dem Leben gegenüber und weiß durch persönliche Einstellung auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Tatsachen der Allgemeinheit dem Vaterland größere Dienste zu leisten, als nur durch formale Wissenschaften, die ihm nur zu oft die wankenden Wirklichkeiten des heutigen Lebens verdrängen.

Das Problem des Untergangs der Antiken Welt.

Der Untergang der Antiken Welt, das Problem der Probleme für den Altertumsforscher, ist seit Gibbons klassischem Werke immer wieder behandelt und immer wieder in eine neue Formel gebracht worden. Bald waren es die äußeren Feinde, insbesondere die Germanen, die das gewaltige Römertum in Trümmer schlugen, bald sollte ein innerer Auflösungsprozess an dessen Untergang Schuld sein. Schließlich suchte man diese wunderbare Erscheinung des untergehenden Weltreiches zu erklären durch „die Ausrottung der Völker“ in ununterbrochenen, inneren und äußeren Kriegen. In Wirklichkeit ist es — das haben nun die Forschungen von Veled, Geffen und Dopsch erwiesen — ein höchst komplizierter Entwicklungsprozess, der zum Untergang der antiken Welt geführt hat. Es ist dabei schwer auseinander zu halten, was wirkliche Ursachen und was Symptome sind. Man muß sich vor allem von der althergebrachten Vorstellung los machen, als ob die spätantike Kultur durch die Germanen völlig zertrümmert worden sei, als ob die Völkerwanderung die blühenden Gefilde antiker Frucht und Herrlichkeit zu einem rauchenden Trümmerhaufen gemacht hätte, in dem die Bildung und Geisteswelt der Alten wie in einem grandiosen Kulturfriedhof begraben worden seien. (Dopsch.) Neuerdings redet man darum auch nicht mehr von einem Untergang, sondern von einem Niedergang der antiken Welt. Dieser Untergang ist ebenso ein Ausweg wie ein Übergang. (Geffen.) Es ist höchst verdienstlich, daß der bewährte Kenner der alten Geschichte an unserer Universität, Geheimrat Bornemann, in einer demnächst bei Neuber in der bekannten historischen Zeitschrift „Vergangenheit und Gegenwart“ erscheinenden Sonderabhandlung, deren Ergebnisse er in der historischen Sektion unserer vaterländischen Gesellschaft einem sehr zahlreichen Zuhörerkreis vorlegt, das schwierige Problem einer erneuten Prüfung unterzogen hat. Er geht dabei, wie es uns Rante gelehrt hat, in vorurteilsloser Weise von Einzel Tatsachen aus, hält sich fern von jeder schablonenhaften Vergleichung mit modernen Verhältnissen und kommt so zu sicheren und vielfach ganz neuen Ergebnissen.

Den Niedergang der antiken Kultur läßt man seit Gibbon erst mit den Antoninen beginnen; in Wirklichkeit setzt er schon viel früher ein. Er beginnt im Osten schon mit Alexander d. Gr., durch den Hellenismus in den Mittelpunkt des Welthandels gelangte hatte, wirtschaftlich in den Hintergrund gedrängt wurde. Im Westen des Mittelmeeres büßt Syrakus, die erste wirkliche Großstadt auf europäischem Boden, schon durch den Hannibalischen Krieg seine Führung für immer ein, die Westgriechen werden zuerst zu Graeculi. Die schnell aufeinander folgenden Eroberungen im Osten machen dann Rom zum Herrenvolk, aber auch zu einem Parasiten im schlimmsten Sinne: in Italien entwickelt sich ein Großkapitalismus, eine Großgüterwirtschaft, die in einer hundertjährigen Revolutionszeit der Republik ein Ende macht; die Eroberungen befreien die Römer von der vornehmten Pflicht des Staatsbürgers, dem Steuerzahlen. Die beiden Hauptpfeiler des Altertums sind schon bei Beginn der Kaiserzeit im Niedergang begriffen. Das erste Jahrhundert des Imperiums ist zwar noch einmal eine Epoche des Aufstiegs; aber die Grundlagen des Zusammenbruchs sind schon damals gelegt worden. Der Niedergang ist zunächst ein militärisch-außenpolitischer. In Bezug auf den militärischen Neuaufbau und die Außenpolitik geht Augustus und nach ihm Hadrian andere Wege als Cäsar. Nach dem altischen Kriege nimmt Augustus eine Heeresreduktion vor, die geradezu als eine Wehrlosmachung des Reiches bezeichnet werden muß. Von den 50 Legionen geht er schließlich herunter bis auf die Zahl 25, für das ausgebreitete Reich mit den denkbar ungünstigsten Grenzverhältnissen eine ganz unzureichende Militärmacht, die an den großen Grenzströmen, die Truppenteile weit entfernt von einander, aufgestellt war. Kein Reservereich. Das hängt zusammen mit dem charakteristischen Charakter des Reiches, der aus den befriedeten Senatsprovinzen die Truppen ausschaltete. Zum Teil ist diese die Sicherheit des Reiches gefährdende Maßregel auch zu erklären aus der romantischen Friedensstimmung, die dem Kaiserum die Pflicht der Aufrechterhaltung des von aller Welt gewünschten Friedens auferlegte. Unter Hadrian folgt dann eine zweite Entmilitarisierung. Die Grenztruppen werden hinter die Reichsgrenzen verlegt, die zu einer gradlinigen Grenzmark ausgebaut werden, ohne allen strategischen Wert. Die neue Heeresorganisation, nach der der Heereskörper nicht mehr aus Italien, sondern aus den Anwohnern der Ständlager genommen wurde, entkleidete die Grenzländer ihres rein römischen Charakters; im Heere ermachtete das Nationalitätsprinzip, von hier ging die Gefährdung der Reichseinheit aus (Virt). Diese Maßregel war um so bedenklicher, als der seit Alexander dem Großen schlafende Orient wieder erwacht war und im Neuperseerreich ein neuer gefährlicher Gegner auftrat mit den Weltbeherrschungsansprüchen der Achämeniden. Gleichzeitig begann die Germanenwelle an der unteren Donau in stärkere Bewegung zu geraten. Man stand fortan dauernd dem Zweifrontenkrieg gegenüber, dem das wehrlos gemachte Reich nicht gewachsen war. Die nachfolgenden Kaiser, vor allen Diokletian, gaben dem Reich endlich neben den zu Grenzern herabgesunkenen Grenztruppen eine Reserverarmee — viel zu spät. Auch im Innern entbehrte der Staatsbau des festen Unterbaues. Cäsar hatte aus dem Stadtkrieg einen Reichsstaat nach hellenischem Muster machen wollen; was Augustus an die Stelle setzte, war ein unhaltbares Gebilde, charakterisiert durch die Bevorzugung Italiens und der Westhälfte, denen er den Sieg von Actium verdankte, und durch die Teilung der Herrschaft zwischen Senat und dem ersten Bürger. Das alte Italien hatte sich im Lauf der Bürgerkriege als politische Kraftquelle erschöpft; auf dem neuen Italien Heer und Staat aufzubauen, das war ein arger Mißgriff. Auch die Verbindung des Prinzipates mit der alten regierenden Körperschaft des Senates

war eine unglückselige Maßnahme: in der Hand des einen waren fast alle militärischen Machtmittel, und das steigerte das Übergewicht des Kaisers allmählich ins Ungemessene. Schon seit Hadrian, dem Grütulus, wird der Römertum ein kosmopolitisches Weltreich auf beiden Reichshälften gleichmäßig ruhend, und durch diesen ersten Kaiser mit dem Philosophenbart auf dem Throne wird das Prinzipat auch zum aufgeklärten Absolutismus, der dem Doppelregiment ein Ende macht. Wie Hadrian die Herrschaft vom Standpunkt der stoischen Philosophie als „ruhreichen Ruchtesdienst“ im Staat aufbaute, so haben seine Nachfolger das Verhältnis der Untertanen zum Staate völlig verändert. Auch die Untertanen müssen dafür, daß sie vom Staate Nutzen haben, im Dienst des Staates durch Grunddienste tätig sein, wie dies die altrömischen munera einst vorgeschrieben und das im Osten des Reiches großartig ausgebaute System der öffentlichen Leistungen (Liturgien) schon längst von ihnen forderte. In diesen Zeiten der pax Augusta hört die Sklavenzufuhr auf, es entsteht auf dem Lande der Stand der Kleinpächter (coloni) die, wie die früher freien, niedrigen Erwerbsstände in den Städten in einen sklavenähnlichen Zustand herabsinken. Jene zu Hinterlassen herabgedrückt von den Großpächtern, diese in Fünfteln zusammengefaßt und abhängig von den ratsfähigen Geschlechtern der Städte. Die Großgrundbesitzer und die Gemeinderäte, für die Steuereingänge und Rekrutenstellung haftbar, entwickeln sich zu eigenen Behörden mit staatlichen Hoheitsrechten. Der Staat zerfällt in sich. Aus dem freien Verfassensystem entsteht eine Lastenträgermasse, eine Schichtung der Stände gegeneinander, die schließlich ein vollkommenes Kastenwesen erzeugte: Die Kolonen an die Scholle gefesselt, die Handwerker werden wieder Handwerker. Der Untertan ist nur noch für den Staat da, nicht mehr der Staat für den Bürger. Das Interesse am Staatsganzen wird dadurch stark herabgemindert; die Teile streben seitdem leichter vom Ganzen weg. Der Kaiser, die Soldateska und der Großgrundbesitz sind schließlich nur noch die einzigen Faktoren, die das Ganze zusammenhalten. Durch die Erhebung Konstantinopels zur Reichshauptstadt, durch die Einfügung des Christentums in den Staatsorganismus tritt der Orient an die erste Stelle, das Westreich wird auf den Aussterbeetat gesetzt. Römischer Staat und christliche Kirche treten aus den großen Gegensätzen zu einander heraus; beide sich selbst zum Unheil: die Kirche wird zu einer Staatsanstalt, der Staat zum christlichen Kalifat, das dann von Justinian zur Vollendung ausgebaut wird und in der Hagia Sophia seinen symbolischen Ausdruck empfängt. In dem Kaiserlos gewordenen Rom aber entsteht ein reines Priesterregiment, das alle Macht des römischen Kaiserums an sich zu reißen suchte.

Auch das Geistesleben beginnt schon in der von Gibbon viel gepriesenen Zeit der Antonine zu erschaffen. Die soziale Gliederung in kastenmäßig abgeschlossene Berufsgruppen, die Immobilisierung der Gesellschaft, wie man es genannt hat, macht eine Auffrischung der oberen Schichten von unten herauf, sowie einen Wettstreit aller geistigen Kräfte unmöglich. Die Ausschaltung vieler der Besten vom gemeinsamen Lichte des Lebens, nicht die Ausrottung der Völker, wie Seck meinte, hat den Niedergang der antiken Kultur im 3. Jahrhundert gebracht. Bei Lateinern und Griechen ein Nachlassen des produktiven Schaffens: man lebte nur noch von dem, was die Väter und Vordäter geleistet hatten. In der Literatur wird in immer dünner werdenden Kompendien das Wissen zusammengedrängt. Auch die Kunst verarmt, die Porträtkunst — man vergleiche das Porträt Caesars mit dem Konstantins — verliert ihre scharfe, individualisierende Natürlichkeit und wird zum ausdruckslosen Schema, die Dekorationskunst an den immer noch großartigen Bauten wird ärmlicher, sie verwendet schließlich Schmuckstücke von älteren Denkmälern. In der Wissenschaft eine Problemverengung, die Probleme der Ethik lassen alle anderen Probleme zurücktreten, die Antike verwandelt sich aus einer Welt der reinen Wissenschaft in eine Welt des Glaubens. Am Ende dieser letzten Epoche des antiken Geisteslebens steht Poseidonios, der echte Repräsentant der Zeit, Philosoph und Theologe zugleich. Wie Aristoteles ein großer Gelehrter und andererseits ein mythischer Denker mit der wundergläubigen Seele des Orientalen, der die exakten Wissenschaften umbeutet: die Astronomie wird zur Astrologie, das theologische Denken zum Preise des Tagesgestirnes; Poseidonios ist der theoretische Begründer des Sonnenkultes. Während der Glaube der Gebildeten im Sinne des Poseidonios sich mit der niedergehenden Wissenschaft zu vermählen suchte, fand das Volk in den großen Nöten des 3. Jahrhunderts, Krieg, Hunger und Seuchen, seinen Trost in der Rückkehr zu religiösen Heilmitteln. Die orientalischen Kulte mit ihren Mythen und ihren sinnberauschenden Bräuchen kamen dem tiefen religiösen Bedürfnis der Zeit entgegen; als das Christentum auftrat, fand es in diesen Erlösungsreligionen den Boden für die Aufnahme der neuen Religion geboten. Das Altertum vom 3. Jahrhundert ab war, wie im wirtschaftlichen Leben, auch im Geistigen im vollen Übergang zum Mittelalter, die Religion beherrschte das ganze Leben. Im 4. Jahrhundert folgt dann noch einmal der Versuch einer heidnisch religiösen Regeneration; der Neuplatonismus versucht, insbesondere unter Julian, noch einmal eine heidnische Front herzustellen. Seit der Teilung des Reiches ist auch diese kurze Wiederbelebung vorbei; das Christentum tritt an die Stelle. Wie Poseidonios am Anfang so steht Augustin am Ende dieser Entwicklungsperiode. Seine Konfessionen zeigen uns den antiken Menschen, sein Werk de civitate dei den antiken Staat beim Abgang von der Weltkühnheit. Durch beide weht schon der Geist des Christentums und des Mittelalters. Dem letzteren, dem Geist des Mittelalters, hat der „Gottesstaat“ Augustins, das bereitetste Zeugnis der Auflösung des Gefühls für Staat und Vaterland, die stärksten Impulse gegeben. Es ist die letzte Säule einer entschwundenen Pracht, die in den neuen Bau eingefügt wird, in welchem seit Karl dem Großen das germanische Europa sich zu wohnen ansiedelt.
 Schoenaich.

Wie man heute eine wissenschaftliche Zeitschrift herausgibt.

Von Prof. Dr. Friedrich Fedde, Dahlem.

Im Jahre 1905 gründete der Verfasser dieser Zeilen auf Veranlassung einer Reihe von botanischen Systematikern eine Zeitschrift „Repertorium specierum novarum regni vegetabilis“, die den Zweck hatte, in der Literatur aller Völker verstreute Einzelbeschreibungen neuer Pflanzen zu sammeln und nachzudrucken, daneben aber auch Originalarbeiten zu bringen. Leider erklärte schon nach einem Jahre der Verlag sich außerstande, die Unternehmung ohne größere Opfer an Geld weiter zu führen, und schloß sich schließlich als Herausgeber, die Zeitschrift in Selbstverlag zu nehmen. Dies war gar nicht so einfach; es handelte sich zwar nur um die Aufbringung eines jährlichen Etats

BÄDER UND SOMMERFRISCHEN!

Fremdenverkehr und Preistreiberi.

Es sei nicht wahr, daß die valutarstarke Ausländer uns das Leben verteuern, im Gegenteil, sie verbilligen es uns, so behaupten jetzt die Interessenten des Fremdenverkehrs. Die Reichszentrale für deutsche Verkehrsverbände in Berlin verbreitet hierüber einen Bericht folgenden Inhalts:

Am 22. Juli fand in den Räumen der Berliner Handelskammer eine auf Veranlassung der genannten Reichszentrale vom „Bunde Deutscher Verkehrsvereine“ einberufene Besprechung aller am Fremdenverkehr beteiligten Organisationen statt; vertreten waren die Fachverbände der Hotels und Sanatorienbesitzer der Bäder, die Spitzenorganisationen des Groß- und Kleinhandels, des Schiffahrtswesens usw., außerdem aber auch das auswärtige Amt und verschiedene Reichs- und Staatsministerien. Die Notwendigkeit des Fremdenverkehrs wurde einhellig anerkannt, und weiterhin wurde nachgewiesen, daß die Fremden, die durch den Fremdenverkehr erfasst werden, im allgemeinen nur als Käufer von Luxuswaren auftraten und infolgedessen nicht treibend auf die Inlandpreise wirkten, vielmehr die Führung von Waren in mittlerer Preislage erst ermöglichen und damit auch für das innere Wirtschaftsleben unentbehrlich sind. Ein Band einzelner Beispiele begründeten die Hotelbesitzervereine die heutigen Preise, die nicht durch den Strom der Ausländer, sondern durch die allgemeine Teuerung verursacht seien; im übrigen sei die Zahl der Ausländer so gering — in Bad Hissingen z. B. zurzeit 8 v. H. —, daß von einer „preistreibenden Ausländerflut“ nicht zu sprechen sei.“

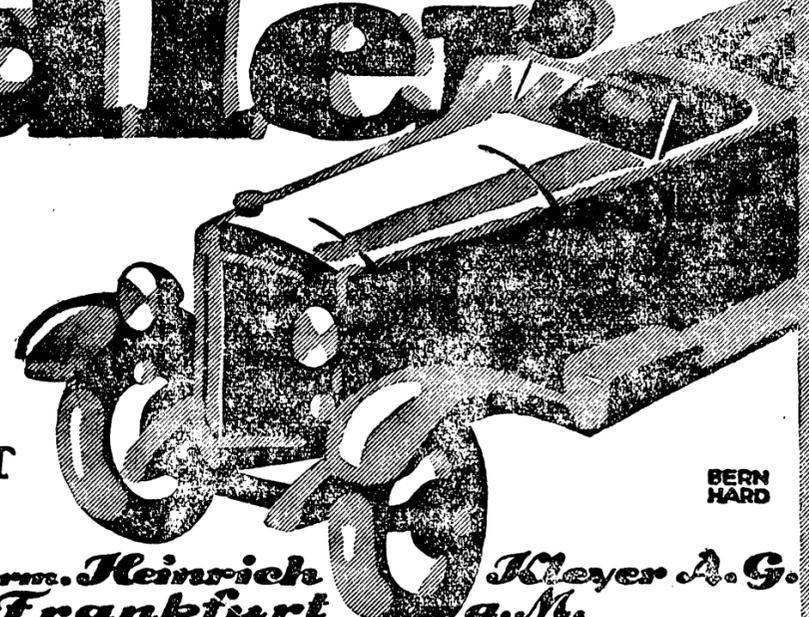
Hierauf wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, welche fordert: „Zu jüch Lage jeglicher Art für Ausländer müssen wegen ihrer ungünstigen Wirkung auf das Ausland als überaus schädlich vermieden werden.“

Eine sonderbare Besprechung, deren Teilnehmer scheinbar nicht wußten, was das ganze Land seit Jahren weiß und noch täglich zu spüren bekommt, was sozusagen eine volkswirtschaftliche Selbstverständlichkeit ist: daß das massenhafte Auftreten von Fremden, für die ein Tausender noch nicht soviel bedeutet wie für uns ein Zehntausend, und die dabei mit dem Gelde werfen können, sehr stark zu der stetigen Verteuerung alles Lebensbedarfs beiträgt. Denn daß die Ausländer im allgemeinen „nur als Käufer von Luxuswaren“ auftraten, ist doch längst durch die Erfahrung widerlegt. Von den angeblichen Beweisen für die aufgestellten Behauptungen verrät der Bericht nichts; ihr Wert wird aber wohl schon dadurch gekennzeichnet, daß das einzige angeführte Beispiel nicht im mindesten stichhält. Denn wenn Bad Hissingen, wozu niemand zum Vergleichen geht, nur 8 v. H. Ausländer hat, so beweist das doch bloß, daß eben nicht mehr Ausländer eine Hissingen nötig haben. In den Großstädten und Sommerfrischen sieht die Sache anders aus. Das Ausland lacht schon genug über unsere Demut. Es würde uns nach Abschaffung der Valutazuschläge sicher nicht freundlicher ansehen, sondern nur noch mehr darüber lachen, wie bereitwillig wir uns Fremden und Feinden zuliebe ins eigene Fleisch schneiden.

[Kein Ausnahmezustand in Wiesbaden.] Die von mehreren deutschen und auch von ausländischen Blättern gebrachte Notiz über die Verhängung des Belagerungsstandes in Wiesbaden und eines Aufenthaltverbotes auf den Straßen nach 11 Uhr abends ist durchaus falsch. Wahr ist vielmehr nur, daß die Interalliierte Rheinlandkommission in Courenz dem französischen Delegierten in Wiesbaden zunächst auf Grund der in der Verordnung 12 vorgegebenen Bestimmungen Sondervollmachten erteilt hat, die sich auf das Verbot von Sitzungen und Kundgebungen, welche die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden geeignet sind, beziehen. Der Kreisdelegierte hat aber bis heute noch keine Veranlassung gefunden, von diesen Sondervollmachten Gebrauch zu machen. Das Kurleben in Wiesbaden und somit auch der Kurbesuch, der gegenüber den Vorjahren wieder eine starke Zunahme zu verzeichnen hat, ist daher in keiner Weise und nach keiner Richtung hin behindert oder eingeschränkt.

Wiesbaden. Die Ausstellung des Verbandes der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein wird nicht, wie ursprünglich vorgelesen, am 20. August, sondern erst Sonntag, den 27. August, eröffnet werden. Am Vorabend der Eröffnung findet eine Begrüßungsfeier in den Räumen des Wiesbadener Kurhauses statt. Sonntag abend werden im Staatstheater die „Meisterfänger“ gegeben, am Montag „Kau“ in der ausgezeichneten Inszenierung Hagemanns. Seit Kurzem ist für Sonntag abend ein Konzert „Klassische Musik des Rheinlandes“ angelegt, für Montag abend ein großes Festkonzert „Moderne rheinische Kompositionen“ unter Leitung von Carl Schürdt. Weiter sind in Aussicht genommen ein „rheinischer Dichterabend“, eine Rheinfahrt u. a.

Adler



SOLID ELEGANT

Adlerwerke vom Heinrich Meyer A.G. Frankfurt a.M.

Bernhard

Ffiliale:

Breslau, Tauentzienstraße 4.

Nordsee

Das Nordsee-Paradies

Seeufer über Bremen/Bremerhaven oder Hamburg/Cuxhaven u. Helgoland
Direkte Schnellzüge- und Dampferverbindung Norddeich Nordsee
Auskunft und Fahrer durch die Bade-Verwaltung

Bad Schandau

Die Parle der sechs Schwelger
s. d. Elbe, Naturl. Selenquelle
s. Trübitz, Sals. Kloradele,
Moor-kohlensäure, elektr. Licht-
bäder etc. Elektr. Licht, Gas, Wasserl. Berg u.
Wassersport, Fischerei, Lawn-Tennis u. Croquet-
plätze. Täglich Konzert. Prospekt d. d. Stadtrat.

Vorteilhafter u. billigster Einkauf für

Kinderwagen Korbmöbel u. Korbwaren

Breslau bei der Firma

Breslauer Kinderwagen-Spezialhaus

Inhaber: Otto Urban, Breslau 2
Gartenstraße 97, direkt am Hauptbhf. Fernruf Ring 7366.
Gegründet 1885.

Kuranstalt für Nerven- u. Gemütskranke

(Leitend Dr. Dr. Kloss) Nr. 12
Fernspr. Kurort **Obernigk b. Bresl.**
Sämtl. Nervenkuren, Individuelle Behandl. (Hypnose), Beschäftigungstherapie.
Entziehung: Alkohol, Morphinum usw.
Vornehme Familienpflege.
Nervenarzt **Dr. Sprengel.**

Wahngoni-Salon

Schranz, Erlola, Schränkch.,
Sofaband, etc. u. H. number
214, 4. Etage, 4 Stühle, seit
demlichzeitig. Sachse so gut
wie neu. Erb. Angeb. unt.
G 270 Glt. Ed. Stg. 12

Schlafzimmer,
gelegente Ausföhrung, zu
verf. Gartenstr. 65, L. 12

Waldsanatorium Obernigk

Bezirk Breslau (x)
für Lechtlungenkranke u. Erholungsbedürftige,
74 Morg., eigener Wald u. Park. Röntgenkabinett
(Tiefenbestrahlungen). Künstlicher Pneumothorax.
Modernes Inhalatorium, künstliche Höhensohle,
Diathermie. Vierzellen- u. Lichtbäder, spezifische
Behandlung. Zentralheiz., elektr. Licht. Pensions-
preis inkl. Zimmer von 80 M. pro Tag an. 2 Aerzte.
Besitzer und leitender Arzt **Dr. Kontny.**

Schlafzimmer

Eiche, hell, bor-
nehme Form, noch
außerst preiswert
A. Sprötte,
Brettelstraße 15.

Bad Langenau

Grafschaft Glatz.

Sommer- u. Winterkurort

Altbekannt d. d. ausgezeichnete
Heilwirkung sein. **natürlichen**
Kohlensäure- und Moorbäder bei
Herz-, Nerven-, Frauenleiden u.
rheum. Erkrankungen. 15
Ausk. d. d. Kurverwaltung.

Schm. gebieg. ein
Spezialzim. 35000
1 Wästel, f. Brett, mod
Wergal, 1 Probens,
1 Ausgüthich-Stühle
W. Gieseler, W. Gieseler

Aus herrschaftl. Haus
schwerelch. Speise- u. Fern-
zimmer, Einger. Nahrung,
2 gute Beistell., Bildstafa,
1. Teppich u. Feuerbeständ.
s. lauf. act. (Nabe Glatz)
Breslangau unt. F 300
Welsch, b. Schlef. Stg. 12

Antike Möbel

u. alle and. Antiquitäten
kauft zu hohen Preisen (1
Frau Maria Stephan,
Tauentzienstr. 44, I.
Tel. Dhtc 308.

Nur dein Herdfeuer!

Kohl mit Hammelfleisch gekocht

Hat noch jeder gern gemocht,
Und mit Kammelmögen gern.
Ihn insonderheit die Herr n.
— Bei des Mahles Zubereitung
Koch' die Wäsche*) in Begleitung.

*) Persil, das selbsttätige Waschmittel reinigt, bleicht
und desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen
Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen
Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.



Persil wäscht selbsttätig

Auto-Fahrschule

für
Motorräder, Personen- u. Lastwagen.
Ausbildung von
Herrn-Fahrern und
Berufs-Chauffeuren
auch ohne Berufsübung.
Beginn der Kurse jederzeit.
Mäßige Preise.
Prospekt frei gegen Rückporto. 10
Kleist & Wyrwol,
Schuhbrücke 34/35. Tel. Ring 4318.

Auto-Fahrschule

empf. sich a. Ausbild. v. Personen-
und Lastkraftwagen-Führern.
Bei Antrag. Rückporto beilegen.
Auto-Haus Stephan Tel. 8310
Ratler-Wilhelm-Straße 1 (Wahnbogen).

Eulengebirge Landhaus Gocksch

Wiskewaltesdorf
empf. sich a. Erholungsanfenthal. Gute Verpflegung.
Misch, eigene Landwirtschaft. 10

Zinnowitz

Ostseebad
und
klimatisch.
Kurort.
D-Zugstation

Kalte und warme See, sowie medizinische und
elektrische Bäder, Waldreichtum, Molkereien.
Gute Verpflegung, mäßige Preise. 16
Näheres durch die Badverwaltung.

„Zum goldenen Apfel“
H. E. Fiedler's Nchf. Ernst Seydel,
Ettabritstraße 2, am Rathaus. 10
Schlaf-, Kameelhaar-, Reisdecken,
Arbeits-, Sommer-, Pierisdecken,
Damentuche, Homespuns, Covercoats.

Ankauf von Juwelen

Platina,
Gold u. Silber-
Gegenstände

Gebr. Sommé Nachf.

Breslau 1, Am Rathaus 13.

Silber-

Druckgegenstände
zum Einfrämen,
da dringend benötigt,
überbiete ich Ihnen
Gänzlich frei.
Paul Vogel,
Juweller,
Schweibitzer Straße 67,
l. E. des Kaffee Schütter

Grüßerentzwecklicher
zu lauten gefuck. Angeb.
unter G 240 Glt. d. Stg.

Statt Karten.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter Elise mit dem Kaufmann Herr Dr. rer. pol. Viktor E. Goldschmidt in Breslau beehren wir uns anzugeigen.

Charlottenbrunn Schles., den 29. Juli 1922.

Julius Holz, Major a. D. und Frau Martha, geb. Martiny.

Meine Verlobung mit Fräulein Elise Holz, Tochter des Majors a. D. Herrn Julius Holz und seiner Frau Gemahlin Martha, geb. Martiny, in Charlottenbrunn Schles., beehre ich mich anzugeigen.

Breslau, den 29. Juli 1922.

Dr. Viktor E. Goldschmidt.

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Tochter Erika mit dem prakt. Arzt Herrn Dr. Erich Bruchmann zeigen an Breslau, im Juli 1922

Michaelsstraße 43
Fabrikbesitzer Johannes Ubrig und Frau Pauline, geb. Biol.

Erika Ubrig
Dr. med. Erich Bruchmann
Verlobte.
Breslau, Dittersbach.

Statt Karten.

Die Verlobung ihrer Tochter Hanna mit dem Kaufmann Herrn Paul Engelhardt beehren wir uns anzugeigen

Sabelschwerdt, im Juli 1922
Mühlenbesitzer Alb. Wolff und Frau Hedwig, geb. Prause.

Hanna Wolff
Paul Engelhardt
Verlobte.

Die Verlobung meiner ältesten Tochter Elisabeth mit dem Kaufmann Herrn Johannes Bih gebe ich hiermit bekannt.

Breslau, 30. Juli 1922.

Hedwig Stante,
verw.-gew. Neumann.

Meine Verlobung mit Fräulein Elisabeth Neumann, ältesten Tochter des verstorbenen früh. Rittergutsbesizers Herrn Hugo Neumann und seiner Frau Gemahlin Hedwig, geb. Fejoritzki, gebe ich hiermit bekannt.

Ratibor, 30. Juli 1922.

Johannes Bih.

Margarete Nege
Kurt Hütter-Weyrauch
Bankbeamter und Leutnant a. D.
Verlobte.
Breslau, Juli 1922
Briegnit

Hildegard Kraag
Max Gaertner, Ingenieur
empfehlen sich als Verlobte.
Görlitz, Juli 1922
Breslau.

Elisabeth Sedlaczek
Ingenieur Aloys Sauer
Verlobte
Rannheim-Striegau Königsteele
im Juli 1922.

Ihre Vermählung geben bekannt
Lehrer Ernst, Karl Schneider
und Frau Elisabeth, geb. Hoppe.
Steinau - Ober, im Juli 1922.

Robert Budausch
Martha Budausch, geb. Riesner
Vermählte.
Breslau, Schiefwerderstr. 15, Juli 1922.

Ihre am 25. Juli stattgefundene Vermählung geben bekannt
Diplomingenieur Paul Hryczak und Frau Grete, geb. Gramollé.
Breslau, Pfaffenstraße 7.

Die glückliche Geburt eines gesunden Bengel zeigen hocherfreut an
Riesberg b. St. Bissa
Alexander Wenzel und Frau Berta, geb. Gabler.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hocherfreut an
Gramschütz, Kreis Glogau, den 26. Juli 1922

Apotheker Anlauf und Frau Elise, geb. Krain.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hocherfreut an
Breslau, den 26. Juli 1922
Goethestraße 71

Paul Jüner und Frau Margarete geb. Günther.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Stammhalters zeigen in dankbarer Freude an
Breslau, 26. Juli 1922
Sohngenossenstr. 61, 2. Stg.

Prokurist Joffy Scheinpflug und Frau Erudt, geb. Springer.

Die Geburt ihres zweiten Sohnes zeigen in dankbarer Freude an
Grünberg i. Schles., den 27. Juli 1922

Pastor Dr. Böhm und Frau Hildegard, geb. Vogt.

Gottes Güte schenkte uns heut ein gesundes Mädchen.
Bunzlau, den 27. Juli 1922.
Rechtsanwalt und Notar Otto Holland und Frau Eleonore, geb. Kühn.

Die glückliche Geburt einer Tochter zeigen an
Keiße, Ring 27
den 28. Juli 1922

Oskar und Lisbet Franke.

Am 26. Juli verschied plötzlich und unerwartet unser verehrter Chef,
Herr Richard Kruber.

Er war uns allzeit ein wohlwollender, gerechter Arbeitgeber, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Breslau, den 27. Juli 1922.
Das Personal
der Firma Richard Kruber
Lauensteinplatz 8a.

Statt besonderer Anzeige.
Mittwoch abend 7 Uhr verschied plötzlich an Herzschlag mein über alles geliebter Gatte, Bruder, Schwiegerohn und Schwager, der

Damen-Friseur Richard Kruber

im Alter von 50 Jahren.

Im tiefsten Schmerz
Frau Hedwig Kruber, geb. von Salzen.
Familie Kruber.
Familie von Salzen.

Einäschung findet Montag, den 31. Juli 1922, nachmittags 3/4 Uhr im Krematorium Dresden-Lohsewitz statt.
Von Kondolenabehudern bitten Abstand zu nehmen.

Statt besonderer Anzeige!

In der Sommerfrische, wo sie Kräftigung erhoffte, ging heute nach langem, schwerem Leiden zum ewigen Frieden ein unsere heißgeliebte, älteste Tochter, unsere liebe, gute Schwester, Enkeltochter und Nichte

Gisela Fischer

im blühenden Alter von 25 Jahren.
Breslau, den 27. Juli 1922.

In tiefem Schmerz:
Arthur Fischer
und Frau Marie, geb. Fiedler
Eberhard Fischer
Erika Fischer.

Die Beisehung findet Dienstag, den 1. August, vormittags 10 1/2 Uhr vom Trauerhause, Palmstraße 26, aus nach dem alten Maria-Magdalenen-Friedhof (Steinstraße) statt. - Von Beileidsbesuchen bitten wir herzlich abzulehnen.

Statt besonderer Anzeige.

Heute nachmittag entschlief sanft unsere liebe Mama

Frau Anna Klein geb. Vogt.

Mit der Bitte um stille Teilnahme zeigt dies tiefbetrübt an
Breslau, den 28. Juli 1922

Im Namen der Hinterbliebenen
Hellmut Klein.

Die Beerdigung findet Montag, den 31. d. M., nachmittags 3/4 Uhr vom Trauerhause, Am Ohlau-Ufer 22, aus nach dem Ohlauer Friedhofe statt.

Es hat dem Herrn gefallen, aus diesem Leben abzurufen

Frau Superintendent Helene Bessig geb. Gabruque.

Frankenstein i. Schles., den 28. Juli 1922.

Karl Bessig, Superintendent, Margarete Bessig, Karl Buschbeck, Vikar.

Beerdigung: Dienstag nachm. 3 Uhr.

Gestern abend 1/8 Uhr entschlief ganz sanft und unerwartet am Herzschlag nach jahrzehntelangem, mit großer Geduld getragenen Leiden im 76. Lebensjahre unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Clara Ull geb. Menzel.

Logischen, den 27. Juli 1922.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Conrad Ull
Nittergutsbesitzer, Hauptmann a. D.

Beerdigung fand Sonnabend, den 29. Juli, nachmittags 3 Uhr statt.

Für alle Beweise der Teilnahme beim Tode unseres geliebten Mannes und Waters, des

Herrn Carl Meyner

sprechen wir unseren tiefempfundenen Dank aus.

Breslau, im Juli 1922.

Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Paula Meyner.

Leichtlungenkranke! Sanatorium Blitzengrund

Friedland, Bez. Breslau, Herrliches Waldlage, 6,000 q. M., im Bergland. Gute Verpflegung. Renoviert. Sommer- u. Winterkuren.

Altheide, Bergfried Zimm. m. Verpf. 185 Mk.

Altheide, Bergfried Zimm. m. Verpf. 190 Mk.

Pension in best. Hause m. Fam.-Anschl. d. Baugew.-Schüler gesucht. Ang. u. P 45 Str. d. Btg.

Zurückgekehrt Dr. Otto Fuchs Frauenarzt Kaiser-Wilh.-Str. 25a

Von der Reise zurück. Dr. Schneider, Nervenarzt, Höfchenstraße 71. Sprechst. werkt. 10-12, 3-4. Tel. Ohle 6719.

Zurückgekehrt Dr. A. Masur. Herrnhut

Dr. Stephan Loewe Zahnarzt Kaiser-Wilhelm-Str. 97.

Jeit. Sprechst. 9-12 u. 3-5 polnisch. Sprechst. 9-10

Dr. Kuno Walter Zahn- Arzt

Swingertpl. 12. Gr. Tel. C 67. III Sommerprossen III Ein einfaches, wunderbares Mittel teile ich gern jedem kostenlos mit. Frau M. Poloni, Sattler-Schneider 21. Fach 106.

Am 28. Juli starb nach kurzem, schwerem Leiden unser langjähriger

Kutscher Johann Uchtelid.

Während der 23 Jahre, die er uns gedient hat, war er ein Mütter an Gewissenhaftigkeit. Doppelt empfinden wir in dieser schweren Zeit den Heimgang des Mannes vom alten Schläge, der mit Vertrauen und Treue zu uns stand. Wir werden ihm ein bleibendes Andenken bewahren.

Schloß Gartlieb, 29. Juli 1922.
Dr. Paul Schottländer und Familie.

Dankagung.

Für die zahlreiche Beweise aufrichtiger Teilnahme aus Anlaß des Hinscheidens meiner inniggeliebten Frau, Fräulein Therese Sauer aus Dömitz, spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus.

Breslau, 28. Juli 1922.
Paul Heiber, Standsbeamter.

Trauer-Kleidung

kauft man am besten im Spezial-Trauer-Magazin August Benedix Ring 1, Ecke Nikolaistr. Tel. 4010.

Ebbestecke Alpaca und echt Silber

Carl Weitz, Junkernstr. 27/29.

Die Hebammen

des Stadt- und Landkreises Breslau geben zur Kenntnis, daß ihre Liste seitens der Regierung um das 20 fache erhöht worden ist. Gleichseitig wird dem Publikum zur Nachricht gegeben, daß Hebammen den Kaufplätzen nicht mehr beizubehalten.

Speisezimmerteppich ca. 2 1/2 x 3 1/2, gebraucht, jedoch gut erbalten, Samura ober in Stülch, u. Zubehörend zu kaufen gesucht. Suchst. unt. O 167 an d. Gesch. d. Schief. Btg.

Englisch Französisch Russisch Schwedisch Spanisch Holländ. Italienisch. Eigene leichtf. Methode Sprachinst. Konversation Ohlau-Str. 61.

Badkurort

für Damen. Beginn den 7. August. Fr. Würckheim, Freidurgerstraße 44, 2. Et. Körperpflege 15 Monate, Sanit. 119

Damen-Hüte in Cylinder, Filz und Sammet, Linnenformen, empfohlen schon jetzt Freund & Krebs Filzhat-Fabrik Karlstraße 30 Damen- und Herren-Filzhüte werden in kürzester Zeit umgeformt.

Riesen-Auswahl Teppiche Dekorationen Gardinen, Stores Möbelstoffe Vorhangstoffe Decken Brücken, Läufer V. Martin Schweidn. Str. n. 1, Ecke Ring Breslau. Deutsche Teppiche bis 4 x 5 m.

Perlen, Uhren, Brillanten und größere Juwelenstücke zu höchsten Tagespreisen Paul Vogel Juwelier, Schweidn. Str. 53, II. Etage, i. Hause Café Schuster

Handtücher, Handkerchiefe, Linon und Fäden für Bettzüge, Handtücher für Bettdecken, Schürzenstoff, bl. Taschentücher, Winterjoppenstoff, Angusstoffe

Seltenheit! für Kenner und Liebhaber. Best. edel. Service, 1 Krug, 1 Schenkenkrug, 1 Zuckerdose, 1 Kuchenteller, 5 Tassen, 6 Untertassen, 8 1/2 Stückeneller meist dazugehörig. Tablett. Das Service ist ungebraucht u. mit wunderbarer Sammlerart versehen; ferner sehr gut erbal. Damen-schreibstisch, Mabag. Journ., Photostill. geg. Schillingebot. Zuged. mit Rückg. erb. u. G 212 Gesch. Schief. Btg.

Landwirtschaftliches.

Erntezeit.

Bernichtender bis gegen Mitte des Monats Juli anhaltender Dürre folgte gewitterreiches, stürmisches Wetter mit starken Niederschlägen, die Ernte von Weizen und Wintergerste und des früh gemähten Roggens verzögert und schädigend. Die für Pflanzfrüchte, Weizen und Weiden so dringend notwendigen Regenfälle kamen für alle anderen Feldfrüchte zu spät. Selbst Roggen ist auf leichtem Boden vorzeitig gereift und läßt einen an Körnern wie an Stroh wenig zufriedenstellenden Ertrag erwarten. Weizen und Wintergerste sind weit hinter dem langjährigen Durchschnitt zurückgeblieben. Letztere ist sehr kurz. Späte Saaten haben sich besser als Frühfrüchte entwickelt, dessen Ernte an Samen recht gut zu werden verspricht. Weit hinter den von vornherein sehr geringen Erwartungen werden die Erträge von Winterweizen zurückbleiben. Gute Weizenfelder sind große Ausnahmen. Der meist schon recht schwach durch den Winter gehemmte Weizen hat sich infolge der anhaltenden Trockenheit nicht zu bestocken vermocht und die dünnen, oft mit Unkraut durchwachsenen Bestände sind nur selten zu richtiger Ausreife gelangt. Ein schlecht ausgebildetes dürftiges, hartschaliges Korn von kleinem Gewicht und einem sehr geringen Strohertrag wird man von der Ernte zu erwarten haben. Der auf unbedeutender Fläche angebaute Sommerweizen wird den erheblichen Ausfall an Winterweizen nicht annähernd bedecken. Auch er hat unter der Trockenheit stark gelitten. Hülsenfrüchte haben auch verliert. Für und da haben frühe Sorten von Erbsen ziemlich befriedigenden Ertrag gegeben. Zum Ersatz für Klee angebauten Hülsenfrüchte Menge ist kurz und dürrig geblieben. Der dadurch bedingte rasche Verbrauch an Futter, der Wegfall jeglichen Nachwuchses von Klee, der durch die Dürre bewirkte Futtermangel auf den Weiden ist zwingende Veranlassung geworden, vorzeitig zur Trockenfütterung überzugehen, eine bei starker Viehhaltung recht kostspielige Maßnahme.

Ob die Niederschlagsmengen um Mitte Juli genügen werden, die ausgebrannte Weizenernte wieder zu beleben, auf Weizen und Weiden Ernte zu neuem Wachstum anzuregen, steht dahin. Darum ist man eifrig bemüht, die nun gegebene und Rücksicht auf Erfolg bietende Möglichkeit der Ausfaat von Stoppelfrüchten wahrzunehmen, um Herbstfutter zu gewinnen, bis solches Wälder und Klappen der Weiden bieten. Der Stand der auf leichteren Böden bereits auch notleidend gewordenen Ähren und Spätkartoffeln hat sich durch den Regen sehr gebessert. In den Weizenfeldern treten verheerend Masker und grüne Raupe auf.

Gegen den wilden Flachshandel.

Die Deutsche Flachsbau-Gesellschaft, welche besteht, ist, der sowohl die Landwirtschaft wie die Industrie schädigenden wilden Flachshandel für die neue Ernte auszuscheiden, wendet sich an die Interessenten mit einem auflärenden Flugblatt, in dem es heißt: Das erste Erntejahr der vollständig freien Flachswirtschaft nach dem Kriege nähert sich seinem Ende. Es war kein glückliches Jahr durch den großen Erntemißerfolg, der manchen Landwirt um den Lohn seiner Arbeit gebracht hat und viele Flachsfabriken zu erheblichen Betriebsbeschränkungen zwang. Es war aber auch dadurch ein recht unerfreuliches Jahr, weil es im Flachshandel ein Chaos anrichtete, das Landwirtschaft und Industrie im höchsten Maße geschädigt hat. Es ging beim Flachshandel wie bei allen anderen Handelsartikeln, welche der Zwangsverwertung entzogen wurden, es wurde versucht, und leider allzu oft mit Erfolg versucht, ihn zum Spekulationsobjekt zu machen. Leute, die von der Sache selbst gar nichts verstanden, Friseur, Schuster, Schneider, Verzierungsagenten, laßen sich mit einem Male als Flachshändler auf, d. h. ihr „Wandel“ bestand einzig darin, dem Landwirt den Flachshandel billig abzuhandeln und ihn teuer weiterzuverkaufen, und leider haben auch einige ehemalige Flachshändler diesen betrügerischen Weg, auf dem große Gewinne zu werten schienen, zu beschritten. Es liegen uns einwandfreie Beweise und viele Klagen darüber vor, daß solche sogenannten Flachshändler ihre Ware zu hohen Preisen absetzten, die ein Vielfaches dessen waren, was der Landwirt für sein Erzeugnis tatsächlich von ihnen erhalten hatte. Dem Landwirt wurde vorgemacht, daß die niedrigen Preise die jeweiligen Marktpreise wären, und er war leider meist gutgläubig genug, den Schwundbelegen zu glauben, die ihm die Unrentabilität und die ungenügenden Zahlungen der Industrie zu beweisen schienen. Die eifrigste Verärgerung der Landwirtschaft, die sich natürlich — aber fälschlich — gegen die Industrie, insbesondere die Webereien, richtete, zeigte im Rückgang der Anbaufruchtbarkeit ihre bedauerliche Wirkung.

Die Vorgänge waren ein Grund für die ganz ungewöhnlich und ungenügende Preisentwicklung, die gleich nach dem Freiwerden des Flachses im August 1921 einsetzte. Daß die Flachspreise an, zogen, war nicht verwunderlich, sie mußten und werden in Zukunft mit der Geldentwertung Schritt halten. Daß aber das treibende Element für die Flachspreise vielerorts der wilde Flachshandel war, das war höchst bedenklich. Der Landwirt hatte von den ungesicherten Preissteigerungen vielfach gar nichts, aber der Industrie wurde die Verarbeitung verteuert und die Preise für die Webwaren wurden entsprechend beeinflusst. Das kommende Jahr wird höchstens eine Mittelrente ergeben, die den Bedarf der Flachsfabriken wieder kaum decken wird. Es ist also dem wilden Flachshandel erneut der Boden bereitet; er wird vielleicht noch üppiger ins Kraut schießen — denn Allzuviel hatte er im Vorjahre reichen Gewinn gebracht —, wenn es nicht gelingt, dieses ungenügende Zwischenglied zwischen Landwirtschaft und Flachindustrie auszuscheiden und den Flachshandel auf den einzig richtigen Handelsweg des unmittelbaren Verkehrs zwischen Erzeuger und Verbraucher zu führen. Die Industrie hat oft ihre Bereitwilligkeit, höchstmögliche Preise anzulegen, dargelegt, sie will aber auch, daß der Genus dieser Preise in vollem Umfang der Landwirtschaft zugute kommt.

Landwirtschaftliche und industrielle Sachverständige haben in der Deutschen Flachsbau-Gesellschaft kürzlich beraten, wie für die Zukunft der wilde Flachshandel ausgeschaltet werden könnte, und einmütig die Forderung seiner nachdrücklichen Bekämpfung erhoben. Eine gesetzliche Handhabung ist selbstredend nicht möglich und vielleicht nicht im Sinne der Landwirtschaft. Es kann aber durch Aufklärung und verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen den interessierten Kreisen das Beste zu dem angestrebten Ziele beitragen werden. Die Aufklärung wird in Zukunft durch die Deutsche Leinwand-Gesellschaft, die in der kommenden Ernte laufend die von Landwirtschaft und Industrie gemeldeten Marktpreise in der landwirtschaftlichen Presse weitmöglichst veröffentlicht wird. Der Landwirt wird an Hand dieser Mitteilungen wie für alle seine anderen Erzeugnisse einen Preismaßstab erhalten. Es ist zu hoffen, und es kann nur im eigenen Interesse des Landwirts geraten werden, daß er seinen Flachverkauf in Zukunft

nicht ohne Kenntnis dieser Veröffentlichungen vorzunehmen wird. Landwirten, welchen diese Veröffentlichungen nicht zugänglich sind, sollten vor Verkauf ihrer Ware die Preisliste bei der Deutschen Flachsbau-Gesellschaft in B. S., Berlin E. B. 10, Krausenstr. 25/28, oder der Deutschen Leinwand-Gesellschaft in B. S., Berlin N. B. 7, Dorotheenstr. 7/78, erfragen.

Preistreibeerei mit Kartoffeln.

Eine heberzigeurte Maßnahme für die Landwirte, sich nicht von Händlern und Aufkäufern ihre Erzeugnisse gegen einen „höheren“ Preis abhandeln zu lassen, ist ein Urteil, welches das beim Breslauer Landgericht gebildete Wuchergericht gefällt hat. Am Februar d. J., in einer Zeit, wo infolge anhaltenden Frostwinters in Breslau großer Kartoffelmangel herrschte, suchte ein Breslauer Kartoffelhändler einen Landwirt in Leuten auf und bat ihn, ihm doch mehrere Zentner Kartoffeln zu verkaufen. Der Landwirt lehnte dies mit Rücksicht darauf, daß die Kartoffeln auf dem Transport nach Breslau durch den Frost leiden würden, ab. Als ihm der Händler schließlich 115 Mark pro Zentner bot, ließ er sich dazu bewegen. 21 Zentner aus der Miete zu nehmen und sie nach Breslau zu bringen. Die Auflage warf beiden Preistreibeerei vor, weil der Landwirt die Kartoffeln 27 Mark über dem damals festgesetzten Erzeugerpreis verkauft hatte und der Händler die Kartoffeln mit 140 Mark je Zentner statt des Höchstpreises von 120 Mark weiterverkauft hatte. Der Landwirt führte zur Entschuldigung an, daß er mit dem Erzeugerpreis von 88 Mark nicht hätte auskommen können, da er zu dem Transport allein ein dreißigpenniges Fuhrwerk benötigt habe. Außerdem hätte er wegen der Miete die Pferde in Breslau noch sehr beschlagen lassen müssen. Der Kartoffelpreis sei wenige Tage darauf soviel anständig wesentlich höher gesetzt worden. Der Händler erklärte, daß er mit dem von der Preisprüfungsstelle festgesetzten Verdienst von 15 Prozent nicht auskommen könne, vielmehr seien 25 Prozent ein angemessener Verdienst. Das Gericht sprach den Händler frei, da es anerkannte, daß 25 Prozent kein übermäßiger Verdienst seien. Hingegen verurteilte es den Landwirt zu 1000 Mark Geldstrafe und Eingebung des Abverlöses, da ein Verstoß gegen die Preistreibeereibehaltung vorliege.

Literatur.

Zeitschrift für Agrar- und Wasserrecht. Herausgegeben im Preussischen Ministerium für Landwirtschaft, Verlag Paul Parey, 1922. 4 Feste Jahrg. 64 Mark. Die neue Zeitschrift behandelt in Aufsätzen, Literaturnachrichten und Fragekreisen die rechtliche Seite aller Maßnahmen, die zur Steigerung der inländischen Produktion führen sollen. Juristen und Landeskulturbearbeiter äußern sich hier zu Fragen, die sachgemäßer Lösung bedürfen, wie Siedlungs-, Enteignungs-, Biegerschafts-, Wegerecht. Das vorliegende 3. Heft enthält u. a. Aufsätze über die Staatsdomänen im Reichsstaatsgesetz, Maßstellungen bei Auflösung von Familiengütern und Hausverträgen und die Grenzen der Enteignungsmaßnahmen der Landes-Kulturbehörden. Dünger und Düngen. Anleitung zur praktischen Verwendung von Stall- und Kompostdünger. Herausgegeben von Dr. W. Reinhard und Dr. D. Nolte. Verlag Paul Parey, Geh. 38 Mark. Das Buch, die 8. Aufl. einer im Jahre 1889 gekrönten Zeitschrift, legt knapp sachlich, dabei verständlich und zeitgemäß alle Grundfragen der Düngung dar. Das Düngerbedürfnis der Pflanzen und Böden und seine Feststellung, das Wesen des Stalldüngers, seine Behandlung und Verwendung werden ebenso genau behandelt, wie alle modernen Düngemittel, ihr Ankauf, ihre Behandlung und Ausnutzung. — ch.

Brennholz... Ulrich & Chowansky, 3415 D. S.

Wegens Verpachtung... Dreifachmaschine, 60" Trommel

Kaufmann, 30 Jahre, in gut. Position, sucht... Kaiser-Wilhelm-Str. 54

Wohnungstausch... Gustav Knauer, Breslau, Kaiser-Wilhelm-Str. 54

In einer Stadt von 20000 Einwohnern... die gesamte 1. Etage frei.

Stroh-Breslau... 4- bis 5-Zimmer-Wohnung zu tauschen gesucht.

Akademie... 2 gut möbl. 1. u. 2. Stock.

Dampfessel... 1 Vorwärmer

Windmotor... mit stabilem Holzgerüst

gebild. Fräulein... Ende 30er, evg., angen., u. friedl.

Wohn-Tausch... 6- bis 7-Zimmer-Wohnung mit Bad

Wohnungst. Charlottenb.-Breslau... 4-5-Zimmer-Wohnung in Charlottenburg

Grüne, sonnige... 3-Zimmer-Wohnung, m. Bad, m. Kamin

Möbl. Zimmer... im Süden, Preisangebots unter 600 an die Gesch.

Strohpressen... Gebr. Weiss, Breslau 2

Grasmäher... Menzel & Nagel, Maschinenfabrik Breslau

Mietanzeigen... Zimmer, beste Verpflegung

Wohnungstausch... 2-Zimmer-Wohnung in Breslau

3 bis 4 helle Büroräume... nicht über 1. Etage hoch, Süden bevorzugt

Wohnung i. Neubau... sucht händliches Ehepaar, ruhige Mieter

Stellen-Gesuche... Cand. iur., best. empfohlen, sucht währ.

Drehstrommotoren... 65 Lager oder kurzfrist

Feldbahngleis... 2-4 km, taucht

Zimmer... Eleg. Zimmer, möbliert, im Süd.

Moderne 5-Zimmerw. sofort beziehbar... im Tausch gegen ähnliche Wohnung in Großstadt

3 bis 4 helle Büroräume... nicht über 1. Etage hoch, Süden bevorzugt

Wohnung i. Neubau... sucht händliches Ehepaar, ruhige Mieter

Jünger Mann... 30 J., freibeam u. ge-

Flachswebmaschine... 300-mm-Epur, 1-Rollen

1 neuen Garbenbinder... ab 1. August

Wohnungstausch... 2-Zimmer-Wohnung in Breslau

Ungeheurer Verein... mietet Räume, gut gelegene Räume

Zu verpachten... gegenüber dem Hauptbahnhof

2 Zimmer... leer oder Schlafzimmer

ausführliche Vertrauensstellung... in Handel und Industrie

Zur Flurbewachung

deren Kosten im Verhältnis zu den immer mehr an sich greifenden Felddiebstählen bei der heutigen Hochwertigkeit der Feldfrüchte verhältnismäßig gering sind, stellt sofort zuverlässige Wachbeamte

Schleßisches Wach- und Schließ-Institut G. m. b. H.

Breslau 1, Elisabethstr. 2. Tel. Dble 6742.

Wir suchen für einen besonders zuverlässigen, erfahrenen **Inspektor**, dem beste Zeugnisse und Empfehlungen über langjährige Tätigkeit vorliegen. Eintritt am 1. Oktober d. J. oder später. Bewerber senden ihre Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an **Schleßisches Wach- und Schließ-Institut G. m. b. H.**, Breslau 1, Elisabethstr. 2.

Verwalter, 29 J. alt, vollkommen bewandert mit Selbstverwaltung, sucht zum 1. Oktober d. J. Stelle. Bewerber senden ihre Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an **Schleßisches Wach- und Schließ-Institut G. m. b. H.**, Breslau 1, Elisabethstr. 2.

Ober-schleßischer Flüchtling, national getauft, 36 Jahre alt, ist Kaufmann, vertritt Landw. Buchführung, Buchbinden, Eisen- und Kupferarbeiten, Selbstverwaltung, sucht für 1. u. 2. Klasse Stellung, wo ihm Gelegenheit geboten ist, sich mit allen Zweigen des Handels zu beschäftigen. Bewerber senden ihre Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an **Schleßisches Wach- und Schließ-Institut G. m. b. H.**, Breslau 1, Elisabethstr. 2.

Landwirtschaft weiter auszubilden, am 1. Oktober 1923 Kammerprüfung ablegen zu können. Bewerber senden ihre Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an **Schleßisches Wach- und Schließ-Institut G. m. b. H.**, Breslau 1, Elisabethstr. 2.

Gutssekretär, 27 J. evang., perfekt in Korrespondenz, Reisen, Buchführung, Buchbinden, Eisen- und Kupferarbeiten, Selbstverwaltung, sucht für 1. u. 2. Klasse Stellung, wo ihm Gelegenheit geboten ist, sich mit allen Zweigen des Handels zu beschäftigen. Bewerber senden ihre Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an **Schleßisches Wach- und Schließ-Institut G. m. b. H.**, Breslau 1, Elisabethstr. 2.

Gesucht Selbsthüter bis 1. Dez., falls früh. Offiz. militärisch, Jagdgesch. Bewerber senden ihre Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an **Schleßisches Wach- und Schließ-Institut G. m. b. H.**, Breslau 1, Elisabethstr. 2.

Oberschweizer, m. langj. Erfahrungen, gest. a. f. g. Zeugnisse und Empfeh., sucht f. bald oder 1. Okt. Stellung, möglichst anberaumt. Bewerber senden ihre Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an **Schleßisches Wach- und Schließ-Institut G. m. b. H.**, Breslau 1, Elisabethstr. 2.

Oberschweizer, mit langj. guten Zeugn. 5 erwachsene Kinder, sucht für 1. Oktober Stellung an ca. 100 Gehalt. Bewerber senden ihre Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an **Schleßisches Wach- und Schließ-Institut G. m. b. H.**, Breslau 1, Elisabethstr. 2.

Großes industrielles Unternehmen

(Sachsenfabrik Norddeutschland), welches mehrere tausend Arbeiter beschäftigt, sucht zum 1. Januar 1923

als ersten Ingenieur

erfahrene Kraft

zur Bearbeitung der maschinen- und bautechnischen u. s. w. Angelegenheiten. Gehalt der leitenden Stellung entsprechend.

Angebote nebst Lebenslauf und Angabe der bisherigen Tätigkeit zu richten unter **P 43** Gehalt. d. Bl.

Großes Breslauer Bankhaus

sucht zum 1. Oktober oder früher im Bankfach gründlich ausgebildete

tüchtige Beamte

für Buchhaltung, Korrespondenz u. Effektenabteilung. Gehalt nach Vereinbarung.

Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf unter **N 189** Gehalt. d. Bl.

Hefige Kolonialwaren-Großhandlung

sucht erste Kraft als

Provinzreisenden.

Angeb. erb. u. O 5 Gehalt. d. Bl. 3.

Bilanzföhrer Buchhalter

umfassend und erfahren, zu sofort oder 1. September gesucht. Dauerstellung! Nur schriftliche Angebote mit Zeugnisabschr., Lebenslauf, Lichtbild und Gehaltsanspruch an **Verlag G. m. b. H.**, Breslau 4, Schillerstr. 11.

Gewandter selbständiger Verkäufer

für mein Zigarren-Exklusivgeschäft für 1. Oktober d. J. gesucht. Bewerber muß branchenkundig und in Spezialgeschäften tätig gewesen sein. Bewerbungen mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen außer Station event. auch mit Bestätigung ersehen an **Willi Gaeber, Zigarren-Import, Namslau.**

Zum möglichst baldigen Eintritt suchen wir tüchtigen selbständigen **Maschinenzeichner**, bevorzugt Herren aus der Zentralbezirksabteilung. **Johannes Haas, A.-G., Reimannsdr. 67.**

Große Versicherungs-Gesellschaft sucht

tüchtige Inspektoren.

Nachfolgende werden eingearbeitet.

Bewerber unter **V. G. 9327** an **Hau.-Exp. Landsberger, Breslau 5.**

Tücht. Außenbeamte

für Unfall-, Haftpflicht- und Glasbranche werden gesucht unter Bedingung zeitweiser Besoldung und Provisionen. Direktion/Vertrag. Bewerber erb. an **G. m. b. H., Breslau 8, Feldstr. 44.**

Junge, tüchtige Beamte

hausm. ausgebildet, v. Großhandlung in Götting gesucht. Bewerber mit Zeugnisabschr. u. **G 310** Gehalt. d. Bl.

Kolonialwaren-Großhandlung

sucht zum Eintritt bald oder 1. Oktober

Expedienten

aus der Branche, der in größeren Betrieben bereits tätig war. Angebote unter **B F 512** an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Buchhalter (in),

nur erste Kraft, auch mit Lohnbescheid vertraut, unter Angabe von Referenzen für bald oder später eintreten. Bewerber unter **P 13** an die Gehalt. d. Bl.

Zur Verwaltung

meines Hauses im Zenit. von Breslau suche ich einen

geeigneten Herrn.

Angebote unter **B B 5149** an **Rudolf Mosse, Berlin SW 19** erbeten.

Wagemeister.

Mittelschlechte Futterfabrik sucht auf die Dauer der diesjährigen Rübenverarbeitung für ihre Rohtrichterwagen einen tüchtigen

Lehrling

mit abgeschlossener Schulbildung für unser kaufmännisches Büro zum ebl. baldigen Eintritt gesucht. Bewerber unter **P 13** an die Gehalt. d. Bl.

Verkäufer.

Rur best empfohlene Herren nach. Ihre Zeugnisabschriften mit Gehaltsforderungen erbeten.

Kolonialwaren, Schuh- und Bekleidungsbranche, Grefenberg i. Schlef.

Tüchtigen Reisenden,

erste Kraft, der erfolgreich tätig war, a. f. g. Zeugnisse und Empfeh., sucht f. bald oder 1. Oktober Stellung, möglichst anberaumt. Bewerber senden ihre Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an **Schleßisches Wach- und Schließ-Institut G. m. b. H.**, Breslau 1, Elisabethstr. 2.

Tüchtiger Brandetand-Verkäufer,

welcher gut Kenner der besten und besten Artikel in seinem Fach ist, zum 1. Oktober d. J. oder früher in ein Geschäft eintritt. Bewerber senden ihre Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an **A. Koehler, Feinst- u. Kolonialwaren, Göttinger i. Schlf.**

Landwirtschaftliche Genossenschaft

auf dem Lande sucht

perfekten Buchhalter,

leibg. nationale Gesinnung, im Alter bis zu 28 Jahren, event. jüngeren früheren Distrikts; ferner jungen Herrn aus der Futtermittel- und Viehzuchtbranche zum sofortigen Eintritt. Aufg. unt. **G 251** Gehalt. d. Bl.

Buchhalter,

jüng., durchaus gewandte Kraft, a. f. g. u. s. w. Zeugnisse, im Alter bis zu 28 Jahren, event. jüngeren früheren Distrikts; ferner jungen Herrn aus der Futtermittel- und Viehzuchtbranche zum sofortigen Eintritt. Aufg. unt. **G 251** Gehalt. d. Bl.

Lehrling

für Drogen- u. Farbenhandlung sucht **Phönix-Drogerie, Schwenfeldstr. 26** Kolonialwaren-Geschäft, Engros u. Detail, suchd. 1. 10. einen

Lehrling

aus anständiger Familie. Aufg. unt. **G 285** Gehalt. d. Bl.

Wilhelma in Magdeburg

Mag. Verf.-Akt.-Ges. Generalagentur in Breslau 116, sucht tücht. Außenbeamte. Nachfolgende werden berücksichtigt.

2 nationalgef. Studenten

als **Rechnungsführer** für ein Geschäft in Breslau 116, sucht tücht. Außenbeamte. Nachfolgende werden berücksichtigt.

Rechnungsführer und Hofverwalter

zum 1. September. Derselbe muß sehr in Buchführung, Rechnungswesen, Steuer u. auch Landwirtschaft bewandert sein. Bewerber erb. an **G 216** Gehalt. d. Bl.

Wirtschafts-Praktikanten

nehmen an **Gut & Jauer, Sennelwitz.**

Wirtschafts-Praktikanten

suchen für 1. Oktober Wirtschaftspraktikanten. Gehalt nach Vereinbarung. Bewerber erb. an **G 246** a. d. Gehalt. d. Bl.

Volontär-Affektant

für bald oder mittl. Eintritt in meine Buchhandlung gesucht. Bewerber erb. an **G 246** a. d. Gehalt. d. Bl.

Stenotypistin,

perfekt in Stenographie u. Schreibmaschine, wenn möglich mit Buchführung bewandert, jedoch nicht erforderlich. Bewerber erb. an **G 246** a. d. Gehalt. d. Bl.

Stenotypistin,

perfekt in Stenographie u. Schreibmaschine, wenn möglich mit Buchführung bewandert, jedoch nicht erforderlich. Bewerber erb. an **G 246** a. d. Gehalt. d. Bl.

Stenotypistin,

perfekt in Stenographie u. Schreibmaschine, wenn möglich mit Buchführung bewandert, jedoch nicht erforderlich. Bewerber erb. an **G 246** a. d. Gehalt. d. Bl.

Stenotypistin,

perfekt in Stenographie u. Schreibmaschine, wenn möglich mit Buchführung bewandert, jedoch nicht erforderlich. Bewerber erb. an **G 246** a. d. Gehalt. d. Bl.

Stenotypistin,

perfekt in Stenographie u. Schreibmaschine, wenn möglich mit Buchführung bewandert, jedoch nicht erforderlich. Bewerber erb. an **G 246** a. d. Gehalt. d. Bl.

Wir suchen für alle Niederlassungen

Putz-Verkäuferinnen

Konfektions-Verkäuferinnen

nur selbständige Damen, die in eleganten Geschäften tätig waren. Hohes Einkommen.

M. Gerstel A. G.

Breslau — Berlin — Frankfurt a. M. Köln — Baden-Baden.

Perfekte Stenotypistin,

hohe Maschinenfertigkeit, im mehrjährigen Tätigkeit, für bald oder später eintreten. Bewerber erb. an **G 251** Gehalt. d. Bl.

Kolonialwaren-Großhandlung

sucht zum 1. September oder 1. Oktober

Stenotypistin

geübt, die auch mit Kontorarbeiten vertraut ist. Angebote unter **B E 5151** an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Direktions-Sekretärin,

die tüchtig ist auch schwierige Stenogramme sicher aufzunehmen und welche die Schreibmaschine u. Registratur bedient.

Bewerber erb. an **G 286** Gehalt. d. Bl.

Perfekte gebildete Stenotypistin

für Kolonialw.-Engros-Geschäft für sofort oder später eintreten. Bewerber erb. an **G 150** Gehalt. d. Bl.

Perfekte gebildete Stenotypistin

für Kolonialw.-Engros-Geschäft für sofort oder später eintreten. Bewerber erb. an **G 150** Gehalt. d. Bl.

Perfekte gebildete Stenotypistin

für Kolonialw.-Engros-Geschäft für sofort oder später eintreten. Bewerber erb. an **G 150** Gehalt. d. Bl.

Perfekte gebildete Stenotypistin

für Kolonialw.-Engros-Geschäft für sofort oder später eintreten. Bewerber erb. an **G 150** Gehalt. d. Bl.

Perfekte gebildete Stenotypistin

für Kolonialw.-Engros-Geschäft für sofort oder später eintreten. Bewerber erb. an **G 150** Gehalt. d. Bl.

Perfekte gebildete Stenotypistin

für Kolonialw.-Engros-Geschäft für sofort oder später eintreten. Bewerber erb. an **G 150** Gehalt. d. Bl.

Perfekte gebildete Stenotypistin

für Kolonialw.-Engros-Geschäft für sofort oder später eintreten. Bewerber erb. an **G 150** Gehalt. d. Bl.

Perfekte gebildete Stenotypistin

für Kolonialw.-Engros-Geschäft für sofort oder später eintreten. Bewerber erb. an **G 150** Gehalt. d. Bl.

Perfekte gebildete Stenotypistin

für Kolonialw.-Engros-Geschäft für sofort oder später eintreten. Bewerber erb. an **G 150** Gehalt. d. Bl.

Perfekte gebildete Stenotypistin

für Kolonialw.-Engros-Geschäft für sofort oder später eintreten. Bewerber erb. an **G 150** Gehalt. d. Bl.